



Sitzungsdatum Montag, 19. Oktober 2026

Beginn **18:30 Uhr**

Sitzungsort **Alte Mühle, grosser Saal**

Traktanden

1. Protokoll der Stadtratssitzung vom 29. Juni 2026: Genehmigung
2. Wahl eines Mitglieds der Kommission für öffentliche Sicherheit (Ersatzwahl für den per 30. September 2026 zurückgetretenen Sandro Baumgartner [SP])
3. Teilrevision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements vom 24. Juni 1996 (Änderung von Art. 4, 7, 10, 12, 13, 15, 15a, 16 – 24, Anhang 1; Neuerlass von Art. 15b – 15f): Genehmigung
 - Motion Fankhauser Fabian (GLP), Häfliger Dyami (GLP) und Mitunterzeichnende vom 24. Juni 2024: Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten: Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist
 - Motion Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg-Streuli (FDP), Rosario Volante (FDP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025 "Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung": Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist
4. Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse; Kantonsstrasse Nr. 244: Projektgenehmigung und Kreditbewilligung
5. Genereller Entwässerungsplan (GEP); Ausbau der Abwasseranlagen Abschnitt Eisenbahn-/Wiesenstrasse gemäss GEP-Massnahme Nrn. 70 und 71: Projektgenehmigung und Kreditbewilligung
6. Vergabe des externen Revisionsmandates (Rechnungsprüfungsorgan) zur Prüfung der Jahresrechnung 2027: Auftragserteilung
7. Informelle Befragung über die Beschaffung einer mobilen elektronischen Abstimmungsanlage.
8. Mitteilungen des Gemeinderates (derjenigen Mitglieder des Gemeinderats, die an der Fortsetzungssitzung vom 26. Oktober 2026 nicht anwesend sein können)
9. Bekanntmachung der eingereichten parlamentarischen Vorstösse*

Die Sitzung wird am Montag, 26. Oktober 2026, fortgesetzt.

***Hinweis:** Die Besprechung über die Zuweisung der eingegangenen Vorstösse gemäss Art. 44 Abs. 1 der Geschäftsordnung Stadtrat zwischen dem Stadtratsbüro und dem Gemeinderat findet **im Anschluss an die Sitzung vom 19. Oktober 2026** statt.



Sitzungsdatum **26. Oktober 2026**

Beginn **18:00 Uhr**

Sitzungsort **Alte Mühle, grosser Saal**

Traktanden (Fortsetzung der Stadtratssitzung vom 19. Oktober 2026)

10. Baurechtliche Grundordnung (Baureglement und Zonenplan); Teilrevision (Zusammenführung der baurechtlichen Grundordnungen von Langenthal sowie von Unter- und Obersteckholz; Anpassung an die Verordnung vom 25. Mai 2011 über die Begriffe und Messweisen im Bauwesen [BMBV; BSG 721.3]; Einführung einer örtlichen Fachstelle gemäss Art. 99b BauV; Neuregelung der Zuständigkeit zur Erteilung von Baubewilligungen; verschiedene weitere Anpassungen); Verabschiedung zu Händen der Gemeindeabstimmung

- Reglement über die Organisation der Stadtverwaltung; Teilrevision; Genehmigung

11. Aufhebung des Reglements über die Auszeichnung für gute Bauten in der Stadt Langenthal vom 9. Mai 2011: Genehmigung

12. Motion Fabian Fankhauser (GLP), Leila Rachdi (GL), Päivi Lehmann (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. Juni 2026: "Werterhalt und Sicherung der heutigen Nutzung der Liegenschaft Farbgassee 27": Stellungnahme

13. Interpellation der FDP/JLL-Fraktion, GLP/EVP-Fraktion, Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 29. April 2024: Was haben wir auf der Ebene der langfristigen Finanzplanung zu erwarten?; Beantwortung

14. Interpellation Murielle Schärer (GLP) vom 29. Juni 2026: "Aktueller Projektstand 'ILMA': Beantwortung

15. Mitteilungen des Gemeinderates

Unmittelbar anschliessend an die Stadtratssitzung findet eine **(stadtratsinterne) Informationsveranstaltung** statt. Das Thema ist die Einrichtung des elektronischen Arbeitsraums für Stadtratsmitglieder.

Langenthal, 23. September 2026

Der Stadtratspräsident:

Diego Clavadetscher

Hinweis: Da es sich um eine Fortsetzung der Stadtratssitzung vom 19. Oktober 2026 handelt, werden allenfalls am 26. Oktober 2026 eingereichte parlamentarische Vorstösse erst im Anschluss an die nächste Stadtratssitzung geprüft und zugewiesen.



Protokoll der Stadtratssitzung vom 29. Juni 2026: Genehmigung

Art. 18 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019

Protokoll

1 ...

2 ...

3 *Das Protokoll wird an einer der nächsten Stadtratssitzungen zur Genehmigung traktandiert und anschließend vom Präsidium und der Stadtratssekretärin bzw. dem Stadtratssekretär unterzeichnet.*

4 *Das Protokoll liegt nach der Genehmigung beim Sekretariat des Stadtrates zur Einsicht auf und wird auf der Webseite der Stadt veröffentlicht.*

5 ...

Das Protokoll vom 29. Juni 2026 war in der Aktenaufgabe und auf der Webseite einsehbar.

Das Büro des Stadtrats **beantragt** die Genehmigung des Protokolls.

Langenthal, 23. September 2026

IM NAMEN DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident:

Diego Clavadetscher

Die Sekretärin:

Barbara Labbé



Wahl eines Mitglieds der Kommission für öffentliche Sicherheit (Ersatzwahl für den per 30. September 2026 zurückgetretenen Sandro Baumgartner [SP])

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte

Allgemeines

Gemäss Art. 18 Abs. 1 des Reglements über die Organisation der Stadtverwaltung vom 20. November 2000 (OrgR) besteht die Kommission für öffentliche Sicherheit aus neun Mitgliedern. Wahlbehörde dieser ständigen Kommission ist der Stadtrat (Art. 18 Abs. 2 OrgR).

Demission/Wahlvorschlag

Mit Schreiben vom 13. August 2026 erklärte Sandro Baumgartner (SP) seinen Rücktritt als Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit per 30. September 2026.

Mit E-Mail vom 13. August 2026 teilte die SP/GL-Fraktion mit, Cornelia Gerber-Schärer (SP) zur Wahl in die Kommission für öffentliche Sicherheit vorzuschlagen, mit Wirkung ab dem 3. November 2026 bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode (31. Dezember 2028).

Langenthal, 23. September 2026

IM NAMEN DES BÜROS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident:

Diego Clavadetscher

Die Sekretärin:

Barbara Labbé



Teilrevision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements vom 24. Juni 1996 (Änderung von Art. 4, 7, 10, 12, 13, 15, 15a, 16 – 24, Anhang 1; Neuerlass von Art. 15b – 15f): Genehmigung

- **Motion Fankhauser Fabian (GLP), Häfliger Dyami (GLP) und Mitunterzeichnende vom 24. Juni 2024: Ladeplätze für Elektrofahrzeuge freihalten: Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist**
 - **Motion Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg-Streuli (FDP), Rosario Volante (FDP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025 "Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung": Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist**
-

Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte

1. Grundlagen

- Vorakten (Ordner "Parkplatzbewirtschaftungsreglement Teilrevision")
- Gemeinderatsbeschluss vom 30. März 2022, Trakt. 2
- Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2025, Trakt. 14
- Bericht und Antrag vom 10. Juli 2026 des Amts für öffentliche Sicherheit mit den darin erwähnten Beilagen
- Protokollauszug der Kommission für öffentliche Sicherheit vom 20. August 2026, Trakt. 3
- Protokollauszug der Finanzkommission vom 25. August 2026, Trakt. 4
- Beschluss des Gemeinderats vom 9. September 2026, Trakt. 2

2. Inhalt der Vorlage

Der Inhalt der Vorlage ergibt sich aus dem Bericht und Antrag des Amts für öffentliche Sicherheit vom 10. Juli 2026 (= Beilage 1), dem Änderungserlass zur Teilrevision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements im Entwurf vom 10. Juli 2026 (= Beilage 2), der synoptischen Darstellung zur Teilrevision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements, im Entwurf vom 10. Juli 2026 (= Beilage 3), der Stellungnahme des Preisüberwachers vom 1. Juni 2026 (= Beilage 4) sowie dem Bericht zur Stellungnahme des Preisüberwachers vom 18. Juni 2026 (= Beilage 5). Es wird auf diese Dokumente, die übrigen Vorakten und die mündlichen Ausführungen des zuständigen Mitglieds des Gemeinderats verwiesen.

3. Vorberatende Behörden

- Die **Kommission für öffentliche Sicherheit** behandelte die Vorlage an der Sitzung vom 20. August 2026. Sie verabschiedete die Vorlage zustimmend und ohne eigene Anträge zu Händen der weiteren Beratung.
- Gleiches gilt für die **Finanzkommission**, welche die Vorlage an der Sitzung vom 25. August 2026 zustimmend und ohne eigene Anträge zu Händen der weiteren Beratung verabschiedete.
- Der **Gemeinderat** behandelte die Vorlage an seiner Sitzung vom 9. September 2026 und verabschiedete sie unverändert zu Händen des Stadtrats. In der gemeinderätlichen Diskussion wurde der Hinweis gemacht, dass sich auf Seite 24 des Berichts und Antrags (Ziff. 11.2.5) ein Rechenfehler eingeschlichen habe. Die Gesamteinnahme beläuft sich nicht auf Fr. 285'000.00, sondern auf Fr. 308'000.00.



Gemeinderat

Stadtratssitzung vom 19. Oktober 2026

Gestützt auf diese Ausführungen beantragen wir Ihnen Zustimmung zu folgendem

Beschlussentwurf:

- I. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 60 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderates vom 9. September 2026, unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums, beschliesst:**
 - 1. Die Teilrevision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements gemäss Änderungserlass vom 10. Juli 2026 wird genehmigt.**
 - 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**
- II. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 57 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 9. September 2026, beschliesst:**
 - 1. Die Fristverlängerung bis 31. August 2028 für die Umsetzung der Motion Fabian Fankhauser (GLP), Dyami Häfliger (GLP) und Mitunterzeichnende vom 24. Juni 2024: "Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten" (erheblich erklärt am 14. Oktober 2024), wird genehmigt.**
 - 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**
- III. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 57 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 9. September 2026, beschliesst:**
 - 1. Die Fristverlängerung bis 31. August 2028 für die Umsetzung der Motion Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg-Streuli (FDP), Rosario Volante (FDP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025: "Flächen-deckende Parkplatzbewirtschaftung" (erheblich erklärt am 18. August 2025), wird genehmigt.**
 - 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Berichterstattung: Gemeinderat Martin Lerch, Ressortvorsteher Öffentliche Sicherheit

Langenthal, 9. September 2026

IM NAMEN DES GEMEINDERATS

Der Vizestadtpräsident:

Michael Schär

Der Stadtschreiber:

Marc Häusler

- Beilage 1: Bericht und Antrag des Amtes für öffentliche Sicherheit vom 10. Juli 2026
- Beilage 2: Änderungserlass zur Teilrevision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements, im Entwurf vom 10. Juli 2026
- Beilage 3: Synoptische Darstellung zur Teilrevision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements, im Entwurf vom 10. Juli 2026



Parkplatzbewirtschaftungsreglement (7.3 R, PPBR): Teilrevision, Genehmigung; Auftragserteilung

Motion Fabian Fankhauser (GLP), Dyami Häfliger (GLP) und Mitunterzeichnende vom 24. Juni 2024: "Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten" (am 14. Oktober 2024 als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt): Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist; Beschluss

Motion Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg-Streuli (FDP), Rosario Volante (FDP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025: "Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung" (am 18. August 2025 als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt): Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist; Beschluss

Datum: 10. Juli 2026

Zuständig: Luis Gomez

Verteiler: Kommission für öffentliche Sicherheit; Finanzkommission; Gemeinderat; Stadtrat



Inhaltsverzeichnis

1	Das Wichtigste in Kürze	4
1.1	Ausgangslage	4
1.2	Inhalt des Berichtes und Antrages des Amtes für öffentliche Sicherheit (AföS) vom 3. Dezember 2025 (Beilage 5)	4
1.3	Beschluss des Gemeinderates vom 10. Dezember 2025	4
1.4	Inhalt dieses Berichtes und Antrages	5
2	Grundlagen	5
3	Ausgangslage und Handlungsbedarf	6
3.1	Ausgangslage	6
3.2	Handlungsbedarf	6
3.3	Zielsetzungen der Revision des PPBR gemäss dem Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2025	8
4	Projektorganisation	9
5	Methodik/Vorgehen	9
6	Inhalt der Teilrevision des PPBR	10
6.1	Auftrag 1 gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2025: Ausweitung der Parkplatzbewirtschaftung und der Gebührenpflicht der Parkzone 1 auf die Parkzone 3	10
6.1.1	<i>Übersicht über die Parkzonen</i>	<i>10</i>
6.1.2	<i>Auftrag</i>	<i>12</i>
6.1.3	<i>Gebührenpflichtige Bewirtschaftung ja, aber keine Übernahme der Gebührenpflicht der Parkzone 1 für die Parkzone 3</i>	<i>12</i>
6.1.3.1	<i>Parkierungsanlage beim Schwimmbad</i>	<i>13</i>
6.1.3.2	<i>Parkierungsanlage Dreilinden</i>	<i>16</i>
6.1.3.3	<i>Parkierungsanlage beim Musterplatz</i>	<i>18</i>
6.1.3.4	<i>Parkierungsanlage beim Schorenweiher</i>	<i>20</i>
6.1.4	<i>Parkierungsanlagen im Eigentum von Dritten in der Parkzone 3</i>	<i>20</i>
6.2	Auftrag 2 gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2025: Schaffung der rechtlichen	



	Grundlage für die Einführung der elektronischen (= digitalen) Parkkarte	21
6.2.1	<i>Auftrag</i>	21
6.2.2	<i>Bisherige Abklärungen</i>	21
6.2.3	<i>Schlussfolgerung</i>	22
6.3	Weitere notwendige Änderungen	22
7	Vor- und Nachteile verschiedener Varianten	22
8	Ergebnis	22
9	Konsequenzen bei Ablehnung	23
10	Auswirkungen auf die Verwaltung (Personalbestand, Infrastruktur, Organisation)	23
11	Finanzielle Auswirkungen	23
11.1	Gesetzgebungsprojektkosten im Allgemeinen	23
11.2	Schätzung der Erträge aus der neu eingeführten Bewirtschaftung der Parkierungsanlagen der bisherigen Parkzone 3	23
11.2.1	<i>Parkierungsanlage beim Schwimmbad (51 Parkplätze; unbefestigter Teil: Wiese: 128 Parkplätze)</i>	23
11.2.2	<i>Parkierungsanlage Dreilinden (168 Parkplätze)</i>	23
11.2.3	<i>Parkierungsanlage beim Musterplatz (22 Parkplätze)</i>	24
11.2.4	<i>Parkierungsanlage beim Schorenweiher (2 Parkplätze)</i>	24
11.2.5	<i>Total zusätzlicher Ertrag (Schätzwert)</i>	24
11.3	Investitions- und Betriebskosten als Folge der gebührenpflichtigen Bewirtschaftung der Parkierungsanlagen der Parkzone 3	24
11.3.1	<i>Investitionskosten</i>	24
11.3.2	<i>Jährliche Betriebskosten</i>	25
12	Stellungnahme Dritter	26
13	Mitberichte aus der Stadtverwaltung (Stadtbaumt)	27
14	Terminprogramm zur Realisierung	27
15	Kommunikation	28
16	Zuständigkeiten zum Beschluss	28
17	Beschlussentwurf	29



1 Das Wichtigste in Kürze

1.1 Ausgangslage

- Die **Richtlinien der Regierungstätigkeit 2025 - 2028** geben für den Bereich der öffentlichen Sicherheit die Ziele der laufenden Legislaturperiode vor. Gemäss der dortigen Ziff. 3.4 "... setzt sich die Stadt täglich für ein sicheres Langenthal ein und fördert das friedliche Zusammenleben". Eine der Massnahmen zur Erreichung dieses Ziels ist die Massnahme 04: *"Die Stadt revidiert bis 30. Juni 2026 das Parkplatzbewirtschaftungsreglement (PPBR), sodass alle reglementarischen Parkzonen gezielt bewirtschaftet und elektronische Parkkarten eingeführt werden können."*
- Anlässlich der Sitzung des Stadtrates vom 24. Juni 2024 wurde die **Motion Fabian Fankhauser (GLP), Dyami Häfliger (GLP) und Mitunterzeichnende "Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten"** eingereicht und begründet. Der Stadtrat beschloss an seiner Sitzung vom 14. Oktober 2024 die Erheblicherklärung der Motion (als Motion mit Weisungscharakter).
- Anlässlich der Sitzung des Stadtrates vom 12. Mai 2025 wurde die **Motion Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg-Streuli (FDP) und Rosario Volante (FDP) "Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung"** eingereicht und begründet. Der Stadtrat beschloss an seiner Sitzung vom 18. August 2025 die Erheblicherklärung der Motion (als Motion mit Weisungscharakter).
- Seit längerem sind **Revisionsaufträge des Gemeinderates** zum PPBR pendent, welche mindestens teilweise mit den Zielsetzungen der Richtlinien der Regierungstätigkeit 2025 – 2028 und mit dem Anliegen der Motion "Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung" deckungsgleich sind: Einbindung noch nicht bewirtschafteter öffentlicher Parkierungsanlagen im Eigentum der Stadt (Dreilinden, Schwimmbad, Musterplatz, Schorenweiher), Prüfung der Parkzonen und der Bewirtschaftung dieser Parkzonen (insbesondere der Parkzone 3), Regelungen für die Parkierung bei den Schulzentren, Bewirtschaftung der stadt eigenen Betriebsparkplätze, Einführung von digitalen Parkkarten, und vieles mehr (siehe Beilage 6).
- Das PPBR ist schon mehr als 20 Jahre weitgehend unverändert in Kraft. Es besteht deshalb ein **genereller (verwaltungstechnischer) Aktualisierungsbedarf**.

1.2 **Inhalt des Berichtes und Antrages des Amtes für öffentliche Sicherheit (AföS) vom 3. Dezember 2025 (Beilage 5)**

Auf Grund dieser umfassenden Ausgangslage, prioritär wegen der Massnahmenfestlegung in den Richtlinien der Regierungstätigkeit 2025 – 2028, wurde zu Händen des Gemeinderates ein Bericht und Antrag, datiert vom 3. Dezember 2025, erstellt, der die **Projektorganisation und -planung für eine umfassende Revision des PPBR, also für eine Totalrevision, vorschlug, unter Einbezug der erwähnten hängigen Motionen**. Das Zeitprogramm sah als Zielwert die Inkraftsetzung des revidierten Reglements auf den 1. Januar 2028 vor.

1.3 **Beschluss des Gemeinderates vom 10. Dezember 2025**

Angesichts des zu erwartenden grösseren Umfangs einer Totalrevision und der Problematik der hohen bereits budgetierten Erträge aus der Parkplatzbewirtschaftung folgte der Gemeinderat



dem Bericht und Antrag des AföS vom 10. Dezember 2025 nicht in allen Teilen. Insbesondere beschloss er, das Gesetzgebungsprojekt aufzuteilen:

- In einer ersten Teilrevision sollen, - möglichst bereits mit Wirkung ab 1. Januar 2027 - **in der Parkzone 3 die Gebührenpflicht analog der Parkzone 1** und die **Schaffung einer Grundlage für die Einführung der elektronischen Parkkarte umgesetzt** werden.
- In einer nachgelagerten zweiten Phase soll die im Bericht und Antrag des AföS vom 3. Dezember 2025 beschriebene **umfassende Revision, also die Totalrevision des PPBR, in Angriff genommen** werden.

1.4 Inhalt dieses Berichtes und Antrages

Dieser Bericht und Antrag befasst sich mit der vom Gemeinderat am 10. Dezember 2025 in Auftrag gegebenen Teilrevision:

- **Einführung der Gebührenpflicht in der Parkzone 3:** drei der vier im Eigentum der Stadt stehenden Parkierungsanlagen in der Parkzone 3 (Dreilinden, Schwimmbad, Musterplatz, nicht: Schorenweiher), welche bisher nur für die Dauerparkierung gebührenpflichtig bewirtschaftet werden, werden neu nach eigens für diese Parkierungsanlagen definierten Bewirtschaftungssystemen (also nicht wie vom Gemeinderat in Auftrag gegeben gemäss den Vorschriften für die Parkzone 1; Begründung: siehe Ziff. 6.1.3 unten) gebührenpflichtig bewirtschaftet. Mit den vorgeschlagenen Bewirtschaftungssystemen kann schätzungsweise mit jährlichen Mehreinnahmen aus der Parkplatzbewirtschaftung von brutto rund Fr. 285'000.00 gerechnet werden. Im Gegenzug fallen neu jährlich rund Fr. 11'000.00 an zusätzlichen Betriebskosten an. Zudem ist für die Finanzierung der Bewirtschaftungsinfrastrukturen (einmalige Kosten) ein Nachkredit erforderlich. Dieser ist zu Lasten der Erfolgsrechnung 2026 Konto 4020.3101.75 Strassensignalisation, zu bewilligen. Gleichzeitig ist eine Entnahme der effektiven Ausgaben aus dem Fonds Spezialfinanzierung Parkplätze/Parkhäuser, Konto 29005.800, über das Konto 4020.4510.00 zu bewilligen.
- **Schaffung der rechtlichen Grundlage für die Einführung der elektronischen (digitalen) Parkkarte.** Das revidierte Reglement sieht in den revidierten Bestimmungen neu die physische und die digitale Parkkarte vor (siehe Beilage 1).

Alle übrigen Revisionsthemen gemäss dem Bericht und Antrag des AföS vom 3. Dezember 2025, umfassend unter anderem die Umsetzung der beiden hängigen Motionen, sind nicht oder nur teilweise Gegenstand dieser Vorlage, sondern der Revision des PPBR in der zweiten Phase.

2 Grundlagen

- Strassengesetz des Kantons Bern (SG, BSG 732.11), vom 4. Juni 2008, in Kraft seit 1. Januar 2009
- Strassenverordnung des Kantons Bern (SV, BSG 732.111.1), vom 29. Oktober 2008, in Kraft seit 1. Januar 2009
- Gemeindegesetz des Kantons Bern (GG, BSG 170.11), in der Fassung vom 1. Februar 2025
- Richtlinien der Regierungstätigkeit 2025 - 2028 der Stadt Langenthal



- Parkplatzbewirtschaftungsreglement der Stadt Langenthal vom 24. Juni 1996, in Kraft seit 1. Juli 1997 (PPBR, 7.3 R)
- Gemeinderatsbeschluss vom 29. August 2007
- Gemeinderatsbeschluss vom 29. Oktober 2014
- Gemeinderatsbeschluss vom 21. Mai 2015 und 16. September 2015
- Gemeinderatsbeschluss vom 16. September 2015
- Gemeinderatsbeschluss vom 28. Oktober 2015
- Gemeinderatsbeschluss vom 10. Februar 2016
- Gemeinderatsbeschluss vom 15. August 2018
- Gemeinderatsbeschluss vom 13. Oktober 2021 (Anpassung der Gebührenhöhen)
- Gemeinderatsbeschluss vom 30. März 2022
- Gemeinderatsbeschluss vom 12. Oktober 2022
- Motion Fankhauser Fabian (GLP), Häfliger Dyami (GLP) und Mitunterzeichnende vom 24. Juni 2024: "Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten"
- Motion Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg-Streuli (FDP) und Rosario Volante (FDP) vom 12. Mai 2025: "Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung"
- Bericht und Antrag des AföS vom 3. Dezember 2025 zur Projektorganisation und Projektplanung der umfassenden Revision des PPBR
- Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2025 zur Projektorganisation und -planung der Revision des PPBR
- Vorakten zum Parkplatzbewirtschaftungsreglement und zu den erwähnten Motionen

3 Ausgangslage und Handlungsbedarf

3.1 Ausgangslage

Die öffentlichen Parkplätze für *Motorfahrzeuge und Anhänger auf Grundstücken, die im Eigentum der Stadt stehen* (sowie, basierend auf vertraglichen Grundlagen, verschiedene sich in Eigentum Dritter befindlicher Parkplätze), werden seit dem 1. Juli 1997 gestützt auf das städtische Parkplatzbewirtschaftungsreglement (PPBR) bewirtschaftet. Seit dem Erlass des PPBR gab es lediglich *eine* Reglementsteilrevision: An der Stadtratssitzung vom 4. November 2002 wurden per 1. Januar 2003 einige Bestimmungen des Reglements angepasst (siehe Liste der damals revidierten Artikel auf Seite 4 des geltenden PPBR). Verschiedene weitere Bestrebungen in Richtung einer (Teil-)Revision des PPBR, in den Jahren 2009, 2015 sowie 2018, führten aus verschiedenen Gründen nicht zu konkreten Revisionsvorlagen. Das Reglement ist damit seit mehr als 20 Jahren inhaltlich im Wesentlichen unverändert in Kraft.

3.2 Handlungsbedarf

- Die **Richtlinien der Regierungstätigkeit 2025 - 2028** geben für den Bereich der öffentlichen Sicherheit die Ziele der laufenden Legislaturperiode vor. Gemäss der dortigen Ziff. 3.4 "... setzt sich die Stadt täglich für ein sicheres Langenthal ein und fördert das friedliche Zusammenleben". Eine der Massnahmen zur Erreichung dieses Ziels ist die Massnahme 04: "*Die Stadt revidiert bis 30. Juni 2026 das Parkplatzbewirtschaftungsreglement (PPBR), sodass alle reglementarischen Parkzonen gezielt bewirtschaftet und elektronische Parkkarten eingeführt werden können.*"
- Anlässlich der Sitzung des Stadtrates vom 24. Juni 2024 wurde die **Motion Fabian Fankhauser (GLP), Dyami Häfliger (GLP) und Mitunterzeichnende "Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten"** eingereicht und begründet. Die Motion will eine Grundlage schaffen, damit



FahrzeughalterInnen auf öffentlichen Parkplätzen mit Ladesäulen gebüsst werden können, wenn die Parkplätze benutzt werden, ohne zu laden. Der Stadtrat beschloss an seiner Sitzung vom 14. Oktober 2024 nach Kenntnisnahme der schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderates vom 18. September 2024 die Erheblicherklärung der Motion als Motion mit Weisungscharakter. Der Gemeinderat wurde mit dem weiteren Vollzug beauftragt. Er erteilte am 25. November 2024 dem Amt für öffentliche Sicherheit den Auftrag, dem Gemeinderat bis 31. März 2026 (von Stadtschreiber Häusler bis 30. Juni 2026 verlängert) einen Bericht und Antrag zur erheblich erklärten Motion einzureichen, damit die Zweijahresfrist gemäss Art. 57 Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 eingehalten werden kann. Weil der Gemeinderat mit seinem Beschluss vom 10. Dezember 2025 die Revision des PPBR in zwei Phasen aufteilte (siehe unten Ziff. 3.3) und das Anliegen der Motion nicht Gegenstand der ersten Revisionsphase ist, kann diese Frist nicht eingehalten werden. **Es wird deshalb beantragt, dass der Gemeinderat dem Stadtrat ein Fristerstreckungsgesuch (Verlängerung der Frist bis August 2028) unterbreitet** (siehe Beschlussesentwurf Ziff. III).

- Anlässlich der Sitzung des Stadtrates vom 12. Mai 2025 wurde die **Motion Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg-Streuli (FDP) und Rosario Volante (FDP) "Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung"** eingereicht und begründet. Sie will das PPBR so anpassen, dass einerseits sämtliche Parkplätze auf öffentlichen Strassen und Plätzen, welche sich im Eigentum der Stadt befinden, bewirtschaftet werden, und dass andererseits die Vergabe von Parkkarten stringenter ausformuliert wird. Der Stadtrat beschloss an seiner Sitzung vom 18. August 2025 nach Kenntnisnahme der schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderates vom 2. Juli 2025, die Motion als Motion mit Weisungscharakter zu qualifizieren und sie erheblich zu erklären. Der Gemeinderat wurde mit dem weiteren Vollzug beauftragt. Er erteilte am 8. Oktober 2025 dem Amt für öffentliche Sicherheit den Auftrag, dem Gemeinderat bis 30. April 2027 einen Bericht und Antrag zur erheblich erklärten Motion einzureichen. Weil der Gemeinderat mit seinem Beschluss vom 10. Dezember 2025 die Revision des PPBR in zwei Phasen aufteilte (siehe Ziff. 3.3) und das Anliegen der Motion nur teilweise Gegenstand der ersten Revisionsphase ist, wird ein Teil der Anliegen in der zweiten Revisionsphase bearbeitet. Aktuell ist davon auszugehen, dass diese Frist nicht eingehalten werden kann. Es wird deshalb beantragt, **dass der Gemeinderat dem Stadtrat ein Fristerstreckungsgesuch (Verlängerung der Frist bis August 2028) unterbreitet** (siehe Beschlussesentwurf Ziff. III).
- Seit längerem sind **Revisionsaufträge des Gemeinderates** zum PPBR pendent, welche mindestens teilweise mit den Zielsetzungen der Richtlinien der Regierungstätigkeit 2025 – 2028 und mit dem Anliegen der überwiesenen Motion "Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung" deckungsgleich sind: Einbindung noch nicht bewirtschafteter öffentlicher Parkieranlagen im Eigentum der Stadt (Dreilinden, Schwimmbad, Musterplatz, Schorenweiher), Prüfung der Parkzonen und der Bewirtschaftung dieser Parkzonen (insbesondere der Parkzone 3), Regelungen für die Parkierung bei den Schulzentren, Bewirtschaftung der stadteigenen Betriebsparkplätze, Einführung von digitalen Parkkarten, etc.
- Das PPBR ist schon mehr als 20 Jahre weitgehend unverändert in Kraft. Es besteht deshalb ein **genereller (verwaltungstechnischer) Aktualisierungsbedarf**.

In der langen Zeit seit der Einführung der Langenthaler Parkplatzbewirtschaftung veränderten sich die Bedürfnisse, teilweise die (örtlichen) Verhältnisse, die technischen Möglichkeiten, das Verhalten der Motorfahrzeuglenkenden und die im PPBR zum Ausdruck kommenden politischen



Ansichten. Das kam im Stadtrat zum Ausdruck (siehe Motion Fabian Fankhauser [GLP], Dyami Häfliger [GLP] und Mitunterzeichnende vom 24. Juni 2024 "Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten" und Motion Robert Kummer [FDP], Franziska Zaugg-Streuli [FDP] und Rosario Volante [FDP] vom 12. Mai 2025 "Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung", beide vom Stadtrat erheblich erklärt). Und das kam ebenso im Gemeinderat zum Ausdruck, im Rahmen der Festlegung der Zielsetzungen in den Richtlinien der Regierungstätigkeit 2025 – 2028 und im Kontext von schon seit längerem (teilweise kontrovers) geführten Revisionsdiskussionen zu verschiedenen Themen (siehe oben und Liste der Gemeinderatsbeschlüsse gemäss Beilage 6). Und auch die tägliche Umsetzung des PPBR im AföS zeigt (verwaltungstechnischen) Revisionsbedarf auf. Es besteht somit umfassender Handlungsbedarf.

3.3 Zielsetzungen der Revision des PPBR gemäss dem Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2025

Angestrebt wurde, gemäss dem Bericht und Antrag des AföS vom 3. Dezember 2025 (Beilage 5), deshalb eine umfassende, also eine Totalrevision des PPBR, welche folgende **Zielsetzungen** verfolgte:

- Umsetzung der Zielsetzung aus den Richtlinien der Regierungstätigkeit 2025 - 2028
- Umsetzung der erheblich erklärten Motionen Fankhauser und Kummer
- Umsetzung der bestehenden Revisionsaufträge des Gemeinderates
- verwaltungstechnische Aktualisierung des PPBR (inklusive Digitalisierung)

Der Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2025 passte diese Zielsetzungen an. Er unterteilt das Gesetzgebungsprojekt in zwei Phasen und **beauftragt für die erste Phase** nur eine **Teilrevision des PPBR zur Einführung der Gebührenpflicht in der Parkzone 3 analog der Parkzone 1** und zur **Schaffung der rechtlichen Grundlage für die Einführung der elektronischen Parkkarte** an: (*kursiv = Auszug aus dem Gemeinderatsprotokoll*):

Beratung:

Daraufhin wird im Rat das Vorgehen, namentlich in zeitlicher Hinsicht und mit Blick auf die punkto Parkgebühren weiterhin zu hohen Budgetwerte, diskutiert. Es wird festgehalten, dass die geplante umfangreiche Revision doch relativ viele heikle Themen beinhalte, die sowohl den Zeitplan als auch das gesamthafte Gelingen erschweren würden. Es stelle sich daher die Frage, ob das Unterfangen nicht zu etappieren und die Bewirtschaftung der Zone 3 prioritär zu behandeln sei.

*Es kommt zu folgendem **Antrag**: "Das Amt für öffentliche Sicherheit wird in Abstimmung mit der Projektleitung beauftragt, prioritär und vorgängig zur grösseren Revision gemäss Ziff. 1 eine Teilrevision des bestehenden Parkplatzbewirtschaftungsreglements zu erarbeiten mit dem Ziel, mindestens in der Parkzone 3 eine Gebührenpflicht analog Parkzone 1 einzuführen bei Boden im Eigentum Dritter unter Vorbehalt von deren Zustimmung. Zudem ist die Einführung der elektronischen Parkkarten umzusetzen. Ziel ist eine Inkraftsetzung per 1.1.2027 (bei einer Lesung im Stadtrat). Die Erkenntnisse aus der Teilrevision sollen in die grössere Revision gemäss Ziff. 1 einfließen."*

Diesem Antrag wird entgegengehalten, dass das Vorgehen sicher einer sorgfältigen Begründung zu Händen des Stadtrates bedürfe.

Bezüglich der Einführung der elektronischen Parkkarte zeigt die Diskussion im Rat sodann, dass die Thematik nicht unbestritten ist, sodass die erste Etappe lediglich die Grundlagen für die Einführung, nicht aber bereits die Überprüfung und allfällige Anpassung auch der Arten und Preisbandbreiten umfassen solle.

Abstimmung: Der Antrag wird ... angenommen.

Beschluss (...):

1. **Die Projektorganisation und -planung gemäss den Ausführungen in den Ziff. 3.3, 4, 5 und 6 des Berichts und Antrags vom 3. Dezember 2025 wird unter Vorbehalt von Ziff. 2 nachfolgend genehmigt.**
2. **Das Amt für öffentliche Sicherheit wird in Abstimmung mit der Projektleitung beauftragt, prioritär und vorgängig zur grösseren Revision gemäss Ziff. 1 eine Teilrevision des bestehenden Parkplatzbewirtschaftungsreglements zu erarbeiten mit dem Ziel, mindestens in der Parkzone 3 eine Gebührenpflicht analog Parkzone 1 einzuführen, bei Boden im Eigentum Dritter unter Vorbehalt von deren Zustimmung. Zudem ist die Einführung der elektronischen Parkkarten umzusetzen. Ziel ist eine Inkraftsetzung per 1. Januar 2027 (bei einer Lesung im Stadtrat). Die Erkenntnisse aus der Teilrevision sollen in die grössere Revision gemäss Ziff. 1 einfließen.**
3. **Gemeinderat Martin Lerch, Ressortvorsteher öffentliche Sicherheit, wird ermächtigt und beauftragt, den Stadtrat an einer der nächsten Sitzungen unter "Mitteilungen des Gemeinderates" über die wesentlichen Elemente der Projektorganisation und -planung zur Revision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements zu informieren.**
4. **Das Amt für öffentliche Sicherheit wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

4 Projektorganisation

Die Erarbeitung der vorliegenden Teilrevision des PPBR erfolgte mit folgender Projektorganisation:

- **Gesamtprojektverantwortung/Auftraggeber:** Gemeinderat
- **politisch-fachliche Leitung und Begleitung:** Martin Lerch, Ressortvorsteher öffentliche Sicherheit, Luis Gomez, Amtsvorsteher AföS, Andreas Schulthess, Fachbereichsleiter Polizeiinspektorat
- **Co-Projektleitung (operativ):** Luis Gomez, Amtsvorsteher AföS, und Andreas Schulthess, Fachbereichsleiter Polizeiinspektorat
- **juristische Begleitung und Projektadministration:** Daniel Steiner, Projektmitarbeiter, bis zu seiner Pensionierung am 31. März 2026. Rekha Oleschak, Juristin AföS, 01. April 2026 bis 30. September 2026.
- **Projektadministration:** Karin Weber, Stabsleiterin AföS
- **Externe Unterstützungen:** wird in dieser Phase des Gesetzgebungsprojektes nicht in Anspruch genommen.

5 Methodik/Vorgehen

Abweichend von der für die umfassende, also für die Totalrevision des PPBR geplanten engen Zusammenarbeit mit der Kommission für öffentliche Sicherheit (KöS) wurde diese Teilrevision **ausschliesslich von der Projektorganisation gemäss Ziff. 4 erarbeitet.** Auf ein (politisches)



Vernehmlassungs- und/oder ein öffentliches Mitwirkungsverfahren wurde auf Grund der zeitlichen Zielsetzung des Gemeinderates (Inkraftsetzung per 1. Januar 2027) und des reduzierten Inhalts der Teilrevision ebenfalls **verzichtet**.

6 Inhalt der Teilrevision des PPBR

6.1 **Auftrag 1 gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2025: Ausweitung der Parkplatzbewirtschaftung und der Gebührenpflicht der Parkzone 1 auf die Parkzone 3**

6.1.1 *Übersicht über die Parkzonen*

Das geltende PPBR beinhaltet drei Parkzonen:

a) **Parkzone 1 (Art. 5 bis 7 PPBR)**

Die Parkzone 1 umfasst das erweiterte Zentrum sowie speziell bezeichnete Parkplätze auf dem restlichen Gemeindegebiet gemäss Anhang 1 (Seite 1) und Anhang 1 (Seite 2).

Die Parkzone 1 ist unterteilt in die Parkzonenbereiche für das *Kurzzeitparkieren* (maximal 3 Stunden) sowie das *Langzeitparkieren* (maximal 12 Stunden).

Es bestehen folgende Regelungen:

- **Vertreter/innen, reisende Kaufleute und Handwerksbetriebe** können *Tages-, Wochen- und Monatskarten* beziehen. Diese Parkkarten berechtigen zum zeitlich unbeschränkten Parkieren auf dem auf der Parkkarte bezeichneten Parkzonenbereich (Kurz- oder Langzeitparkierungsbereich).
- **Jede Person** kann *Monats- und Jahreskarten* beziehen. Diese Parkkarten berechtigen zum zeitlich unbeschränkten Parkieren in den Parkzonenbereichen für die Langzeitparkierung, welche dafür bezeichnet sind (Pendler/innenparkkarte).
- **Schriftenpolizeilich gemeldete Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer oder Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughalter, welche in der Parkzone 1 wohnen und welchen nicht genügend privater Parkraum zur Verfügung steht**, können Bewilligungen für die Dauerparkierung auf den Langzeitparkplätzen in der Parkzone 1 erwerben. Die Bestimmungen für den Erwerb dieser Anwohnerparkkarten in der Parkzone 2 (Art. 9 bis Art. 12 Parkplatzbewirtschaftungsreglement) finden in diesen Fällen sinngemäss Anwendung.
- **Betriebe mit Geschäftsadresse in der Parkzone 1** können "spezielle Jahresparkkarten" beziehen. Diese Parkkarten berechtigen zu folgendem gebührenfreiem Parkieren:
 - a) auf allen öffentlichen Parkplätzen, welche sich im Grundeigentum der Stadt befinden oder für welche mit Dritteigentümer/innen eine entsprechende Bewirtschaftungsvereinbarung besteht;
 - b) auf Langzeitparkplätzen in der Parkzone 1 (Parkplätze mit einer Parkdauer bis 12 Stunden oder unbeschränkt) mit Ausnahme des Areals des Spitals SRO sowie des Parkplatzes P+R beim Bahnhof;
 - c) auf Kurzzeitparkplätzen in der Parkzone 1;
 - d) Dauerparkierung in der Parkzone 2.



b) Parkzone 2 (Art. 8 bis 15 PPBR)

Die Parkzone 2 wird gemäss Anhang 2 (Seite 1) bis Anhang 2 (Seite 5) als "**blaue Zone**" gemäss der **Strassenverkehrsgesetzgebung** in einzelne Parkzonenbereiche aufgeteilt, entsprechend signalisiert und markiert.

Es bestehen folgende Regelungen:

- Es besteht die Möglichkeit zum Bezug von **Dauerparkkarten**. Diese Parkkarten berechtigen zum zeitlich unbeschränkten Parkieren, welches längere Zeit beansprucht, als dies in den Vorschriften des Strassenverkehrsgesetzes in der "blauen Zone" vorgesehen ist.
- Zum **Bezug einer Dauerparkkarte sind Personen und Betriebe** berechtigt, welche die folgenden Kriterien erfüllen:
 - a) **Schriftenpolizeilich gemeldete Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer oder Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughalter, welche in der Parkzone 2 wohnen, und welchen nicht genügend privater Parkraum zur Verfügung steht** (= Anwohnerparkkarte);
 - b) **Betriebe in der Parkzone 2**, bei welchen nicht genügend privater Parkraum zur Verfügung steht. Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern von solchen Betrieben, sofern diese zur Berufsausübung zwingend und regelmässig auf ihr Fahrzeug angewiesen sind.
 - c) **Weitere Personen**, wie Behinderte, Gemeindecrankenschwestern oder Gemeindecrankenschwesternpfleger, Spitexmitarbeiterinnen oder Spitexmitarbeiter usw., welche zwingend und regelmässig auf eine Parkierungsmöglichkeit in der Parkzone 2 angewiesen sind, sofern nicht genügend privater Parkraum besteht.
 - d) **Besucherinnen und Besucher** von in der Parkzone 2 wohnhaften Personen, welche darauf angewiesen sind, ihr Fahrzeug in der Blauen Zone abzustellen.
- Die Parkkarte begründet keinen Anspruch auf eine Parkierungsmöglichkeit auf öffentlichem Grund.
- Es bestehen verschiedene Parkkartentypen, die miteinander kombiniert werden können (Art. 13 PPBR). Es handelt sich in der Regel um Jahresparkkarten (Art. 14 PPBR).

c) Parkzone 3 (Art. 15a PPBR)

Die Parkplätze in der Parkzone 3 stehen den **Benützerinnen und Benützern der Sport- und Freizeitanlagen sowie der Naherholungsgebiete** zur Verfügung.



Auch in dieser Zone ist eine **Dauerparkierung** möglich, setzt aber (auch) eine entsprechende kostenpflichtige Parkkarte voraus. Der **Kreis der Bezugsberechtigten** entspricht jenem der Parkzone 2. Als **Dauerparkierung** gilt gemäss Art. 15a PPBR "jegliches Parkieren, welches längere Zeit beansprucht, als dies der zweckgemässe Gebrauch (Benützung der Sport- und Freizeitanlagen sowie der Naherholungsgebiete) vorsieht".

6.1.2 Auftrag

Mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2025 wurde das AföS *"in Abstimmung mit der Projektleitung beauftragt, prioritär und vorgängig zur grösseren Revision ... eine Teilrevision des bestehenden Parkplatzbewirtschaftungsreglements zu erarbeiten mit dem Ziel, mindestens in der Parkzone 3 eine **Gebührenpflicht analog Parkzone 1** einzuführen, bei Boden im Eigentum Dritter unter Vorbehalt von deren Zustimmung. ..."*

Gemäss dem Anhang zum geltenden PPBR liegen in der Parkzone 3 die Parkierungsanlagen Dreilinden, Musterplatz, die befestigte und unbefestigte Parkierungsanlage beim Schwimmbad und die Parkierungsanlage Schorenweiher. Diese vier Parkierungsanlagen liegen auf Grundstücken im Eigentum der Stadt, sind also stadteigene Parkierungsanlagen.

6.1.3 Gebührenpflichtige Bewirtschaftung ja, aber keine Übernahme der Gebührenpflicht der Parkzone 1 für die Parkzone 3

Die Umsetzung dieser gemeinderätlichen Vorgabe (Gebührenpflicht in der bisherigen Parkzone 3 analog der Parkzone 1) würde bedeuten, dass die vier erwähnten, in der Parkzone 3 gelegenen stadteigenen Parkplätze in Kurz- und Langzeitparkplätze unterteilt werden, dass die Parkkartenberechtigungen aus der Parkzone 1 übernommen werden, dass die unterschiedlichen Parkkartentypen auch für diese vier Parkplätze möglich sein sollen, dass die Gebührenansätze der Parkzone 1 übernommen werden etc. (siehe zur Regelungsdichte zur Parkzone 1 oben in Ziff. 6.1.1 lit. a).

Die Projektleitung kam im Rahmen der Erarbeitung dieses Teilrevision zum Schluss, dass **diese vom Gemeinderat vorgegebene inhaltliche Angleichung der Bewirtschaftung der Parkzone 3 an die Regelungen der Parkzone 1 nicht sachgerecht ist**, und zwar hauptsächlich aus den folgenden Gründen:

- Zum einen ist das Langenthaler Parkplatzbewirtschaftungssystem (analog beispielsweise dem städtischen Verkehrsleitsystem) "von innen nach aussen", quasi in einem "Kreissystem", aufgebaut. Es verfolgt unterschiedliche Zielsetzungen in den unterschiedlichen "Kreisen", und es entspricht auch unterschiedlichen Bedürfnissen: Im Zentrum der Stadt gilt eine intensive und detaillierte Bewirtschaftung, je weiter vom Stadtzentrum entfernt gilt eine weniger intensive und weniger detaillierte Bewirtschaftungsregelung. Ein *punktuel* Eingriff in dieses in sich stimmige "Kreissystem" macht das gesamthafte Bewirtschaftungssystem zu nichte und führt zu einem nicht erwünschten Verhalten der Motorfahrzeugführenden (Ausweichbewegungen, Quartierbelastungen, unverständliche Gebührenansätze etc.). Anpassungen soll(t)en deshalb nur in einer Gesamtbetrachtung des Parkplatzbewirtschaftungssystems erfolgen, wie das AföS dies in seinem Bericht und Antrag vom 3. Dezember 2025 auch beantragte.



- Zum anderen haben die stadteigenen Parkierungsanlagen der bisherigen Parkzone 3 je unterschiedliche und ganz besondere Verwendungszwecke (Nutzung der Sport- und Freizeitanlagen und der Naherholungsgebiete, Nutzung als Schwimmbadparkplatz). Diese Verwendungszwecke decken sich mit dem primären Zweck der Parkplatzbewirtschaftung in der Parkzone 1, nämlich der kurzzeitige Parkplatzbereitstellung für die Kundinnen und Kunden der Innenstadt, nicht.

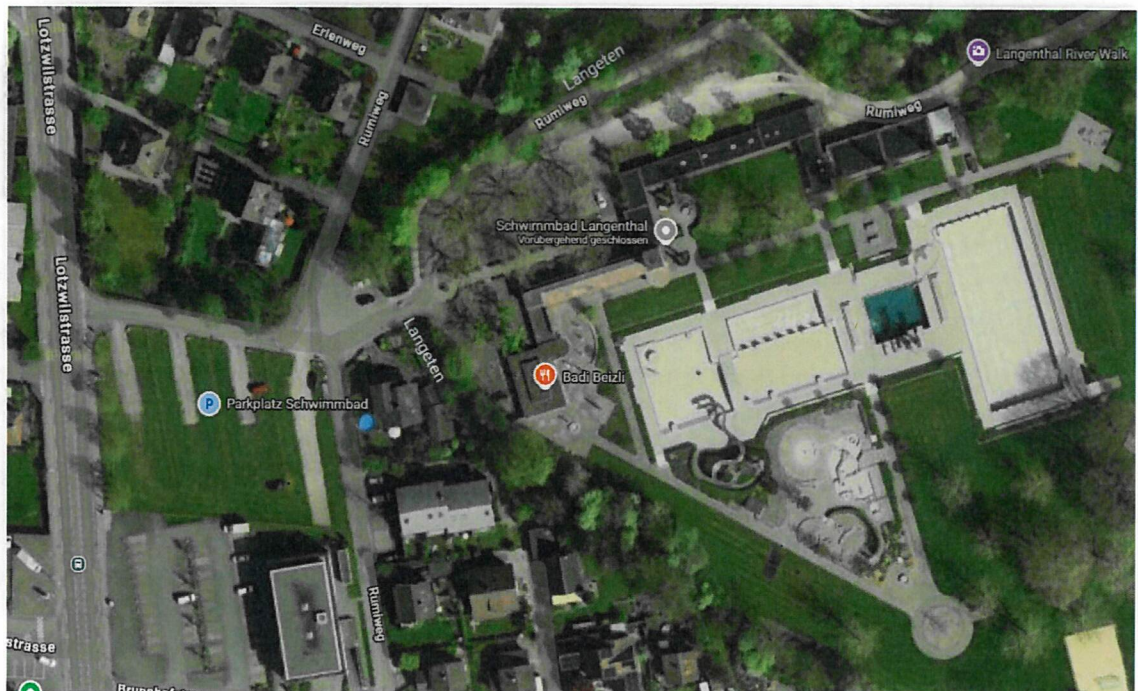
Die Projektleitung schlägt deshalb, abweichend vom Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2025, vor, dass die vier stadteigenen Parkierungsanlagen Schwimmbad, Dreilinden, Musterplatz und Schorenweiher nicht nach dem Bewirtschaftungssystem der Parkzone 1 bewirtschaftet werden. Der Gemeinderatsbeschluss ist folgerichtig in diesem Punkt in Wiedererwägung zu ziehen und aufzuheben (siehe Beschlussesentwurf, Ziff. I).

Das heisst jedoch nicht, dass diese vier (bzw. drei der vier) stadteigenen Parkierungsanlagen weiterhin weitgehend (die Dauerparkierung war in der Parkzone 3 bereits bisher gebührenpflichtig möglich) gebührenfrei sein sollen, sondern dass **für sie je ein eigenes gebührenpflichtiges Bewirtschaftungssystem definiert und reglementiert** werden soll (siehe nachfolgend Ziff. 6.1.3.1 bis Ziff. 6.1.3.4).

6.1.3.1 Parkierungsanlage beim Schwimmbad

Die stadteigene Parkierungsanlage beim Schwimmbad besteht aus den Bereichen:

- **befestigte Parkplätze** innerhalb der "Barriere"/unter den Bäumen/entlang des Schwimmbadgebäudes und befestigte Parkplätze vor dem Schwimmbadareal (beim Rumiweg),
- **unbefestigte Parkplätze** auf der Wiese vor dem Schwimmbadareal.





Die Projektorganisation beantragt dem Gemeinderat zu Händen des Stadtrates, alle **befestigten Parkplätze** der stadteigenen Parkierungsanlage beim Schwimmbad wie folgt zu bewirtschaften (siehe Synopse vom 10. Juli 2026, Beilage 1, Art. 15b neu PPBR):

Bewirtschaftungssystem:

- während der Schwimmbadsaison (Frühling bis Herbst): Gebührenpflicht während 24 Stunden und 7 Tagen pro Woche; in der übrigen Jahreszeit: Bewirtschaftungsdauer gemäss Art. 17 Abs. 1 lit. a PPBR: Montag bis Freitag: 07.00 Uhr bis 19.00 Uhr, Samstag: 07.00 Uhr bis 17.00 Uhr; ausserhalb dieser Zeiten und an allgemeinen Feiertagen: keine Gebührenpflicht;
- Gebührenhöhe gemäss Benutzungsdauer: lineare Gebühr pro Stunde (= jede nächste Stunde kostet gleich viel wie die vorangegangene Stunde)
- maximal zulässige Parkdauer: 12 Stunden
- Dauerparkierung: Zulässigkeit wie in der bisherigen Parkzone 3
- separat bezeichnete Betriebsparkplätze (gelb markiert)
- gesicherte Anlieferungssituation

Die Projektorganisation beantragt dem Gemeinderat zu Händen des Stadtrates, die **unbefestigten Parkplätze auf der Wiese** wie folgt zu bewirtschaften (siehe Synopse vom 10. Juli 2026, Beilage 1, Art. 15c neu PPBR):

Bewirtschaftungssystem:

- während der Schwimmbadsaison (Frühling bis Herbst): Gebührenpflicht während 24 Stunden und während 7 Tagen pro Woche; in der übrigen Jahreszeit: Zugang zur Parkierungsanlage gesperrt, aber kostenpflichtige Überlassung dieser Parkplätze zum Gebrauch für Anlässe, im Rahmen von Einzelabsprachen mit dem Amt für öffentliche Sicherheit
- Gebührenhöhe gemäss Benutzungsdauer: lineare Gebühr pro Stunde (= jede nächste Stunde kostet gleich viel wie die vorangegangene Stunde)
- maximal zulässige Parkdauer: 12 Stunden
- Dauerparkierung: Zulässigkeit wie in der bisherigen Parkzone 3

Gebührenrahmen (für die gesamten Parkierungsanlagen beim Schwimmbad): (Art. 18 Abs. 1 lit. c neu PPBR): Fr. 0.60 bis Fr. 2.00/Stunde. Bei der Überlassung zum Gebrauch ausserhalb der Badesaison handelt es sich um ein mietrechtsähnliches Verhältnis (keine Gebühr).

Gebühr: (= Antrag an den GR): Fr. 0.60/Stunde (Fr. 7.20/Tag bei einer Parkdauer von 12 Stunden)

Begründung

- Die beantragte Bewirtschaftungsregelung stellt den Hauptzweck der Parkierungsanlage (Schwimmbadbesuch) sicher. Die Dauerparkierung war bei dieser Parkierungsanlage schon bisher zulässig und schränkt den Hauptzweck der Parkierungsanlage erfahrungsgemäss nicht merklich ein, weshalb sie so belassen werden kann.
- Die maximale Parkdauer beträgt 12 Stunden: Die Verweildauer im Schwimmbad wird so (und dank des linearen Gebührenansatzes: gleiche Gebühr für jede folgende Stunde) zeitlich

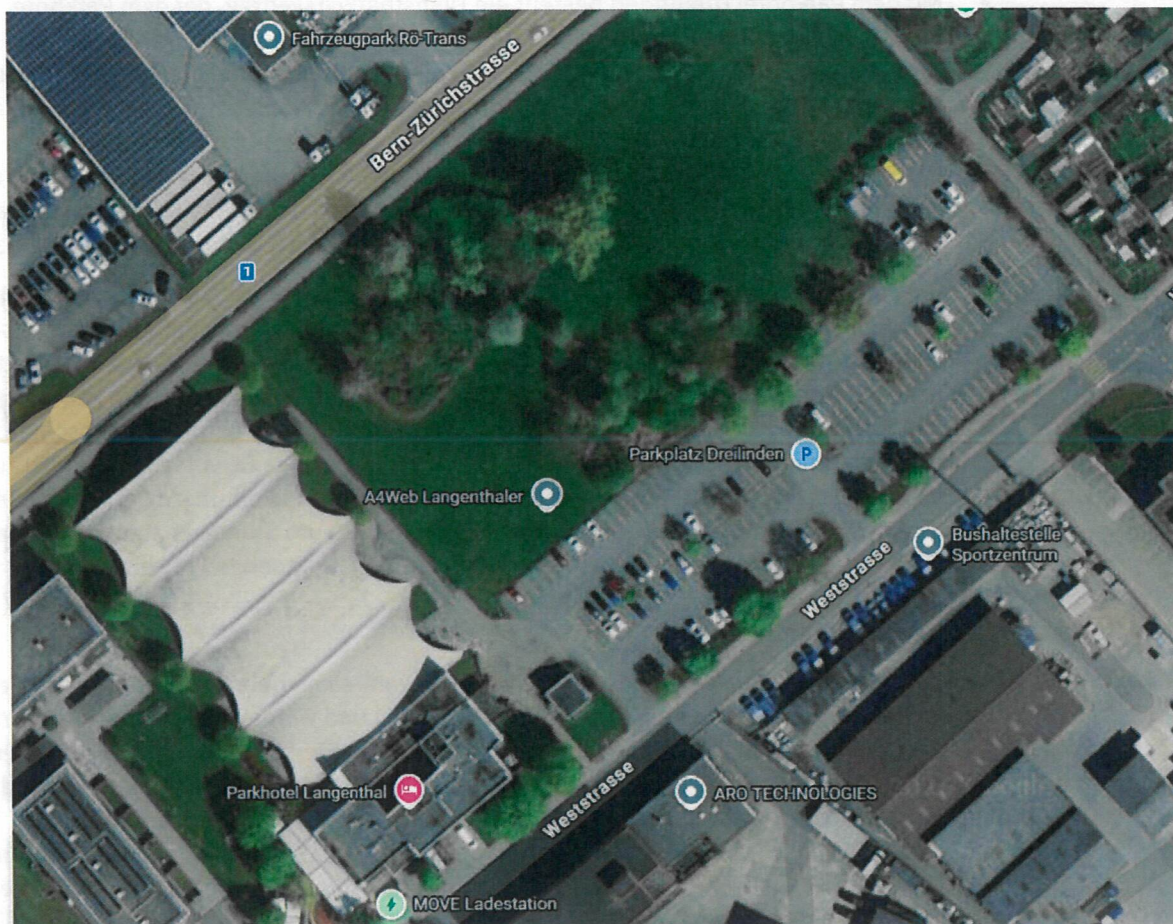


nicht eingeschränkt und führt kostenmässig nur zu moderaten Belastungen. Ebenso wenig die Nutzung der Parkierungsanlage bei Anlässen der Stadt oder von Dritten (in den Sommermonaten), denn derartige Anlässe finden in der Regel in den Abendstunden statt (Doppelnutzung der Parkierungsanlage mit stundenweiser Gebührenerhebung).

- Dank der Sperrung der Parkplätze auf der Wiese von September bis April erübrigen sich kostenintensive bauliche Massnahmen für Belagsarbeiten und dergleichen. Die einzelnen kostenpflichtigen Überlassungen der Parkplätze für Anlässe der Stadt oder Dritter im Zeitraum von September bis April durch das AföS nehmen auf die jeweilige Wetterlage Rücksicht. Es besteht kein Anspruch auf diese Art der Nutzung. Die Stadt handelt hier im Bereich des Privatrechts, weshalb für diese Nutzungen kein Gebührenrahmen und keine Einzelgebühr beantragt wird.
- Die Gebührenhöhe richtet sich nach der tatsächlichen Parkdauer. Sie ist somit individuell und deutlich gerechter als zum Beispiel die Erhebung von Pauschalgebühren, die übrigens auch noch weitere Schwierigkeiten mit sich bringen würde (Besuchende am Morgen, am Nachmittag, über Mittag, Kurzzeitbesuchende, etc.).
- Der Gebührenansatz ist mit Fr. 0.60 pro Stunde moderat und deutlich tiefer angesetzt als in der Parkzone 1 (gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 13. Oktober 2021: seit 1. Januar 2022: Fr. 1.60/Stunde für Parkplätze mit einer maximalen Parkdauer von 3 Stunden und Fr. 1.30/Stunde für Parkplätze mit einer maximalen Parkdauer von 12 Stunden). Eine durchschnittliche Verweildauer im Schwimmbad (Annahme: 10.00 bis 16.00 Uhr, 6 Stunden) kostet so beispielsweise nur Fr. 3.60. Die Gebühr wird linear erhoben (jede Folgestunden kostet gleich viel wie die vorangegangene Stunde). Auf die Einführung von degressiven oder progressiven Ansätzen (= reduzierte oder erhöhte Gebühr für die Folgestunde[n]) wird – auch aus praktischen Gründen - verzichtet.
- Die Betriebsparkplätze dienen ausschliesslich dem Schwimmbadpersonal. Die Anlieferung ist sichergestellt.

6.1.3.2 Parkierungsanlage Dreilinden

Die Projektorganisation beantragt dem Gemeinderat zu Händen des Stadtrates, die stadt-eigene **Parkierungsanlage Dreilinden** wie folgt zu bewirtschaften (siehe Synopse vom 10. Juli 2026, Beilage 1, Art. 15d neu PPBR):



Bewirtschaftungssystem:

- Gebührenpflicht während 24 Stunden und während 7 Tagen pro Woche (365/366 Tage)
- Gebührenhöhe gemäss Benutzungsdauer: lineare Gebühr pro Stunde (= jede nächste Stunde kostet gleich viel wie die vorangegangene Stunde)
- maximal zulässige Parkdauer: 12 Stunden
- Dauerparkierung: Zulässigkeit wie in der bisherigen Parkzone 3

Gebührenrahmen: (Art. 18 Abs. 1 lit. c neu PPBR): Fr. 0.60 bis Fr. 2.00/Stunde

Gebühr: (= Antrag an den GR): Fr. 1.20/Stunde, (Fr. 14.40 bei einer Parkdauer von 12 Stunden)



Begründung:

- Die beantragte Regelung lässt die Dauerparkierung im bisherigen Rahmen weiterhin zu. Das lässt sich auf Grund der Lage, der Grösse und des Nutzungszweckes dieser Parkierungsanlage rechtfertigen.
- Mit dem Parkhotel Dreilinden besteht ein Dienstbarkeitsvertrag, der dem Parkhotel das Recht zur Alleinnutzung sowie Mitbenutzung der Parkplätze einräumt. Da die Bewirtschaftung rund um die Uhr und an 365/366 Tagen pro Jahr erfolgt und die maximale Parkierungsdauer auf 12 Stunden beschränkt ist, vereinbart das AföS mit dem Parkhotel eine Parkierungslösung für die Hotelgäste und Angestellten, soweit diese auf dem städtischen Teil der Parkierungsanlage parkieren (müssen). Am 6. Juli 2026 wurden die wesentlichen Punkte verhandelt. Die Vereinbarung soll bis zur Inkraftsetzung der Teilrevision am 1. Januar 2027 vorliegen. Die Genehmigung der Vereinbarung erfolgt durch Beschluss des Gemeinderats.
- Die Parkierungsanlage wird heute - abgesehen von Besuchenden des Parkhotels - hauptsächlich von Schülerinnen und Schülern der Berufsfachschule an der Weststrasse sowie Firmenangestellten in der nahen Umgebung benützt. Deshalb sind die Gebührenstruktur und -höhe der Parkierungsanlage der Berufsfachschule zu berücksichtigen, um keine Ausweich- und Suchbewegungen zu provozieren. Die Parkierungsanlage der Berufsfachschule sieht eine Gebührenpflicht von 24 Stunden/Tag und eine 7-tägige Bewirtschaftung vor. Zur Vermeidung von Ausweich- und Suchverkehr ist diese Bewirtschaftungsart zu übernehmen. Es wird deshalb ein linearer Gebührenansatz von Fr. 1.20 pro Stunde beantragt. Für die Festlegung einer progressiven oder degressiven Gebührenstruktur besteht kein Anlass.

Hinweis:

Aktuell bestehen entlang der Weissensteinstrasse zahlreiche quer zur Fahrbahn angelegte Parkplätze. Diese Parkplätze liegen auf städtischem Grund und werden bis dato nicht bewirtschaftet. Sie sind verkehrstechnisch sehr ungünstig angeordnet: Sie führen einerseits über den auf der Fahrbahn markierten Fussgängerbereich, und andererseits führt die Ein- bzw. Ausfahrt der einzelnen Parkplätze zu gefährlichen Verkehrsbewegungen (Rückwärtseinfahren in die Weissensteinstrasse). Diese Parkplätze können deshalb von der öffentlichen Hand nicht als (neu sogar gebührenpflichtig zu bewirtschaftender) öffentlicher Parkraum angeboten werden. Da sie nicht bewirtschaftet werden (können), und die Parkierungsanlage Dreilinden neu gebührenpflichtig ist, müssen diese Parkmöglichkeiten mit geeigneten Massnahmen (Granitblöcke, Signalisation) aufgehoben werden. Damit ist gleichzeitig sichergestellt, dass keine Ausweichbewegungen von der Parkierungsanlage Dreilinden stattfinden. Gemäss Art. 50 Lemma 1 des Reglements über die Organisation der Stadtverwaltung vom 20. November 2000 entscheidet die Kommission für öffentliche Sicherheit über die Anordnung von Verkehrsbeschränkungen und Verkehrsführungen, soweit die Stadt dafür zuständig ist.



6.1.3.3 Parkierungsanlage beim Musterplatz

Die Projektorganisation beantragt dem Gemeinderat zu Händen des Stadtrates, die stadteigene Parkierungsanlage Musterplatz wie folgt zu bewirtschaften (siehe Synopse vom 10. Juli 2026, Beilage 1, Art. 15e neu PPBR):



Bewirtschaftungssystem:

- Gebührenpflicht während 24 Stunden und während 7 Tagen pro Woche (365/366 Tage)
- Gebührenhöhe gemäss Benutzungsdauer: lineare Gebühr pro Stunde
- maximal zulässige Parkdauer: 12 Stunden
- Dauerparkierung: Zulässigkeit wie in der bisherigen Parkzone 3

Gebührenrahmen: (Art. 18 Abs. 1 lit. c neu PPBR): Fr. 0.60 bis Fr. 2.00

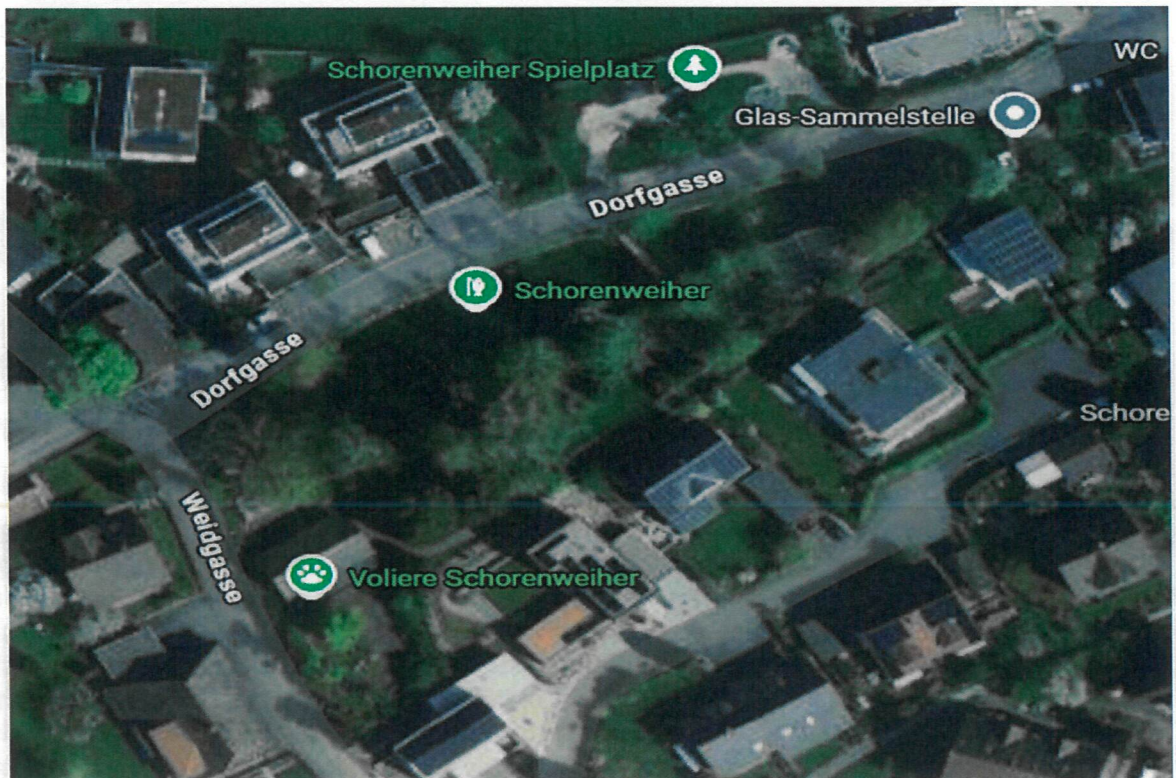


Gebühr: (= Antrag an den GR): Fr. 0.60/Stunde, Fr. 7.20/Tag (12 Stunden)

Begründung:

- Diese Parkierungsanlage dient insbesondere den Besuchenden des Spielplatzes Hinterberg, des Hirschparks, den Sportler/innen (nahe gelegen: Wald, Vitaparcours) und allgemein den Menschen, die sich im Naherholungsgebiet aufhalten wollen. Die Gebührenhöhe ist deshalb moderat anzusetzen. Im Gegensatz zur Parkierungsanlage Dreilinden muss nicht auf die Gebührenhöhe einer anderen Parkierungsanlage Rücksicht genommen werden, um Ausweich- oder Suchverkehr einzudämmen.
- Die Dauerparkierung war bei dieser Parkierungsanlage schon bisher zulässig und schränkt den Hauptzweck der Parkierungsanlage erfahrungsgemäss nicht merklich ein.
- Die Bewirtschaftungsdauer ist abweichend von Art. 17 PPBR auf die Wochenenden auszu-dehnen, da vor allem an den Wochenenden ein erhöhtes Verkehrsaufkommen besteht.
- Ausweichbewegungen in die Quartiere sind wegen der Einführung der neuen Gebührenpflicht nicht zu erwarten (die Quartierstrassen im Bereich Musterplatz sind zu schmal). Es wird dennoch angestrebt, dass die Burgergemeinde Langenthal ihre Parkierungsanlage beim Tierpark (erreichbar via Schützenstrasse) ebenfalls (analog der neu vorgesehenen Bewirtschaftung beim Musterplatz) gebührenpflichtig bewirtschaftet und der Stadt die Bewirtschaftung vertraglich überträgt. Entsprechende Verhandlungen sind am Laufen (s. Beilage 7). Diese Bewirtschaftung wird unnötigen Ausweich-, bzw. Suchverkehr verhindern.

6.1.3.4 Parkierungsanlage beim Schorenweiher



Es handelt sich bei dieser Parkierungsanlage **effektiv nur um zwei Parkfelder**, die bis dato nicht bewirtschaftet werden. In Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit (Kosten der Bewirtschaftungsinfrastruktur und des Kontrollaufwandes) beantragt die Projektorganisation für diese beiden Parkfelder die Einführung der **Signalisation "blaue Zone"**, **unter Ausschluss der Zulässigkeit von Parkkarten jeder Art** (vgl. Synopse vom 10. Juli 2026, Beilage 1, Art. 15f neu PPBR), und auf die Einführung einer Gebührenpflicht zu verzichten.

6.1.4 Parkierungsanlagen im Eigentum von Dritten in der Parkzone 3

Mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2025 wurde das AföS *"in Abstimmung mit der Projektleitung beauftragt, prioritär und vorgängig zur grösseren Revision ... eine Teilrevision des bestehenden Parkplatzbewirtschaftungsreglements zu erarbeiten mit dem Ziel, mindestens in der Parkzone 3 eine Gebührenpflicht analog Parkzone 1 einzuführen, bei Boden im Eigentum Dritter unter Vorbehalt von deren Zustimmung. ..."*

Mit Art. 2 des geltenden PPBR **besteht** bereits heute eine **rechtliche Grundlage für die Übernahme der Bewirtschaftung für Parkierungsanlagen, die im Eigentum Dritter stehen:**

"Das vorliegende Reglement gilt für die Parkierung von Motorfahrzeugen und Anhängern auf sämtlichen öffentlichen Parkplätzen und Strassen, welche sich im Eigentum der Stadt Langenthal



*befinden oder **bei welchen die Anwendbarkeit dieses Reglements mit den privaten Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern vereinbart wurde.***"

Im Rahmen dieser Teilrevision besteht diesbezüglich kein Handlungsbedarf.

Entgegen der Formulierung im Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2025 kann die Stadt für private Parkierungsanlagen nicht ohne Weiteres *einseitig* eine Bewirtschaftungsart festlegen, die *nur noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der privaten Grundeigentümerschaften steht*. Vielmehr bedeutet "Vereinbarung" ein zweiseitiges, zu verhandelndes Übereinkommen, vornehmlich natürlich mit dem Ziel der Abstimmung der Bewirtschaftungsart auf das (umliegende) Parkplatzbewirtschaftungssystem der Stadt, welches seinerseits vom aktuell in Bearbeitung stehenden Mobilitätskonzept der Stadt abhängt. Bestes Beispiel für diesen Zusammenhang ist die vom Gemeinderat diskutierte Bewirtschaftung der Parkierungsanlage beim Musterplatz im Zusammenhang mit dem geplanten neuen Spielplatz auf eben diesem Platz: Der Gemeinderat wies die Vorlage zum Neubau dieses Spielplatzes bis zum Vorliegen eines umfassenden Mobilitätskonzeptes an die Stadtverwaltung zurück, weil er als Folge einer erwarteten gesteigerten Besuchendenfrequenz Ausweichbewegungen in die angrenzenden Quartiere befürchtete.

Betreffend die sich im Eigentum der Burgergemeinde Langenthal befindende **Parkierungsanlage beim Hirschkpark** (erreichbar über die Schützenstrasse) werden mit dem Burgerrat gegenwärtig Gespräche über die Bewirtschaftung(-sart) und deren Übernahme durch die Stadt geführt. Dabei geht es um Verhandlungspunkte wie die Klärung der Tragung der Investitions- (Befestigung des Parkplatzes, Bewirtschaftungsinfrastruktur, Beleuchtung etc.) und der Bewirtschaftungskosten, um die Definition der Bewirtschaftungsart (idealerweise: analog der Bewirtschaftungsart der Parkierung Musterplatz), um die Aufteilung der Bewirtschaftungserträge, etc. Gespräche mit der Burgergemeinde haben bereits stattgefunden. Diese unterstützt unser Anliegen und fungiert als Bindeglied zum Verschönerungsverein, welcher im Baurecht den Hirschkpark aktiv betreut. Eine Vereinbarung mit der Burgergemeinde Langenthal liegt zurzeit schriftlich nicht vor, soll aber bis zum Inkrafttreten dieser Teilrevision durch Beschluss des Gemeinderates abgeschlossen werden.

6.2 **Auftrag 2 gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2025: Schaffung der rechtlichen Grundlage für die Einführung der elektronischen (= digitalen) Parkkarte**

6.2.1 *Auftrag*

Gemäss dem Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2025 wurde das AföS *"in Abstimmung mit der Projektleitung beauftragt, prioritär und vorgängig zur grösseren Revision ... eine Teilrevision des bestehenden Parkplatzbewirtschaftungsreglements zu erarbeiten mit dem Ziel,die **Einführung der elektronischen Parkkarten umzusetzen.***

6.2.2 *Bisherige Abklärungen*

Das AföS bearbeitete dieses Thema bereits 2020/2021. Der damalige Amtsjurist des AföS erstellte ein Memo, datiert vom 23. Februar 2021, zur Frage, ob die Einführung einer elektronischen Parkkarte eine Teilrevision des PPBR nötig macht (siehe Grundlageakten). Er kam zum Schluss, dass sich diese Frage nach der Ausgestaltung der elektronischen Parkkarte richtet, weil die geltenden Reglementsbestimmungen aus historischen Gründen (1996!) für physische Parkkarten formuliert sind (zum Beispiel: Art. 7 Abs. 1 PPBR besagt, dass "diese Parkkarten ... zum zeitlich unbeschränkten Parkieren in dem *auf der Parkkarte bezeichneten* Parkzonenbereich" berechneten; Art. 10 Abs. 6 verlangt, dass "... die *Parkkarte gut sichtbar hinter der Frontscheibe*



anzubringen..." ist; Art. 10 Abs. 4 PPBR besagt: "Die Parkkarte berechtigt zum zeitlich unbeschränkten Parkieren von Motorfahrzeugen und Anhängern in den auf der Parkkarte ausgeführten Parkzonenbereichen der Parkzone 3, etc.).

Das erwähnte Memo kommt auf Grund der Formulierungen dieser Bestimmungen des PPBR zum Schluss: "Wird die elektronische Parkkarte so ausgestaltet, dass auf eine Abgabe oder Kennzeichnung hinter der Frontscheibe des Fahrzeugs vollständig verzichtet wird, muss das Reglement überarbeitet werden. In der beabsichtigten Form der Einführung der elektronischen Parkkarten, *basierend auf der Identifikation mittels Kennzeichen*, ist das Reglement somit zu revidieren. Würden lediglich die Dateninhalte der Parkkarte elektronisch erfasst, die Inhaberin oder der Inhaber der Parkkarte müsste jedoch weiterhin eine Kennzeichnung hinter der Frontscheibe des Fahrzeugs anbringen, kann auf eine Revision verzichtet werden."

6.2.3 Schlussfolgerung

Eine digitale Parkkarte, die physisch hinter der Frontscheibe platziert werden muss, macht in der Beurteilung der Projektleitung dieser Teilrevision keinen Sinn. Entsprechend wird das PPBR im Rahmen dieser Teilrevision so angepasst, dass **digitale Parkkarten neu generell zulässig sind, dass sie aber (natürlich) nicht physisch im Fahrzeug sichtbar gemacht werden müssen** (siehe Art. 7, 10 neuPPBR in der Synopse vom 10. Juli 2026, Beilage 1).

6.3 Weitere notwendige Änderungen

Die Stadtverfassung wurde inzwischen revidiert, weshalb der Verweis im geltenden Reglement auf die aktuelle Verfassungsbestimmung anzupassen ist (Art. 21 Abs. 3 Rechtspflege). Gemäss Auskunft des Amtes für Gemeinden- und Raumordnung (AGR) entfällt die Genehmigungspflicht, weshalb die Teilrevision nicht dem AGR zur Prüfung vorgelegt wird (Art. 23, Inkrafttreten).

7 Vor- und Nachteile verschiedener Varianten

Keine Bemerkungen.

8 Ergebnis

- Die bisher in der Parkzone 3 gelegenen stadteigenen Parkieranlagen **Schwimmbad, Dreilinden** und **Musterplatz** werden ab 1. Januar 2027 neu gebührenpflichtig bewirtschaftet, bei der Parkierananlage **Schorenweiher** dagegen soll auf die Einführung der Gebührenpflicht verzichtet werden.
- **Jede dieser Parkieranlagen (Schwimmbad, Dreilinden, Musterplatz)** wird nach einem **eigenen Bewirtschaftungssystem** bewirtschaftet.
- Die **Parkgebühren** betragen bei den Parkieranlagen **Schwimmbad und Musterplatz** Fr. 0.60/Stunde, und bei der Parkierananlage **Dreilinden** Fr. 1.20/Stunde.
- Die Parkierananlage **Schorenweiher** wird als "blaue Zone" bewirtschaftet, unter Ausschluss sämtlicher Parkkartenberechtigungen und ohne Einführung einer Gebührenpflicht.
- Die Parkierananlage Hirschpark wird gemäss Vereinbarung mit der Burgergemeinde Langenthal ebenfalls durch die Stadt Langenthal bewirtschaftet.



- Es resultieren **in der Summe der drei neu gebührenpflichtigen Parkierungsanlagen Schwimmbad, Dreilinden und Musterplatz** voraussichtlich brutto rund Fr. 285'000.00/Jahr (Schätzwert) an **Mehrerträgen**.
- Für die Einführung der neuen Parkplatzbewirtschaftung ist ein **Nachkredit zu Lasten der Erfolgsrechnung 2026 von Fr. 50'000.00** zu bewilligen. **Gleichzeitig kann der Betrag von Fr. 50'000.00 zu Lasten des Parkplatzersatzabgabefonds** (= Spezialfinanzierung gemäss dem Parkplatzreglement, gespiesen aus den Parkplatzersatzabgaben) entnommen werden.
- Zudem fallen **neue jährliche Betriebskosten** von rund Fr. 11'000.00 an. Dazu kommen **wiederkehrende Mehrkosten** in der Höhe von Fr. 15'500.00, die durch die Ausweitung des Auftrages der Stadt an die Securitas AG für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs entstehen.
- Das PPBR lässt neu **digitale Parkkarten** zu, die nicht physisch im Fahrzeug platziert werden müssen (Identifikation mittels Kennzeichen).

9 Konsequenzen bei Ablehnung

Bei einer Ablehnung dieser Teilrevision gilt das bestehende PPBR unverändert weiter. Die Bewirtschaftung der stadteigenen Parkierungsanlagen in der Parkzone 3 erfolgt (abgesehen von der heute zulässigen gebührenpflichtigen Dauerparkierung) weiterhin gebührenfrei. Es werden keine zusätzlichen finanziellen Mittel generiert.

10 Auswirkungen auf die Verwaltung (Personalbestand, Infrastruktur, Organisation)

Die zusätzlichen bewirtschafteten Parkflächen führen für die Mitarbeitenden der Polizeiwerkstatt zu einem gewissen Mehraufwand beim Betrieb und Unterhalt der Parkierungsanlagen. Dieser fällt jedoch moderat aus, da das Parking-Portal Störungen sowie notwendige Leerungen der Parkuren automatisch meldet und dadurch nur gezielte Arbeiten an den Geräten erforderlich sind. Zudem wird ein Grossteil der Gebühren digital entrichtet.

11 Finanzielle Auswirkungen

11.1 Gesetzgebungsprojektkosten im Allgemeinen

Die Erarbeitung dieser Teilrevision des PPBR löste, da die Projektarbeit ohne den Beizug von externen Unterstützungen erfolgte, keine Kosten aus.

11.2 Schätzung der Erträge aus der neu eingeführten Bewirtschaftung der Parkierungsanlagen der bisherigen Parkzone 3

11.2.1 *Parkierungsanlage beim Schwimmbad (51 Parkplätze; unbefestigter Teil: Wiese: 128 Parkplätze)*

Einnahmen heute: Fr. 0.00

Gebühren (= Antrag an den GR): Fr. 0.60/Stunde;

erwarteter zusätzlicher Ertrag ab 1. Januar 2027: Fr. 46'000.00/Jahr

11.2.2 *Parkierungsanlage Dreilinden (168 Parkplätze)*

Einnahmen heute: Fr. 0.00

Gebühren (= Antrag an den GR): Fr. 1.20/Stunde



erwarteter zusätzlicher Ertrag: Fr. 225'000.00/Jahr

11.2.3 Parkierungsanlage beim Musterplatz (22 Parkplätze)

Einnahmen heute: Fr. 0.00

Gebühr (= Antrag an den GR): Fr. 0.60/Stunde

erwarteter zusätzlicher Ertrag: Fr. 14'000.00/Jahr

11.2.4 Parkierungsanlage beim Schorenweiher (2 Parkplätze)

Einnahmen heute: Fr. 0.00

erwarteter zusätzlicher Ertrag: Fr. 0.00

11.2.5 Total zusätzlicher Ertrag (Schätzwert)

Das Total der geschätzten zusätzlichen Erträge aus der Parkplatzbewirtschaftung beträgt Fr. 285'000.00/Jahr. **Dieser Zusatzertrag ist im Budget 2027 eingestellt.**

11.3 Investitions- und Betriebskosten als Folge der gebührenpflichtigen Bewirtschaftung der Parkierungsanlagen der Parkzone 3

11.3.1 Investitionskosten

Die beantragten Bewirtschaftungslösungen für die bisherigen stadt eigenen Parkierungsanlagen der Parkzone 3 sind unter anderem so gewählt (z.B. keine bauliche Anpassung/Terrainbefestigung an der Wiese beim Schwimmbad), dass **die Teilrevision des PPBR nur zu bescheidenen Investitionskosten führt**, welche der Gemeinderat in seiner Finanzkompetenz unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Teilrevision des PPBR durch den Stadtrat als Nachkredit beschliessen kann.

Für die anzuschaffenden Bewirtschaftungsinfrastrukturen (Parkuhren, Softwareanpassungen, Höhenzufahrtsbeschränkungen, bauliche Massnahmen [Durchsetzung der Verhinderung von "wildem Parkieren" an der Weissensteinstrasse], Signalisationen etc.) sind **einmalige Investitionskosten** von rund Fr. 50'000.00 zu erwarten, die sich aus den nachgenannten Kostenpositionen zusammensetzen:

Parkierungsanlage beim Musterplatz (22 Parkplätze)

eine Sammelparkuhr TOMeco	Fr. 6'000.00
ein Signal Parkieren gegen Gebühr 4.20	Fr. 500.00
Erneuerung der Bodenmarkierungen	Fr. 500.00
Total	Fr. 7'000.00

Parkierungsanlage beim Schwimmbad

(befestigter Teil: 51 Parkplätze; unbefestigter Teil: Wiese: 128 Parkplätze)

zwei Sammelparkuhren TOMeco	Fr. 12'000.00
vier Signale Parkieren gegen Gebühr 4.20	Fr. 2'000.00
vier Signalstände	Fr. 2'000.00
Erneuerung der Bodenmarkierung	Fr. 600.00
Total	Fr. 16'600.00



Parkierungsanlage Dreilinden (168 Parkplätze)

zwei Sammelparkuhren TOMeco	Fr. 12'000.00
zwei Signale Parkieren gegen Gebühr 4.20	Fr. 1'000.00
zwei Signalständer	Fr. 1'000.00
Erneuerung der Bodenmarkierung	Fr. 1'500.00
Total	Fr. 15'500.00

Total mit Reserve Fr. 50'000.00

Zur Entlastung der allgemeinen städtischen Erfolgsrechnung wird zur Finanzierung dieser einmaligen Investitionskosten (untechnisch ausgedrückt) **eine Entnahme aus dem Parkplatzersatzabgabefonds** (= Spezialfinanzierung gemäss dem Parkplatzreglement vom 10. November 1987 [Reglementensammlung 5.7 R]; Kontostand per 31. Dezember 2025 = Fr. 732'146.70) **beantragt**. Diese Entnahme ist gemäss Art. 9 Abs.2 Parkplatzreglement rechtlich zulässig und sachlich richtig (*kursiv = Auszug aus dem Parkplatzreglement*):

² Der Ertrag aus den Ersatzabgaben ist gesondert zu verwalten, und kann verwendet werden:

- **primär** für den Bau, Betrieb und Unterhalt von öffentlich zugänglichen Parkplätzen Mofa- und Veloabstellplätzen und Parkhäusern
- **sekundär** für die Finanzierung von Massnahmen zum Zwecke, den Ortskern und Aussenquartiere vom Privatverkehr zu entlasten, und für die Finanzierung von Massnahmen, die den Fahrrad- und den öffentlichen Verkehr (Ortsbus) fördern.

Finanztechnisch korrekt ausgedrückt findet folgender Vorgang statt: Der Investitionsbetrag von Fr. 50'000.00 kann nicht direkt der Spezialfinanzierung Parkplatzersatzabgabefonds entnommen werden, sondern ist als Nachkredit zu Lasten der Erfolgsrechnung 2026 zu bewilligen. Gleichzeitig ist eine Entnahme der effektiven Ausgaben aus dem Fonds Spezialfinanzierung Parkplätze/Parkhäuser, Konto 29005.800, über das Konto 4020.4510.00 vom Gemeinderat zu bewilligen.

11.3.2 Jährliche Betriebskosten

Neben diesen einmaligen Investitionskosten fallen auch **jährlich wiederkehrende Betriebskosten** an, die über die entsprechenden Aufwandkonti der Budgets ab 2027 finanziert werden, und die dem geschätzten Mehrertrag gegenüberstehen:

Parkierungsanlage Musterplatz

Roaming pro Parkuhr Fr. 180.00 (x1)	Fr. 180.00
Kommission 3,5% pro Transaktion	Fr. 510.00

Parkierungsanlage beim Schwimmbad

Roaming pro Parkuhr Fr. 180.00 (x2)	Fr. 360.00
Kommission 3,5% pro Transaktion	Fr. 1'620.00

Parkierungsanlage Dreilinden

Roaming pro Parkuhr Fr. 180.00 (x2)	Fr. 360.00
Kommission 3,5% pro Transaktion	Fr. 7'925.60



Total Betriebskosten pro Jahr

Fr. 10'955.60

Dazu kommen wiederkehrende Mehrkosten, die durch die Ausweitung des Auftrages der Stadt an die Securitas AG für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs entstehen. Es kann auf einen Antrag zur Bewilligung von Nachkrediten verzichtet werden, weil **dieser neue Betriebsaufwand in der Höhe von Fr. 15'500.00 bereits im Budget 2027 eingestellt** ist.

12 Stellungnahme Dritter

Da neue Gebührenrahmen und Gebühren eingeführt werden, muss der Preisüberwacher bei dieser Teilrevision angehört werden (*kursiv = Auszug aus der Homepage des Preisüberwachers*):

Parkgebühren

Gemeinden, welche Parkkartengebühren erheben, müssen den Preisüberwacher anhören, bevor die zuständige Behörde den definitiven Gebührenentscheid fällt. Dies gilt auch dann, wenn sie innerhalb ihrer Verordnungsgrenzen tätig wird.

Der Preisüberwacher verfügt über ein Antragsrecht gegenüber den Gemeinden. Er kann dieses Recht nutzen, um ganz oder teilweise Preiserhöhungsverzichte zu beantragen. Er kann ebenfalls beantragen, dass missbräuchlich aufrechterhaltene Preise gesenkt werden (Art. 14 PüG).

Die Parkgebühren sind regelmässig Gegenstand von preisüberwachungsrechtlichen Abklärungen. Aus diesem Grund hat der Preisüberwacher seine Prüfmethode geändert und verfeinert. Er beurteilt die Parkgebühren nun auf der Grundlage eines Kostenmodells, das die Landkosten (Opportunitätskosten der Bodennutzung), die Herstellungskosten und die Bewirtschaftungskosten der Parkplätze berücksichtigt. Dieses Kostenmodell ermittelt die Gebührenhöhe, bei der die Kosten gedeckt sind, die einer Gemeinde entstehen, wenn sie öffentliche Parkplätze in effizienter Art und Weise zur Verfügung stellt.

Wird der Preisüberwacher nicht vorgängig zur Beschlussfassung konsultiert, ist dies ein Mangel, welcher grundsätzlich auf Beschwerde hin zur Aufhebung des angefochtenen Akts bzw. zur Nichtanwendung der betroffenen Normen führen kann. Wird die (neue) Gebührenordnung nicht direkt angefochten, bleibt sie zwar einstweilen in Kraft, doch können auf sie basierende Verfügungen und Gebührenentscheide aufgrund der Verletzung von Bundesrecht aufgehoben werden, und die betreffenden Bestimmungen werden nicht angewendet (siehe zum Ganzen: Entscheid des Berner Verwaltungsgericht (VGE) vom 15. Januar 2024 Nr. 100.2022.35U, E. 6.1; publiziert in BVR 2024, S. 235). Wird der Empfehlung des Preisüberwachers nicht gefolgt, muss die zum Beschluss zuständige Behörde dies in der Publikation ihres Beschlusses begründen.

Das AföS hat dem Preisüberwacher bereits mit Schreiben vom 18. März 2026 die neuen Parkgebühren für die Zone 3 zur Prüfung vorgelegt. Auf Nachfrage der Preisüberwachung wurden weitere Informationen eingereicht. Dabei wurde festgestellt, dass die geltenden Parkgebühren in Langenthal dem Preisüberwacher noch nie zur Prüfung vorgelegt wurden, weshalb alle geltenden Gebühren mit einem formellen Fehler behaftet sind. Mit Schreiben vom 28. April 2026 wurden dem Preisüberwacher deshalb zusätzlich alle geltenden Parkgebühren in Langenthal zur Prüfung vorgelegt.

Die Stellungnahme des Preisüberwachers vom 01. Juni 2026 wurde der Stadt Langenthal am 2. Juni 2026 per E-Mail zugestellt. Die Stellungnahme bezieht sich auf alle geltenden

Parkierungsgebühren und Parkkarten in der Stadt Langenthal. Für die Teilrevision sind jedoch nur die Anträge betreffend Parkierungsgebühren, welche mit Parkuhren bewirtschaftet werden, relevant.

Gemäss der Stellungnahme liegt die Gemeinde mit einem durchschnittlichen Tarif von CHF 1.26/h über dem berechneten angemessenen Preis von CHF 1.10/h. Dieser Durchschnitt bezieht sich jedoch auf alle geltenden Parktarife in der Stadt Langenthal, einschliesslich der höchsten Gebühren von CHF 1.60/h im Stadtzentrum (Zone 1). Die für die Teilrevision vorgeschlagenen Preise variieren zwischen CHF 0.60/h (Badiparkplätze) und CHF 1.20/h (Parkanlage Dreilinden). Es besteht kein grosser Unterschied zwischen diesen und als angemessen beurteilten Durchschnittspreisen von CHF 1.10 pro Stunde.

Der Preisüberwacher stellt folgende **Anträge** (zu berücksichtigen auch in der Totalrevision):

- Die Gebühren für die Jahresparkkarten auf maximal CHF 240.00 pro Jahr festzulegen.
 - Die Stundentarife bei Parkuhren derart festzulegen, dass der durchschnittliche Tarif CHF 1.10/h nicht überschreitet.
- Diese Maxima gelten generell für alle Kategorien. Sollte jedoch diese aus diversen Gründen für gewisse Kategorien (etwa für Pendelnde oder Familien mit mehreren Fahrzeugen) nicht strikt eingehalten werden, sind die anderen Kategorien entsprechend zu entlasten. Für gedeckte Parkplätze, etwa in Parkhäusern und Tiefgaragen, sind etwas höhere Gebühren gerechtfertigt.

Der Preisüberwacher verzichtet auf eine umfassende Prüfung aller einzelnen Tarife. Mit der Unterbreitung der Tarife ist der Stadt die Pflicht zur Konsultation gemäss Art. 14 Abs. 1 des Preisüberwachungsgesetzes nachgekommen.

Der Entscheid des Gemeinderats ist unter Hinweis auf den abweichenden Antrag des Preisüberwachers zu veröffentlichen (siehe auch Ziff. 15 Kommunikation).

13 **Mitberichte aus der Stadtverwaltung (Stadtbaumt)**

In der Ausarbeitung der Teilrevision wurden das Bauinspektorat sowie der Werkhof zu möglichen Baubewilligungen und Umsetzungsarbeiten miteinbezogen. Gemäss Rückmeldungen werden keine Baubewilligungen benötigt und die Umsetzungsarbeiten können somit durch den Werkhof und die Polizeiwerkstatt ausgeführt werden.

14 **Terminprogramm zur Realisierung**

Gemäss den Richtlinien der Regierungstätigkeit 2025 – 2028 soll das revidierte PPBR auf den 1. Juli 2026 in Kraft treten. Der Gemeinderat setzte als zeitliche Vorgabe ein Inkrafttreten des teil-revidierten PPBR auf den 1. Januar 2027 fest. Aufgrund der Anhörung des Preisüberwachers musste der ursprünglich vorgesehene Terminplan angepasst werden. Es ergibt sich nun folgendes Terminprogramm:

Genehmigung der Projektorganisation zur Revision des PPBR	im Dezember 2025
Erarbeitung der Vorlage zur Revision des PPBR	bis Ende März 2026
Einbezug Preisüberwachung (PUE)	bis Ende Juni 2026
Ordentlicher Behördenweg (Kommissionen: KöS; Finko)	im August 2026
Verabschiedung der Teilrevisionsvorlage durch den Gemeinderat zu	



Händen des Stadtrates
Beratung im Stadtrat (nur eine Lesung vorgesehen)
Feststellung der Rechtskraft, Vorbereitung der Umsetzung und
Inkraftsetzung (Annahme: kein fakultatives Referendum):

im September 2026
im Oktober 2026
1. Januar 2027

15 Kommunikation

Der Beschluss des Gemeinderates zur Festlegung der Parkierungsgebühren ist im Rahmen des Vollzugs zu publizieren, mit dem Hinweis auf ein Abweichen von den Empfehlungen des Preisüberwachers. Der Preisüberwacher beurteilt die durchschnittlichen Tarife in der Höhe von CHF 1.26/h – die in allen Parkzonen gelten – als leicht höher liegend als die als angemessen beurteilten durchschnittlichen Tarife von CHF 1.10/h. Der Antrag zu den Jahresparkkarten ist nicht Teil dieser Teilrevision.

16 Zuständigkeiten zum Beschluss

Allgemein: Gestützt auf Art. 68 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 erliess der Gemeinderat die Richtlinien der Regierungstätigkeit 2025 – 2028 mit den dazugehörigen Massnahmen. Die Auslösung der Projekte, die sich daraus ergeben, unterliegen jedoch den ordentlichen Zuständigkeitsregeln.

Zu den Beschlussespunkten im Einzelnen:

- Betreffend die **Wiedererwägung des Gemeinderatsbeschlusses vom 10. Dezember 2025:** Gemeinderat (Art. 34 Geschäftsordnung des Gemeinderates vom 28. Februar 2024).
- Betreffend die **Zuständigkeit zur Genehmigung der Teilrevision des PPBR:** Stadtrat, unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums (Art. 60 Abs. 1 Ziff. 1 Stadtverfassung vom 22. Juni 2009).
- Betreffend die **Zuständigkeit zur Finanzierung der einmaligen Initialkosten**, welche sich aus der Teilrevision ergeben: Gemeinderat (Art. 71 Abs. 1 Ziff. 3 Stadtverfassung vom 22. Juni 2009), unter dem Vorbehalt des Eintritts der Rechtskraft des Stadtratsbeschlusses zur Genehmigung der Teilrevision des PPBR.
- Betreffend die **Beantragung der Fristerstreckung für die Motion Fabian Fankhauser (GLP), Dyami Häfliger (GLP) und Mitunterzeichnende "Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten"**: Gemeinderat zuhanden Stadtrat (Art. 57 Abs. 2 und 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019).
- Betreffend die **Beantragung der Fristerstreckung für die Motion Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg-Streuli (FDP) und Rosario Volante (FDP) vom 12. Mai 2025: "Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung"**: Gemeinderat zuhanden Stadtrat (Art. 57 Abs. 2 und 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019).
- Betreffend die **Festsetzung der einzelnen neuen Parkgebühren:** Gemeinderat (Art. 18 Abs. 2 PPBR vom 24. Juni 1996), unter dem Vorbehalt des Eintritts der Rechtskraft des Stadtratsbeschlusses zur Genehmigung der Teilrevision des PPBR.



17 Beschlussentwurf

Gestützt auf diese Ausführung beantragen wir Ihnen Zustimmung zu folgendem

Beschlussentwurf:

- I. **Der Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2025, Ziff. 2, wird in Wiedererwägung gezogen und aufgehoben, soweit der Beschluss die Übertragung der Gebührenpflicht von der Parkzone 1 in die Parkzone 3 betrifft.**
- II. **Der Gemeinderat, gestützt auf Art. 67 Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des Berichts und Antrags des Amtes für öffentliche Sicherheit vom 10. Juli 2026, beantragt dem Stadtrat Zustimmung zu den folgenden Beschlüssen:**

*Der Stadtrat, gestützt auf Art. 60 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderates vom **XX.XXX.2026**, unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums, beschliesst:*

1. *Die Teilrevision des Parkplatzbewirtschaftungsreglements gemäss Änderungserlass vom 10. Juli 2026 (Beilage 2) wird genehmigt.*
2. *Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.*

- III. **Der Gemeinderat, gestützt auf Art. 57 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019, beantragt dem Stadtrat Zustimmung zu den folgenden Beschlüssen:**

*Der Stadtrat, gestützt auf Art. 57 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom **XX.XXX.2026**, beschliesst:*

1. *Die Fristverlängerung bis 31.08.2028 für die Umsetzung der Motion Fabian Fankhauser (GLP), Dyami Häfliger (GLP) und Mitunterzeichnende vom 24. Juni 2024: "Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten" (erheblich erklärt am 14. Oktober 2024), wird genehmigt.*
2. *Die Fristverlängerung bis 31.08.2028 für die Umsetzung der Motion Robert Kummer (FDP), Franziska Zaugg-Streuli (FDP), Rosario Volante (FDP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2025: "Flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung" (erheblich erklärt am 18. August 2025), wird genehmigt.*
3. *Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.*



IV. Der Gemeinderat, unter Vorbehalt der rechtskräftigen Genehmigung der revidierten Parkplatzbewirtschaftungsreglements gemäss Änderungserlass vom 10. Juli 2026 durch den Stadtrat, beschliesst:

- a. Der erforderliche Nachkredit in der Höhe von Fr. 50'000.00 für die Parkplatzbewirtschaftungsinfrastrukturen (Parkuhren, Softwareanpassungen, Höhenzufahrtsbeschränkungen, bauliche Massnahmen, Signalisationen) zu Lasten der Erfolgsrechnung 2026, Konto 4020.3101.75 Strassensignalisation, wird bewilligt.
- b. Die Entnahme in der Höhe von Fr. 50'000.00 aus dem Fonds Spezialfinanzierung Parkplätze/Parkhäuser, Konto 29005.800, über das Konto 4020.4510.00 Entnahme aus Spezialfinanzierung Parkplätze/Parkhäuser, wird bewilligt.
- c. Es werden in Kenntnis der Stellungnahme des Preisüberwachers vom 01.06.2026 folgende Parkplatzgebühren per 01. Januar 2027 festgelegt:
 Parkierungsanlage beim Schwimmbad (Art. 15b/15c PPBR): Fr. 0.60/Stunde
 Parkierungsanlage Dreilinden (Art. 15d PPBR): Fr. 1.20/Stunde
 Parkierungsanlage beim Musterplatz (Art. 15e PPBR): Fr. 0.60/Stunde
- d. Der Bericht vom 19. Juni 2026 gemäss Beilage 8 zum Umgang in Bezug auf die Anträge der Preisüberwachung wird genehmigt und ist zusammen mit der Stellungnahme der Preisüberwachung auf der Homepage der Stadt zu publizieren und der Preisüberwachung für die Veröffentlichung auf ihrer Homepage zu überlassen.
- e. Das Amt für öffentliche Sicherheit (materieller Vollzug und Meldung des Beschlusses an den Preisüberwacher), die Stadtkanzlei (Publikation Anzeiger Veröffentlichung Bericht zum Umgang mit der Stellungnahme der Preisüberwachung) sowie der zentrale Rechtsdienst (Nachführung Erlasssammlung) werden mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Luis Gomez
Vorsteher Amt für öffentliche Sicherheit

Visum Ressortvorsteher:

Martin Lerch

Hinweis: Anwesenheit des Amtsvorstehers bei der Beratung gewünscht ☒ ja ☐ nein



Beilagen:

- Beilage 1: Synopse vom 10. Juli 2026
- Beilage 2: Änderungserlass vom 10. Juli 2026
- Beilage 3: Schreiben des AföS an den eidgenössischen Preisüberwacher vom 18. März 2026, und 28. April 2026
- Beilage 4: Stellungnahme des Preisüberwachers vom 01. Juni 2026
- Beilage 5: Bericht und Antrag des Amtes für öffentliche Sicherheit vom 3. Dezember 2025 zur Projektorganisation und -planung der Totalrevision des PPBR
- Beilage 6: Übersicht über die Gemeinderatsbeschlüsse zum PPBR
- Beilage 7: Aktennotiz Gespräch mit der Bürgergemeinde Langenthal vom 26. Februar 2026
- Beilage 8: Bericht zur Stellungnahme PUE vom 18. Juni 2026
- Beilage 9: Entwurf Publikation



Der Stadtrat, gestützt auf Artikel 60 Absatz 1 Ziffer 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 beschliesst:

I. Das Parkplatzbewirtschaftungsreglement vom 24. Juni 1996 wird wie folgt geändert:

Art. 4

Parkzonen

¹ (unverändert)

a) (unverändert)

b) (unverändert)

c) Parkzone 3: Parkieranlagen Schwimmbad, Dreilinden, Musterplatz und Schorenweiher, gemäss Anhang 1 [Seite 1] und Anhang 2 [Seite 1, Seite 3 und Seite 4].

² (unverändert)

Art. 7

Parkkarten

¹ Vertreterinnen und Vertreter, reisende Kaufleute sowie Handwerkerinnen und Handwerker können beim Amt für öffentliche Sicherheit Tages-, Wochen- oder Monatsparkkarten beziehen. Diese Parkkarten berechtigen zum zeitlich unbeschränkten Parkieren, in dem auf der physischen Parkkarte bezeichneten oder in der digitalen Parkkarte hinterlegten Parkzonenbereich. Für diese Parkkarten werden Pauschalgebühren festgesetzt.

² Über Abs. 1 hinaus kann jede Person beim Amt für öffentliche Sicherheit Monats- und Jahresparkkarten erwerben. Diese Parkkarten berechtigen zum zeitlich unbeschränkten Parkieren in Parkzonenbereichen für Langzeitparkierenden und Langzeitparkierer, welche speziell dafür gekennzeichnet sind.



³ (unverändert)

⁴ Betriebe mit Geschäftsadresse in der Parkzone 1 können beim Amt für öffentliche Sicherheit spezielle Jahresparkkarten **erwerben**. Diese Parkkarten berechnen zu folgendem gebührenfreien Parkieren:

a) (unverändert)

b) (unverändert)

c) (unverändert)

d) (unverändert)

Die jeweils für den betreffenden Parkplatz festgelegte maximale Parkierungsdauer darf nicht überschritten werden (die Ankunftszeit muss auf der in der Parkkarte integrierten Parkscheibe eingestellt werden).

Art. 10

Parkkarten

¹ (unverändert)

² (unverändert)

³ (unverändert)

⁴ (unverändert)

⁵ (unverändert)

⁶ Die **physische** Parkkarte ist gut sichtbar hinter der Frontscheibe anzubringen. **Die digitale Parkkarte wird elektronisch registriert.**

Art. 12

Abgabe der Parkkarten

¹ Parkkarten werden auf Gesuch hin vom Amt für öffentliche Sicherheit **physisch oder digital ausgestellt**. Der Bedarf ist zu begründen (Art. 9 Abs. 1) und zu belegen.

² (unverändert)



Art. 13

Parkkartentypen

- ¹ Folgende Parkkarten werden **in physischer oder digitaler Form** ausgestellt:
- Typ I: Parkkarte für ein einzelnes Fahrzeug nach Kontrollschildnummer, mit Gültigkeit für einen Parkzonenbereich
 - Typ II: Parkkarte für ein einzelnes Fahrzeug, mit Gültigkeit für mehrere Parkzonenbereiche
 - Typ III: Parkkarte ohne Kontrollschildnummer, lautend auf den Betrieb, für die abwechslungsweise Verwendung in Betriebsfahrzeugen
 - Typ IV: Parkkarte für mehrere Fahrzeuge desselben Haushalts
- ² *(unverändert)*

Art. 15

Wegfall der Voraussetzung/
Entzug der Parkkarte

- ¹ Entfallen die Voraussetzungen zur Erteilung einer Parkkarte gemäss Art. 10 Abs. 1, **ist dies dem Amt für öffentliche Sicherheit innert 14 Tagen seit Wegfall schriftlich mitzuteilen. Die physische Parkkarte ist dem Amt zurückzugeben. Die digitale Parkkarte wird deaktiviert.** Für die Rückerstattung der Gebühren sind die Bestimmungen gemäss Art. 20 anwendbar.
- ² Wurde eine Parkkarte mit unwahren Angaben erschlichen oder missbräuchlich verwendet, **wird die physische Parkkarte entzogen bzw. die digitale Parkkarte deaktiviert. Der Entzug bzw. die Deaktivierung der Parkkarte begründen** keinen Anspruch auf Rückerstattung der Gebühr. Die strafrechtliche Verfolgung bleibt vorbehalten.
- ³ *(unverändert)*

Art. 15a

Grundsatz

- ¹ **Die Parkieranlagen der Parkzone 3 (Schwimmbad, Dreilinden, Musterplatz und Schorenweiher) werden gemäss den nachfolgenden Bestimmungen von Art. 15b bis 15f bewirtschaftet.**
- ² Wer in **den Parkieranlagen** der Parkzone 3 die Dauerparkierung beansprucht, muss eine gebührenpflichtige Parkkarte beziehen. Die Bestimmungen für Parkkarten der Parkzone 2, Art. 10 bis Art. 15, gelten sinngemäss.
- ³ **(aufgehoben).**



Parkierungsan-
lage Schwimm-
bad (befestigter
Teil)

Art. 15b (neu)

¹ Während der Schwimmbadsaison (Frühling bis Herbst) besteht die Gebührenpflicht während 24 Stunden und 7 Tagen pro Woche. In der übrigen Jahreszeit gilt Folgendes:

a) Von Montag bis Freitag, 07.00 Uhr bis 19.00 Uhr und am Samstag, von 07.00 Uhr bis 17.00 Uhr ist das Parkieren gebührenpflichtig.

b) Ausserhalb dieser Zeiten sowie an Sonntagen und allgemeinen Feiertagen besteht keine Gebührenpflicht.

² Die Gebührenhöhe bemisst sich nach der Benutzungsdauer.

³ Die maximal zulässige Parkdauer beträgt 12 Stunden. Vorbehalten bleibt die Dauerparkierung mit einer entsprechenden Parkkarte.

Art. 15c (neu)

Parkierungsan-
lage Schwimm-
bad (unbefestig-
ter Teil [Wiese])

¹ Während der Schwimmbadsaison (Frühling bis Herbst) besteht die Gebührenpflicht während 24 Stunden und während 7 Tagen pro Woche. In der übrigen Jahreszeit ist der Zugang zur Parkierungsanlage gesperrt. Das Amt für öffentliche Sicherheit entscheidet während der Zeit der Sperrung nach freiem Ermessen über die kostenpflichtige Überlassung dieser Parkplätze für städtische oder Anlässe von Dritten (Miete).

² Die Gebührenhöhe bemisst sich nach der Benutzungsdauer.

³ Die maximal zulässige Parkdauer beträgt 12 Stunden. Vorbehalten bleibt die Dauerparkierung mit einer entsprechenden Parkkarte.

Art. 15d (neu)

Parkierungsan-
lage Dreilinden

¹ Die Gebührenpflicht besteht während 24 Stunden und während 7 Tagen pro Woche.

² Die Gebührenhöhe bemisst sich nach der Benutzungsdauer.

³ Die maximal zulässige Parkdauer beträgt 12 Stunden. Vorbehalten bleibt die Dauerparkierung mit einer entsprechenden Parkkarte.



Art. 15e (neu)

Parkierungsan-
lage Musterplatz

¹ Die Gebührenpflicht besteht während 24 Stunden und während 7 Tagen pro Woche.

² Die Gebührenhöhe bemisst sich nach der Benutzungsdauer.

³ Die maximal zulässige Parkdauer beträgt 12 Stunden. Vorbehalten bleibt die Dauerparkierung mit einer entsprechenden Parkkarte.

Art. 15f (neu)

Parkierungsan-
lage Schorenwei-
her

¹ Die Parkierungsanlage Schorenweiher wird als "blaue Zone" bewirtschaftet.

² Die Nutzung von Parkkarten ist nicht zulässig.

Art. 16

Grundsatz

¹ Die Inanspruchnahme von öffentlichem Grund für die Parkierung in den Parkzonen 1, 2 und 3 (mit Ausnahme der Parkierungsanlage Schorenweiher) ist gebührenpflichtig.

² (aufgehoben)

³ (unverändert)

⁴ (unverändert)

Art. 17

Gebührenpflicht

¹ Für die Parkzone 1 gilt folgende Gebührenpflicht:

a) Das Parkieren in der Parkzone 1 ist von Montag bis Freitag, 07.00 Uhr bis 19.00 Uhr und am Samstag, von 07.00 Uhr bis 17.00 Uhr, gebührenpflichtig.

b) (unverändert).

c) (unverändert).

² (unverändert)

³ Für die Parkzone 3 gilt folgende Gebührenpflicht: Das Parkieren ist grundsätzlich gebührenpflichtig. Die Einschränkungen gemäss Art. 15a – Art. 15f sind anwendbar.



Art. 18

Gebührenrahmen¹ (unverändert)

a: (unverändert)

b: (unverändert)

c: Parkzone 3

Parkierungsanlage Schwimmbad
Pro Stunde Fr. 0.60 bis Fr. 2.00

Parkierungsanlage Dreilinden
Pro Stunde Fr. 1.20 bis Fr. 2.00

Parkierungsanlage Musterplatz
Pro Stunde Fr. 0.60 bis Fr. 2.00

² (unverändert)

Art. 19

Gebührenbezug Die Gebühren werden wie folgt bezogen:

a: Parkzone 1

(unverändert)

b: Parkzonen 2 und 3

Die Gebühren für Parkkarten in der Parkzonen 2 und 3 (Parkkartentypen I-IV) und für Parkkarten nach Art. 7 werden bei Erteilung der Parkkarte erhoben. Die Parkkarte wird erst nach Eingang der Zahlung ausgehändigt (physischen Parkkarte) bzw. aktiviert (digitale Parkkarte).

Art. 20

Rückerstattung¹ Werden physische Parkkarten vor Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer zurückgegeben bzw. digitale Parkkarten deaktiviert, erfolgt eine anteilmässige Rückerstattung der Gebühr.

² Für die Berechnung der Rückerstattung werden nur ganze Monate berücksichtigt. Die Rückerstattung erfolgt ausschliesslich gegen Rückgabe der physischen Parkkarte oder nach Deaktivierung der digitalen Parkkarte.



Art. 21

Rechtspflege

¹ (unverändert)

² (unverändert)

³ Im Übrigen gelten die Bestimmungen von Art. 96 ff der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009.

Anhang 1

Anhang 1
[Seite 1]

Auflistung der Parkplätze ausserhalb der Parkzone 1 sowie Parkieranlagen der Parkzone 3 (gemäss Art. 4 Abs. 1 lit. a und c des Parkplatzbewirtschaftungsreglementes)

Ort	Bezeichnung / Parkzone	Bewirtschaftungsart / -zeit
Kreuzfeld	Parkzone 1 Einstellhalle der Dreifach-Turnhalle	Ticketautomat, Bewirtschaftungszeit analog Zone 1 (Montag bis Freitag 07.00 bis 19.00 und Samstag 07.00 bis 16.00 Uhr) 17.00 Uhr
Spital	Parkzone 1 Alle Parkieranlagen	bestehende Vereinbarung Ticketautomat und Parkkarten (nur vom Spital ausgegeben), Bewirtschaftung täglich von 08.00 bis 20.00 Uhr, maximal 12 Std., Fr. 0.80 / h
Parkierananlage Schwimmbad	Parkzone 3 Alle Parkieranlagen	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung Bewirtschaftung gemäss Art. 15b und 15c
Parkierananlage Dreilinden	Parkzone 3 Bereich östlich Hotel Dreilinden	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung Bewirtschaftung gemäss Art. 15d
Parkierananlage Musterplatz	Parkzone 3	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung Bewirtschaftung gemäss Art. 15e
Parkierananlage Schorenweiher	Parkzone 3	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung Bewirtschaftung gemäss Art. 15f

Anhang 1
[Seite 2]

(unverändert)

Anhang 2

(unverändert)



II. Diese Änderungen treten auf den 1. Januar 2027 in Kraft.

Langenthal, XXXXXXXX

IM NAMEN DES STADTRATES

Der Präsident:

Diego Clavadetscher

Die Sekretärin:

Barbara Labbé



Synoptische Darstellung (bisher/neu) Parkplatzbewirtschaftungsreglement

vom 24. Juni 1996

(in Kraft ab 1. Juli 1997)

7.3 R

Legende

Text gelb = Änderung gegenüber geltendem Recht

Version: 10. Juli 2026

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
--------	---------------------	-------------

I. ALLGEMEINES		
Art. 1 Terminologie	Art. 1 Terminologie	
aufgehoben	(unverändert)	
Art. 2 Geltungsbereich	Art. 2 Geltungsbereich	
Das vorliegende Reglement gilt für die Parkierung von Motorfahrzeugen und Anhängern auf sämtlichen öffentlichen Parkplätzen und Strassen, welche sich im Eigentum der Stadt Langenthal befinden oder bei welchen die Anwendbarkeit dieses Reglements mit den privaten Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern vereinbart wurde.	(unverändert)	
Art. 3 Zweck	Art. 3 Zweck	
Mit dem vorliegenden Reglement sollen folgende Ziele erreicht werden: - Langenthal als Regionalzentrum attraktiver machen; - Zweckmässige Nutzung des vorhandenen öffentlichen Parkraumes; - Beitrag zur Luftreinhaltung; - Verminderung des Suchverkehrs; - Verminderung des Pendlerverkehrs in den Quartieren im Bereiche der bewirtschafteten Parkplätze; - Abgeltung für die In-Anspruchnahme von öffentlichem Grund für die Parkierung.	(unverändert)	

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
--------	---------------------	-------------

Art. 4 Parkzonen	Art. 4 Parkzonen	
¹ Das bewirtschaftete Gemeindegebiet wird in folgende Zonen eingeteilt: a) Parkzone 1: erweitertes Zentrum und bestimmte Parkplätze auf dem übrigen Gemeindegebiet gemäss Anhang 1 [Seite 1] und Anhang 1 [Seite 2]. b) Parkzone 2: Blaue Zonen, angrenzend an Parkzone 1. Die genaue Abgrenzung ist im Parkzonenplan aufgeführt (Anhang 2 [Seite 1]) bis (Anhang 2 [Seite 5]). c) Parkzone 3: Parkplätze bei Sport- und Freizeitanlagen sowie Naherholungsgebieten gemäss Anhang 1 [Seite 1]. ² Bei wesentlichen Änderungen der örtlichen Verhältnisse kann der Gemeinderat, auf Antrag der Kommission für öffentliche Sicherheit, die Parkzonen den Bedürfnissen anpassen.	¹ Das bewirtschaftete Gemeindegebiet wird in folgende Zonen eingeteilt: a) Parkzone 1: erweitertes Zentrum und bestimmte Parkplätze auf dem übrigen Gemeindegebiet gemäss Anhang 1 [Seite 1] und Anhang 1 [Seite 2]. b) Parkzone 2: Blaue Zonen, angrenzend an Parkzone 1. Die genaue Abgrenzung ist im Parkzonenplan aufgeführt (Anhang 2 [Seite 1]) bis (Anhang 2 [Seite 5]). c) Parkzone 3: Parkieranlagen Schwimmbad, Dreilinden, Musterplatz und Schorenweiher, gemäss Anhang 1 [Seite 1] und Anhang 2 [Seite 1, Seite 3 und Seite 4]. ² (unverändert)	Die Parkzone 3 umfasst mehrere Parkieranlagen, hier wird präzisiert, welche Parkieranlagen mit der Teilrevision neu bewirtschaftet werden. Anhang 1 (Seite 1) wird geändert. Die anderen Anhänge bzw. Seiten bleiben unverändert.
II. PARKZONE 1		
Art. 5 Grundsatz	Art. 5 Grundsatz	
Die Parkzone 1 umfasst das erweiterte Zentrum sowie speziell bezeichnete Parkplätze auf dem restlichen Gemeindegebiet gemäss Anhang 1 [Seite 1] und Anhang 1 [Seite 2].	(unverändert)	

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
--------	---------------------	-------------

Art. 6 Parkzonenbereiche	Art. 6 Parkzonenbereiche	
¹ Die Parkzone 1 umfasst die Parkzonenbereiche für Kurzzeitparkierenden und Kurzzeitparkierer (max. 3 Std.) sowie für Langzeitparkierenden und Langzeitparkierer (max. 12 Std.). ² Die Parkzonenbereiche können durch den Gemeinderat, auf Antrag der Kommission für öffentliche Sicherheit, festgelegt werden.	(unverändert)	
Art. 7 Parkkarten	Art. 7 Parkkarten	
¹ Vertreterinnen und Vertreter, reisende Kaufleute sowie Handwerkerinnen und Handwerker können beim Amt für öffentliche Sicherheit Tages-, Wochen- oder Monatsparkkarten beziehen. Diese Parkkarten berechtigen zum zeitlich unbeschränkten Parkieren in dem auf der Parkkarte bezeichneten Parkzonenbereich. Für diese Parkkarten werden Pauschalgebühren festgesetzt. ² Über Abs. 1 hinaus kann jede Person beim Amt für öffentliche Sicherheit Monats- und Jahresparkkarten beziehen. Diese Parkkarten berechtigen zum zeitlich unbeschränkten Parkieren in Parkzonenbereichen für Langzeitparkierenden und Langzeitparkierer, welche speziell dafür gekennzeichnet sind. ³ Schriftenpolizeilich gemeldete Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer oder Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughalter, welche in der Parkzone 1 wohnen und welchen nicht genügend privater Parkraum zur Verfügung steht, können Bewilligungen für die Dauerparkie-	¹ Vertreterinnen und Vertreter, reisende Kaufleute sowie Handwerkerinnen und Handwerker können beim Amt für öffentliche Sicherheit Tages-, Wochen- oder Monatsparkkarten beziehen. Diese Parkkarten berechtigen zum zeitlich unbeschränkten Parkieren, in dem auf der physischen Parkkarte bezeichneten oder in der digitalen Parkkarte hinterlegten Parkzonenbereich. Für diese Parkkarten werden Pauschalgebühren festgesetzt. ² Über Abs. 1 hinaus kann jede Person beim Amt für öffentliche Sicherheit Monats- und Jahresparkkarten erwerben. Diese Parkkarten berechtigen zum zeitlich unbeschränkten Parkieren in Parkzonenbereichen für Langzeitparkierenden und Langzeitparkierer, welche speziell dafür gekennzeichnet sind. ³ (unverändert)	Diese Änderungen schaffen die Grundlagen für die Einführung digitaler Parkkarten.

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
zung auf den Langzeitparkplätzen in der Parkzone 1 erwerben. Die Bestimmungen für den Erwerb von Anwohnerparkkarten in der Parkzone 2 (Art. 9 bis Art. 12 Parkplatzbewirtschaftungsreglement) finden in diesen Fällen sinngemäss Anwendung. ⁴ Betriebe mit Geschäftsadresse in der Parkzone 1 können beim Amt für öffentliche Sicherheit spezielle Jahresparkkarten beziehen. Diese Parkkarten berechtigen zu folgendem gebührenfreien Parkieren: a) auf allen öffentlichen Parkplätzen, welche sich im Grundeigentum der Stadt Langenthal befinden oder für welche eine entsprechende Vereinbarung besteht; b) auf Langzeitparkplätzen in der Parkzone 1 (Parkplätze mit einer Parkdauer bis 12 Stunden oder unbeschränkt) mit Ausnahme des Areals des Spitals SRO sowie des Parkplatzes P+R beim Bahnhof; c) auf Kurzzeitparkplätzen in der Parkzone 1; d) Dauerparkierung in der Parkzone 2. Die jeweils für den betreffenden Parkplatz festgelegte maximale Parkierungsdauer darf nicht überschritten werden (die Ankunftszeit muss auf der in der Parkkarte integrierten Parkscheibe eingestellt werden).	⁴ Betriebe mit Geschäftsadresse in der Parkzone 1 können beim Amt für öffentliche Sicherheit spezielle Jahresparkkarten erwerben. Diese Parkkarten berechtigen zu folgendem gebührenfreien Parkieren: a) auf allen öffentlichen Parkplätzen, welche sich im Grundeigentum der Stadt Langenthal befinden oder für welche eine entsprechende Vereinbarung besteht; b) auf Langzeitparkplätzen in der Parkzone 1 (Parkplätze mit einer Parkdauer bis 12 Stunden oder unbeschränkt) mit Ausnahme des Areals des Spitals SRO sowie des Parkplatzes P+R beim Bahnhof; c) auf Kurzzeitparkplätzen in der Parkzone 1; d) Dauerparkierung in der Parkzone 2. Die jeweils für den betreffenden Parkplatz festgelegte maximale Parkierungsdauer darf nicht überschritten werden (die Ankunftszeit muss auf der in der Parkkarte integrierten Parkscheibe eingestellt werden).	Sprachliche Änderung

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
--------	---------------------	-------------

III. PARKZONE 2		
Art. 8 Grundsatz	Art. 8 Grundsatz	
¹ Die Parkzone 2 wird gemäss Anhang 2 [Seite 1] bis Anhang 2 [Seite 5] als Blaue Zone in einzelne Parkzonenbereiche aufgeteilt, entsprechend signalisiert und markiert. ² Der Gemeinderat legt auf Antrag der Kommission für öffentliche Sicherheit die einzelnen Parkzonenbereiche fest. ³ Die Signalisation der Parkzone 2 erfolgt nach den einschlägigen Bestimmungen des Strassenverkehrsgesetzes.	(unverändert)	
Art. 9 Berechtigung / Meldepflicht	Art. 9 Berechtigung / Meldepflicht	
¹ Wer in der Parkzone 2 die Dauerparkierung beansprucht, muss eine gebührenpflichtige Parkkarte beziehen. Die Voraussetzungen für die Erteilung der Parkkarte sind in Art. 10 Abs. 1 geregelt. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über den Bezug einer Parkkarte nach Art. 7 Abs. 4. ² Als Dauerparkierung gilt jegliches parkieren, welches längere Zeit beansprucht, als dies in den Vorschriften des Strassenverkehrsgesetzes bezüglich den Blauen Zonen vorgesehen ist. ³ Wer in der Parkzone 2 die Dauerparkierung beansprucht, ist zur Einreichung eines Gesuchs gemäss Abs. 1 verpflichtet.	(unverändert)	

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
--------	---------------------	-------------

Art. 10 Parkkarten	Art. 10 Parkkarten	
¹ Personen und Betriebe, welche die folgenden Kriterien erfüllen, sind zum Bezug von Parkkarten berechtigt: a) Schriftenpolizeilich gemeldete Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer oder Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughalter, welche in der Parkzone 2 wohnen, und welchen nicht genügend privater Parkraum zur Verfügung steht. b) Betrieben in der Parkzone 2, bei welchen nicht genügend privater Parkraum zur Verfügung steht. Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern von solchen Betrieben, sofern diese zur Berufsausübung zwingend und regelmässig auf ihr Fahrzeug angewiesen sind. c) Weitere Personen, wie Behinderte, Gemeindekranke, Gemeindepfleger, Spitexmitarbeiterinnen oder Spitexmitarbeiter usw., welche zwingend und regelmässig auf eine Parkierungsmöglichkeit in der Parkzone 2 angewiesen sind, sofern nicht genügend privater Parkraum besteht. d) Besucherinnen und Besucher von in der Parkzone 2 wohnhaften Personen, welche darauf angewiesen sind, ihr Fahrzeug in der Blauen Zone abzustellen. ² Es besteht kein Anspruch auf die Ausstellung einer Parkkarte. ³ Die Parkkarte begründet keinen Anspruch auf eine Parkierungsmöglichkeit auf öffentlichem Grund.	¹ (unverändert) ² (unverändert) ³ (unverändert)	

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
⁴ Die Parkkarte berechtigt zum zeitlich unbeschränkten Parkieren von Motorfahrzeugen und Anhängern in den auf der Parkkarte aufgeführten Parkzonenbereichen der Parkzone 2. ⁵ Die Parkkarte befreit nicht von der Pflicht der Beachtung zeitlich begrenzter Verfügungen von Parkierungsbeschränkungen (z.B. wegen Baustellen). ⁶ Die Parkkarte ist gut sichtbar hinter der Frontscheibe anzubringen.	⁴ (unverändert) ⁵ (unverändert) ⁶ Die physische Parkkarte ist gut sichtbar hinter der Frontscheibe anzubringen. Die digitale Parkkarte wird elektronisch registriert.	Die digitalen Parkkarten werden nur elektronisch registriert. Die physische Parkkarte muss weiterhin sichtbar hinter der Frontscheibe angebracht werden.
Art. 11 Zuteilung der Parkkarten	Art. 11 Zuteilung der Parkkarten	
¹ Übersteigt die Anzahl der angeforderten Parkkarten die Parkierungsmöglichkeiten, haben bei der Erteilung der Parkkarten die Anwohnerinnen und Anwohner gegenüber anderen Berechtigten den Vorrang. ² Für ein Fahrzeug, welches von einer Mehrzahl von Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern oder Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughaltern benutzt wird, welche die Voraussetzungen von Art. 10 erfüllen, wird nur eine Parkkarte erteilt. Sie wird auf diejenige Person ausgestellt, welche die Parkierung im Sinne von Art. 9 in Langenthal mehrheitlich beansprucht. Wird die Parkierung von solchen Fahrzeugen in mehreren Bereichen der Parkzone 2 beansprucht, ist dies bei der Ausstellung der Parkkarte zu berücksichtigen.	(unverändert)	
Art. 12 Abgabe der Parkkarten	Art. 12 Abgabe der Parkkarten	
¹ Parkkarten werden auf Gesuch hin vom Amt für öf-	¹ Parkkarten werden auf Gesuch hin vom Amt für öffentli-	

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
öffentliche Sicherheit erteilt. Der Bedarf ist zu begründen (Art. 9 Abs. 1) und zu belegen. ² Die Verweigerung einer Parkkarte wird der Gesuchstellerin oder dem Gesuchsteller in Form einer Verfügung durch die Polizeiinspektorin oder den Polizeiinspektor eröffnet.	che Sicherheit physisch oder digital ausgestellt. Der Bedarf ist zu begründen (Art. 9 Abs. 1) und zu belegen. ² (unverändert)	Erweiterung der Möglichkeit zur Ausstellung von digitalen Parkkarten.
Art. 13 Parkkartentypen	Art. 13 Parkkartentypen	
¹ Folgende Parkkarten werden ausgestellt: - Typ I: Parkkarte für ein einzelnes Fahrzeug nach Kontrollschildnummer, mit Gültigkeit für einen Parkzonenbereich - Typ II: Parkkarte für ein einzelnes Fahrzeug, mit Gültigkeit für mehrere Parkzonenbereiche - Typ III: Parkkarte ohne Kontrollschildnummer, lautend auf den Betrieb, für die abwechslungsweise Verwendung in Betriebsfahrzeugen - Typ IV: Parkkarte für mehrere Fahrzeuge desselben Haushalts ² Die Parkkartentypen können kombiniert werden.	¹ Folgende Parkkarten werden in physischer oder digitaler Form ausgestellt: - Typ I: Parkkarte für ein einzelnes Fahrzeug nach Kontrollschildnummer, mit Gültigkeit für einen Parkzonenbereich - Typ II: Parkkarte für ein einzelnes Fahrzeug, mit Gültigkeit für mehrere Parkzonenbereiche - Typ III: Parkkarte ohne Kontrollschildnummer, lautend auf den Betrieb, für die abwechslungsweise Verwendung in Betriebsfahrzeugen - Typ IV: Parkkarte für mehrere Fahrzeuge desselben Haushalts ² (unverändert)	Erweiterung der Möglichkeit zur Ausstellung von digitalen Parkkarten.
Art. 14 Gültigkeitsdauer	Art. 14 Gültigkeitsdauer	
¹ Parkkarten werden für die Dauer von 12 Monaten ausgestellt. ² In begründeten Fällen kann eine Parkkarte für eine kürzere Dauer erteilt werden. Die kürzeste Gültigkeitsdauer einer Parkkarte beträgt drei Monate. ³ Vorbehalten bleiben Parkkarten für Besucher gemäss	(unverändert)	

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
--------	---------------------	-------------

Art. 10 Abs. 1 Lit. d.		
------------------------	--	--

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
--------	---------------------	-------------

Art. 15 Wegfall der Voraussetzung / Entzug der Parkkarte	Art. 15 Wegfall der Voraussetzung / Entzug der Parkkarte	
¹ Entfallen die Voraussetzungen zur Erteilung einer Parkkarte gemäss Art. 10 Abs. 1, ist diese dem Amt für öffentliche Sicherheit innert 14 Tagen zurückzugeben. Für die Rückerstattung der Gebühren sind die Bestimmungen gemäss Art. 20 anwendbar. ² Wurde eine Parkkarte mit unwahren Angaben erschlichen oder missbräuchlich verwendet, wird sie entzogen. Der Entzug der Parkkarte gibt nicht Anspruch auf Rückerstattung der Gebühr. Die strafrechtliche Verfolgung bleibt vorbehalten. ³ Wer eine Parkkarte benötigt, dies jedoch nicht meldet, muss die geschuldeten Gebühren nachzahlen.	¹ Entfallen die Voraussetzungen zur Erteilung einer Parkkarte gemäss Art. 10 Abs. 1, ist dies dem Amt für öffentliche Sicherheit innert 14 Tagen seit Wegfall schriftlich mitzuteilen. Die physische Parkkarte ist dem Amt zurückzugeben. Die digitale Parkkarte wird deaktiviert. Für die Rückerstattung der Gebühren sind die Bestimmungen gemäss Art. 20 anwendbar. ² Wurde eine Parkkarte mit unwahren Angaben erschlichen oder missbräuchlich verwendet, wird die physische Parkkarte entzogen bzw. die digitale Parkkarte deaktiviert. Der Entzug bzw. die Deaktivierung der Parkkarte begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung der Gebühr. Die strafrechtliche Verfolgung bleibt vorbehalten. ³ Wer eine Parkkarte benötigt, dies jedoch nicht meldet, muss die geschuldeten Gebühren nachzahlen.	Diese Präzisierungen (Abs. 1 & 2) sind aufgrund der neuen digitalen Parkkarte notwendig. Die physische Parkkarte muss weiterhin dem Amt für öffentliche Sicherheit retourniert werden (um Missbräuche zu vermeiden). Die digitale Parkkarte wird deaktiviert.
IV. PARKZONE 3		
Art. 15a Grundsatz	Art. 15a Grundsatz	
¹ Die Parkplätze in der Parkzone 3 stehen den Benutzerinnen und Benützern der Sport- und Freizeitanlagen sowie der Naherholungsgebiete zur Verfügung. ² Wer in der Parkzone 3 die Dauerparkierung beansprucht, muss eine gebührenpflichtige Parkkarte beziehen. Die Bestimmungen für Parkkarten der Parkzone 2, Art. 10 bis Art. 15, gelten sinngemäss.	¹ Die Parkierungsanlagen der Parkzone 3 (Schwimmbad, Dreilinden, Musterplatz und Schorenweiher) werden gemäss den nachfolgenden Bestimmungen von Art. 15b bis 15f bewirtschaftet. ² Wer in den Parkierungsanlagen der Parkzone 3 die Dauerparkierung beansprucht, muss eine gebührenpflichtige Parkkarte beziehen. Die Bestimmungen für Parkkarten der Parkzone 2, Art. 10 bis Art. 15, gelten sinngemäss.	Abs.3: Art. 15a Abs. 1 der geltenden PPBR verweist

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
³ Als Dauerparkierung gilt jegliches Parkieren, welches längere Zeit beansprucht, als dies der zweckgemässe Gebrauch nach Abs. 1 vorsieht.	³ Als Dauerparkierung gilt jegliches Parkieren, welches längere Zeit beansprucht, als dies der zweckgemässe Gebrauch nach Abs. 1 vorsieht.	auf die Nutzung der Sport- und Freizeitanlagen und Naherholungsgebiete. Ein zweckgemässer Gebrauch (ohne Gebührenpflicht) gemäss Abs. 1 ist mit der Bewirtschaftung der Parkanlagen nicht vereinbar. Deshalb wird dieser Absatz gestrichen.
	neu Art. 15b Parkierungsanlage Schwimmbad (befestigter Teil)	Die Parkierungsanlage Schwimmbad hat zwei Teile. Diese werden separat aufgeführt und es gelten unterschiedliche Bewirtschaftungssysteme. Art. 15b betrifft den befestigten Teil und Art. 15c betrifft den unbefestigten Teil.
	¹ Während der Schwimmbadsaison (Frühling bis Herbst) besteht die Gebührenpflicht während 24 Stunden und 7 Tagen pro Woche. In der übrigen Jahreszeit gilt Folgendes: a) Von Montag bis Freitag, 07.00 Uhr bis 19.00 Uhr und am Samstag, von 07.00 Uhr bis 17.00 Uhr ist das Parkieren gebührenpflichtig. b) Ausserhalb dieser Zeiten sowie an Sonntagen und allgemeinen Feiertagen besteht keine Gebührenpflicht. ² Die Gebührenhöhe bemisst sich nach der Benutzungsdauer. ³ Die maximal zulässige Parkdauer beträgt 12 Stunden. Vorbehalten bleibt die Dauerparkierung mit einer entsprechenden Parkkarte.	Neu eingefügter Artikel für die Bewirtschaftung der Parkierungsanlage Schwimmbad (befestigter Teil). Abs. 1 lit. a) und lit. b): die gleiche Bewirtschaftungszeiten gelten für die Zone 1. Abs. 3: Es wird eine lineare Gebühr berechnet. Jede Stunde kostet gleich viel wie die Nächste. Die Parkdauer ist auf 12 Stunden beschränkt, jedoch bleibt die Dauerparkierung mittels Parkkarten zulässig.
	neu Art. 15c Parkierungsanlage Schwimmbad (unbefestigter Teil [Wiese])	
	¹ Während der Schwimmbadsaison (Frühling bis Herbst) besteht die Gebührenpflicht während 24 Stunden und	Der unbefestigte Teil der Parkierungsanlage wird

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
	während 7 Tagen pro Woche. In der übrigen Jahreszeit ist der Zugang zur Parkierungsanlage gesperrt. Das Amt für öffentliche Sicherheit entscheidet während der Zeit der Sperrung nach freiem Ermessen über die kostenpflichtige Überlassung dieser Parkplätze für städtische oder Anlässe von Dritten (Miete). ² Die Gebührenhöhe bemisst sich nach der Benutzungsdauer. ³ Die maximal zulässige Parkdauer beträgt 12 Stunden. Vorbehalten bleibt die Dauerparkierung mit einer entsprechenden Parkkarte.	nur während der Schwimmbadsaison stets bewirtschaftet. Aufgrund des intensiven Unterhalts werden diese ausserhalb der Saison abgesperrt. Jedoch besteht die Möglichkeit, während dieser Zeit die Parkierungsanlage für Anlässe (städtische oder von Dritten) zu vermieten.
	neu Art. 15d Parkierungsanlage Dreilinden	
	¹ Die Gebührenpflicht besteht während 24 Stunden und während 7 Tagen pro Woche. ² Die Gebührenhöhe bemisst sich nach der Benutzungsdauer. ³ Die maximal zulässige Parkdauer beträgt 12 Stunden. Vorbehalten bleibt die Dauerparkierung mit einer entsprechenden Parkkarte.	Die Bewirtschaftung der Parkierungsanlage ist auf 24 Stunden und 7 Tage der Woche ausgelegt und orientiert sich an der Bewirtschaftung der nahegelegenen Parkierungsanlage der kantonalen Berufsschulen. Ziel ist die Ausweichparkierung zu unterbinden.
	neu Art. 15e Parkierungsanlage Musterplatz	
	¹ Die Gebührenpflicht besteht während 24 Stunden und während 7 Tagen pro Woche. ² Die Gebührenhöhe bemisst sich nach der Benutzungsdauer. ³ Die maximal zulässige Parkdauer beträgt 12 Stunden.	Die Parkierungsanlage dient den Besuchenden des Spielplatzes, Hirschparks und den Sportler/Innen. Die Bewirtschaftung ist neu rund um die Uhr, insbesondere auch auf den Wochenenden auszudehnen, da ein erhöhtes Verkehrsaufkommen besteht.

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
	Vorbehalten bleibt die Dauerparkierung mit einer entsprechenden Parkkarte.	
	neu Art. 15f Parkierungsanlage Schorenweiher	
	¹ Die Parkierungsanlage Schorenweiher wird als "blaue Zone" bewirtschaftet. ² Die Nutzung von Parkkarten ist nicht zulässig.	Die Parkierungsanlage Schorenweiher besteht nur aus zwei Parkfelder, weshalb eine Bewirtschaftung mittels Parkuhren wirtschaftlich nicht rentiert.

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
--------	---------------------	-------------

V. GEBÜHREN		
Art. 16 Grundsatz	Art. 16 Grundsatz	
¹ Die Inanspruchnahme von öffentlichem Grund für die Parkierung in den Parkzonen 1 und 2 ist gebührenpflichtig. ² Die Inanspruchnahme von öffentlichem Grund für die Parkierung in der Parkzone 3 ist, mit Ausnahme der Dauerparkierung nach Art. 15a Abs. 2 und 3, gebührenfrei. ³ Parkplätze für Gehbehinderte sind im Sinne von Art. 65 Abs. 5 Signalisationsverordnung (SR 741.21) von der Gebührenpflicht befreit.¹ ⁴ Fahrzeuge von Personen, welche regelmässig in der Stadt Langenthal öffentliche Aufgaben wahrnehmen oder regelmässig im Auftrag der Stadt handeln, können von der Gebührenpflicht befreit werden. Die erforderlichen Bewilligungen werden vom Amt für öffentliche Sicherheit ausgestellt.¹ 1 Änderung gemäss Stadtratsbeschluss vom 4. November 2002	¹ Die Inanspruchnahme von öffentlichem Grund für die Parkierung in den Parkzonen 1, 2 und 3 (mit Ausnahme der Parkierungsanlage Schorenweiher) ist gebührenpflichtig. ² Die Inanspruchnahme von öffentlichem Grund für die Parkierung in der Parkzone 3 ist, mit Ausnahme der Dauerparkierung nach Art. 15a Abs. 2 und 3, gebührenfrei. ³ Parkplätze für Gehbehinderte sind im Sinne von Art. 65 Abs. 5 Signalisationsverordnung (SR 741.21) von der Gebührenpflicht befreit.¹ ⁴ Fahrzeuge von Personen, welche regelmässig in der Stadt Langenthal öffentliche Aufgaben wahrnehmen oder regelmässig im Auftrag der Stadt handeln, können von der Gebührenpflicht befreit werden. Die erforderlichen Bewilligungen werden vom Amt für öffentliche Sicherheit ausgestellt.¹ 1 Änderung gemäss Stadtratsbeschluss vom 4. November 2002	Bisher waren nur die Parkzonen 1 & 2 bewirtschaftet, diese wird nun auch auf die Zone 3 ausgeweitet. Abs. 2 wurde gestrichen, weil es sich um die Ausnahme von der Bewirtschaftung betreffend Zone 3 handelt.
Art. 17 Gebührenpflicht	Art. 17 Gebührenpflicht	
¹ Für die Parkzone 1 gilt folgende Gebührenpflicht: a) Das Parkieren in der Parkzone 1 ist von Montag bis Freitag, 07.00 Uhr bis 19.00 Uhr und am Samstag, von 07.00 Uhr bis 16.00 Uhr, gebührenpflichtig. b) Ausserhalb dieser Zeiten sowie an Sonntagen und	¹ Für die Parkzone 1 gilt folgende Gebührenpflicht: a) Das Parkieren in der Parkzone 1 ist von Montag bis Freitag, 07.00 Uhr bis 19.00 Uhr und am Samstag, von 07.00 Uhr bis 17.00 Uhr, gebührenpflichtig. b) Ausserhalb dieser Zeiten sowie an Sonntagen und	Die Revision betrifft grundsätzlich nur die Parkzone 3 (hier handelt es sich um Parkzone 1). Gemäss Polizeiinspektorat ist diese Änderung nur eine Anpassung an die aktuell geltenden Parkzeiten in der Zone 1.

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
allgemeinen Feiertagen besteht keine Gebührenpflicht. c) Der Gemeinderat kann bei den Parkplätzen gemäss Anhang 1 [Seite 1] und Anhang 1 [Seite 2] die zeitliche Beschränkung der Gebührenpflicht ausweiten. ² Für die Parkzone 2 gilt folgende Gebührenpflicht: Das Parkieren, welches über die einschlägigen Bestimmungen der Strassenverkehrsgesetzgebung hinausgeht, ist gebührenpflichtig. ³ Für die Parkzone 3 gilt folgende Gebührenpflicht: Das Parkieren, welches in zeitlicher Hinsicht über den zweckgemässen Gebrauch nach Art. 15a Abs. 1 hinausgeht, ist gebührenpflichtig.	allgemeinen Feiertagen besteht keine Gebührenpflicht. c) Der Gemeinderat kann bei den Parkplätzen gemäss Anhang 1 [Seite 1] und Anhang 1 [Seite 2] die zeitliche Beschränkung der Gebührenpflicht ausweiten. ² (unverändert) ³ Für die Parkzone 3 gilt folgende Gebührenpflicht: Das Parkieren ist grundsätzlich gebührenpflichtig. Die Einschränkungen gemäss Art. 15a – Art. 15f sind anwendbar.	Da der zweckgemässe Gebrauch i.S. von geltenden Art. 15a nicht mehr zulässig ist, wird der Absatz entsprechend geändert.
Art. 18 Gebührenrahmen	Art. 18 Gebührenrahmen	
¹ Für die Festsetzung der Gebühren gelten folgende Gebührenrahmen: a: Parkzone 1	¹ Für die Festsetzung der Gebühren gelten folgende Gebührenrahmen: a: Parkzone 1	

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
Parkplätze bis 3 Stunden: Erste Stunde Fr. 0.80 bis Fr. 3.00 jede weitere Std. Fr. 0.80 bis Fr. 2.00 Parkplätze bis 12 Stunden: Pro Stunde Fr. 0.60 bis Fr. 2.00 Parkkarten nach Art. 7 Abs. 1: Tagesparkkarte Fr. 5.00 bis Fr. 10.00 Wochenparkkarte Fr. 20.00 bis Fr. 40.00 Monatsparkkarte Fr. 50.00 bis Fr. 100.00 Parkkarten nach Art. 7 Abs. 2: Monatsparkkarte Fr. 50.00 bis Fr. 100.00 Jahresparkkarte Fr. 500.00 bis Fr. 1000.00 Parkkarten nach Art. 7 Abs. 4: Jahresparkkarte Fr. 750.00 bis Fr. 1500.00 b: Parkzone 2 und 3 sowie Anwohnerinnen und Anwohner in der Parkzone 1: Parkkarte Typ I: Monatsparkkarte Fr. 25.00 bis Fr. 50.00 Jahresparkkarte Fr. 250.00 bis Fr. 500.00 Parkkarte Typ II, III, IV: Monatsparkkarte Fr. 30.00 bis Fr. 60.00 Jahresparkkarte Fr. 300.00 bis Fr. 600.00 Parkkarte Typ I (Besucherparkkarte gemäss Art. 10 Abs. 1 Lit. d): pro Tag Fr. 5.00 bis Fr. 10.00 Wochenkarte Fr. 20.00 bis Fr. 40.00	Parkplätze bis 3 Stunden: Erste Stunde Fr. 0.80 bis Fr. 3.00 jede weitere Std. Fr. 0.80 bis Fr. 2.00 Parkplätze bis 12 Stunden: Pro Stunde Fr. 0.60 bis Fr. 2.00 Parkkarten nach Art. 7 Abs. 1: Tagesparkkarte Fr. 5.00 bis Fr. 10.00 Wochenparkkarte Fr. 20.00 bis Fr. 40.00 Monatsparkkarte Fr. 50.00 bis Fr. 100.00 Parkkarten nach Art. 7 Abs. 2: Monatsparkkarte Fr. 50.00 bis Fr. 100.00 Jahresparkkarte Fr. 500.00 bis Fr. 1000.00 Parkkarten nach Art. 7 Abs. 4: Jahresparkkarte Fr. 750.00 bis Fr. 1500.00 b: Parkzone 2 und 3 sowie Anwohnerinnen und Anwohner in der Parkzone 1: Parkkarte Typ I: Monatsparkkarte Fr. 25.00 bis Fr. 50.00 Jahresparkkarte Fr. 250.00 bis Fr. 500.00 Parkkarte Typ II, III, IV: Monatsparkkarte Fr. 30.00 bis Fr. 60.00 Jahresparkkarte Fr. 300.00 bis Fr. 600.00 Parkkarte Typ I (Besucherparkkarte gemäss Art. 10 Abs. 1 Lit. d): pro Tag Fr. 5.00 bis Fr. 10.00 Wochenkarte Fr. 20.00 bis Fr. 40.00 c: Parkzone 3 Parkierungsanlage Schwimmbad	Die neue Bewirtschaftung der Zone 3 erfordert diese

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
² Der Gemeinderat setzt die Gebühren innerhalb des Gebührenrahmens fest.	Pro Stunde Fr. 0.60 bis Fr. 2.00 Parkierungsanlage Dreilinden Pro Stunde Fr. 1.20 bis Fr. 2.00 Parkierungsanlage Musterplatz Pro Stunde Fr. 0.60 bis Fr. 2.00 ² Der Gemeinderat setzt die Gebühren innerhalb des Gebührenrahmens fest.	Änderungen betreffend Gebührenrahmen, welche nun eingefügt werden.

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
--------	---------------------	-------------

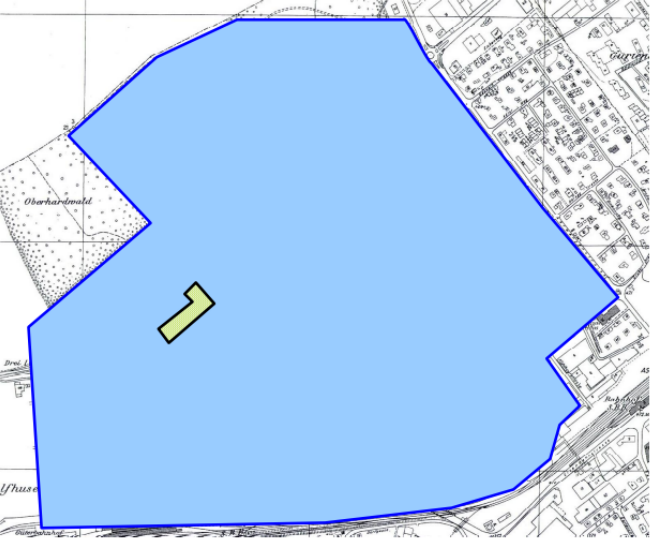
Art. 19 Gebührenbezug	Art. 19 Gebührenbezug	
Die Gebühren werden wie folgt bezogen: a: Parkzone 1 Mittels Parkuhren, Ticketautomaten oder anderen Gebührenbezugsvorrichtungen. Der Gebührenbezug für Parkkarten gemäss Art. 7 richtet sich nach den Bestimmungen gemäss lit. b. b: Parkzonen 2 und 3 Die Gebühren für Parkkarten in der Parkzonen 2 und 3 (Parkkartentypen I-IV) und für Parkkarten nach Art. 7 werden bei Erteilung der Parkkarte erhoben. Die Parkkarten werden erst nach Eingang der Zahlung ausgehändigt.	Die Gebühren werden wie folgt bezogen: a: Parkzone 1 Mittels Parkuhren, Ticketautomaten oder anderen Gebührenbezugsvorrichtungen. Der Gebührenbezug für Parkkarten gemäss Art. 7 richtet sich nach den Bestimmungen gemäss lit. b. b: Parkzonen 2 und 3 Die Gebühren für Parkkarten in der Parkzonen 2 und 3 (Parkkartentypen I-IV) und für Parkkarten nach Art. 7 werden bei Erteilung der Parkkarte erhoben. Die Parkkarte wird erst nach Eingang der Zahlung ausgehändigt (physischen Parkkarte) bzw. aktiviert (digitale Parkkarte).	Änderungen aufgrund der Einführung der digitalen Parkkarte.
Art. 20 Rückerstattung	Art. 20 Rückerstattung	
¹ Werden Parkkarten vor Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer zurückgegeben, erfolgt eine anteilmässige Rückerstattung der Gebühr. ² Für die Rückerstattung werden nur ganze Monate berücksichtigt. Sie erfolgt ausschliesslich gegen Rückgabe der entsprechenden Parkkarte.	¹ Werden physische Parkkarten vor Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer zurückgegeben bzw. digitale Parkkarten deaktiviert, erfolgt eine anteilmässige Rückerstattung der Gebühr. ² Für die Berechnung der Rückerstattung werden nur ganze Monate berücksichtigt. Die Rückerstattung erfolgt ausschliesslich gegen Rückgabe der physischen Parkkarte oder nach Deaktivierung der digitalen Parkkarte.	Änderungen aufgrund der Einführung der digitalen Parkkarte.
VI. SCHLUSSBESTIMMUNGEN		
Art. 21 Rechtspflege	Art. 21 Rechtspflege	
¹ Gegen Verfügungen der Polizeiinspektorin oder des Polizeiinspektors bei Nichterteilung von Parkkarten kann innert 30 Tagen seit Eröffnung schrift-	(Abs. 1 unverändert)	

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
lich und begründet Einsprache bei der Polizeiinspektorin oder beim Polizeiinspektor erhoben werden. ² Gegen Einspracheentscheide der Polizeiinspektorin oder des Polizeiinspektors gemäss Abs. 1 sowie gegen die übrigen Verfügungen der Polizeiinspektorin oder des Polizeiinspektors kann innert 30 Tagen seit Eröffnung beim Gemeinderat schriftlich und begründet Beschwerde erhoben werden. ³ Im Übrigen gelten die Bestimmungen von Art. 93 ff der Gemeindeordnung vom 1. Dezember 1996.	(Abs. 2 unverändert) ³ Im Übrigen gelten die Bestimmungen von Art. 96 ff der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009.	Abs. 3 benötigt eine Änderung: Die Gemeindeordnung von 1996 wurde durch die Stadtverfassung ersetzt.
Art. 22 Strafbestimmungen	Art. 22 Strafbestimmungen	
¹ Widerhandlungen gegen Vorschriften dieses Reglements, namentlich die missbräuchliche Verwendung der Parkkarten, sowie gegen die gestützt darauf erlassenen Verfügungen, werden mit Busse bis Fr. 5'000.00 bestraft. ² Das Verfahren richtet sich nach Art. 59 des Gemeindegesetzes vom 16. März 1998. ³ Vorbehalten bleiben die Strafvorschriften des übergeordneten Rechts.	(unverändert)	
Art. 23 In-Kraft-Treten	Art. 23 In-Kraft-Treten	
¹ Nach Genehmigung durch das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt des Kantons Bern setzt der Gemeinderat dieses Reglement in Kraft. ² Mit dem In-Kraft-Treten werden sämtliche widersprechenden Vorschriften aufgehoben.	(unverändert)	Gemäss Auskunft vom Amt für Gemeinde und Raumordnung (AGR) entfällt die Genehmigungspflicht durch AGR, da die Ersatzabgabefonds nicht im Parkplatzbewirtschaftungsreglement geregelt werden.

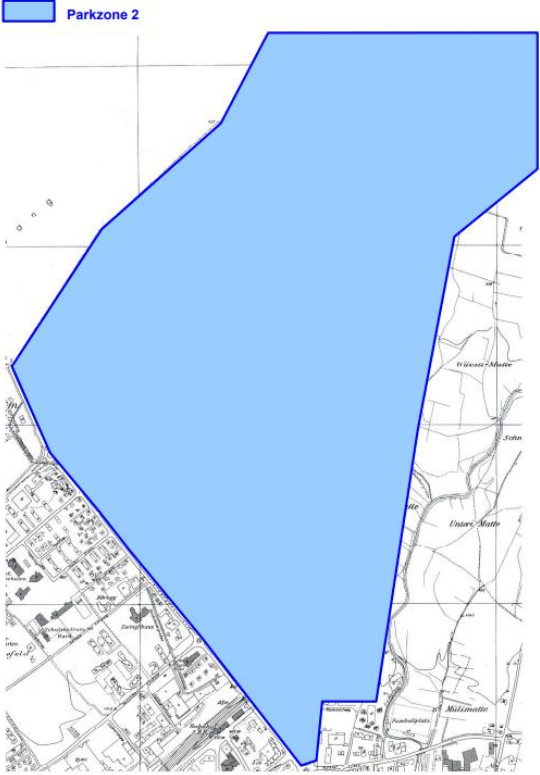
Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
--------	---------------------	-------------

Anhang 1 [Seite 1]	Anhang 1 [Seite 1]																																											
Auflistung der Parkplätze ausserhalb der Zone 1 sowie Parkplätze der Parkzone 3 (gemäss Art. 4 Abs. 1 Lit. a und c des Parkplatzbewirtschaftungsreglementes) <table> <tr> <th>Ort</th><th>Bezeichnung / Parkzone</th><th>Bewirtschaftungsart / -zeit</th></tr> <tr> <td>Kreuzfeld</td><td>Parkzone 1 Einstellhalle der Dreifach-Turnhalle</td><td>Ticketautomat, Bewirtschaftungszeit analog Zone 1 (Montag bis Freitag 07.00 bis 19.00 und Samstag 07.00 bis 16.00 Uhr)</td></tr> <tr> <td>Spital</td><td>Parkzone 1 Alle Parkierungsanlagen</td><td>bestehende Vereinbarung Ticketautomat und Parkkarten (nur vom Spital ausgegeben), Bewirtschaftung täglich von 08.00 bis 20.00 Uhr, maximal 12 Std., Fr. 0.80 / h</td></tr> <tr> <td>Schwimmbad GbbL Nr. 2030 und 2928</td><td>Parkzone 3 Alle Parkierungsanlagen</td><td>Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung</td></tr> <tr> <td>Dreilinden-Parkplatz GbbL Nr. 317</td><td>Parkzone 3 Bereich östlich Hotel Dreilinden</td><td>Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung</td></tr> <tr> <td>Parkplatz beim Musterplatz GbbL Nr. 112 und 208</td><td>Parkzone 3</td><td>Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung</td></tr> <tr> <td>Parkplatz beim Schorenweiher GbbL Nr. 1795</td><td>Parkzone 3</td><td>Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung</td></tr> </table>	Ort	Bezeichnung / Parkzone	Bewirtschaftungsart / -zeit	Kreuzfeld	Parkzone 1 Einstellhalle der Dreifach-Turnhalle	Ticketautomat, Bewirtschaftungszeit analog Zone 1 (Montag bis Freitag 07.00 bis 19.00 und Samstag 07.00 bis 16.00 Uhr)	Spital	Parkzone 1 Alle Parkierungsanlagen	bestehende Vereinbarung Ticketautomat und Parkkarten (nur vom Spital ausgegeben), Bewirtschaftung täglich von 08.00 bis 20.00 Uhr, maximal 12 Std., Fr. 0.80 / h	Schwimmbad GbbL Nr. 2030 und 2928	Parkzone 3 Alle Parkierungsanlagen	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung	Dreilinden-Parkplatz GbbL Nr. 317	Parkzone 3 Bereich östlich Hotel Dreilinden	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung	Parkplatz beim Musterplatz GbbL Nr. 112 und 208	Parkzone 3	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung	Parkplatz beim Schorenweiher GbbL Nr. 1795	Parkzone 3	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung	Auflistung der Parkplätze ausserhalb der Parkzone 1 sowie Parkierungsanlagen der Parkzone 3 (gemäss Art. 4 Abs. 1 lit. a und c des Parkplatzbewirtschaftungsreglementes) <table> <tr> <th>Ort</th><th>Bezeichnung / Parkzone</th><th>Bewirtschaftungsart / -zeit</th></tr> <tr> <td>Kreuzfeld</td><td>Parkzone 1 Einstellhalle der Dreifach-Turnhalle</td><td>Ticketautomat, Bewirtschaftungszeit analog Zone 1 (Montag bis Freitag 07.00 bis 19.00 und Samstag 07.00 bis 16.00 Uhr) 17.00 Uhr</td></tr> <tr> <td>Spital</td><td>Parkzone 1 Alle Parkierungsanlagen</td><td>bestehende Vereinbarung Ticketautomat und Parkkarten (nur vom Spital ausgegeben), Bewirtschaftung täglich von 08.00 bis 20.00 Uhr, maximal 12 Std., Fr. 0.80 / h</td></tr> <tr> <td>Parkierungsanlage Schwimmbad</td><td>Parkzone 3 Alle Parkierungsanlagen</td><td>Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung Bewirtschaftung gemäss Art. 15b und 15c</td></tr> <tr> <td>Parkierungsanlage Dreilinden</td><td>Parkzone 3 Bereich östlich Hotel Dreilinden</td><td>Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung Bewirtschaftung gemäss Art. 15d</td></tr> <tr> <td>Parkierungsanlage Musterplatz</td><td>Parkzone 3</td><td>Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung Bewirtschaftung gemäss Art. 15e</td></tr> <tr> <td>Parkierungsanlage Schorenweiher</td><td>Parkzone 3</td><td>Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung Bewirtschaftung gemäss Art. 15f</td></tr> </table>	Ort	Bezeichnung / Parkzone	Bewirtschaftungsart / -zeit	Kreuzfeld	Parkzone 1 Einstellhalle der Dreifach-Turnhalle	Ticketautomat, Bewirtschaftungszeit analog Zone 1 (Montag bis Freitag 07.00 bis 19.00 und Samstag 07.00 bis 16.00 Uhr) 17.00 Uhr	Spital	Parkzone 1 Alle Parkierungsanlagen	bestehende Vereinbarung Ticketautomat und Parkkarten (nur vom Spital ausgegeben), Bewirtschaftung täglich von 08.00 bis 20.00 Uhr, maximal 12 Std., Fr. 0.80 / h	Parkierungsanlage Schwimmbad	Parkzone 3 Alle Parkierungsanlagen	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung Bewirtschaftung gemäss Art. 15b und 15c	Parkierungsanlage Dreilinden	Parkzone 3 Bereich östlich Hotel Dreilinden	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung Bewirtschaftung gemäss Art. 15d	Parkierungsanlage Musterplatz	Parkzone 3	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung Bewirtschaftung gemäss Art. 15e	Parkierungsanlage Schorenweiher	Parkzone 3	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung Bewirtschaftung gemäss Art. 15f	Änderungen aufgrund der Einführung der Bewirtschaftung der Zone 3.
Ort	Bezeichnung / Parkzone	Bewirtschaftungsart / -zeit																																										
Kreuzfeld	Parkzone 1 Einstellhalle der Dreifach-Turnhalle	Ticketautomat, Bewirtschaftungszeit analog Zone 1 (Montag bis Freitag 07.00 bis 19.00 und Samstag 07.00 bis 16.00 Uhr)																																										
Spital	Parkzone 1 Alle Parkierungsanlagen	bestehende Vereinbarung Ticketautomat und Parkkarten (nur vom Spital ausgegeben), Bewirtschaftung täglich von 08.00 bis 20.00 Uhr, maximal 12 Std., Fr. 0.80 / h																																										
Schwimmbad GbbL Nr. 2030 und 2928	Parkzone 3 Alle Parkierungsanlagen	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung																																										
Dreilinden-Parkplatz GbbL Nr. 317	Parkzone 3 Bereich östlich Hotel Dreilinden	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung																																										
Parkplatz beim Musterplatz GbbL Nr. 112 und 208	Parkzone 3	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung																																										
Parkplatz beim Schorenweiher GbbL Nr. 1795	Parkzone 3	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung																																										
Ort	Bezeichnung / Parkzone	Bewirtschaftungsart / -zeit																																										
Kreuzfeld	Parkzone 1 Einstellhalle der Dreifach-Turnhalle	Ticketautomat, Bewirtschaftungszeit analog Zone 1 (Montag bis Freitag 07.00 bis 19.00 und Samstag 07.00 bis 16.00 Uhr) 17.00 Uhr																																										
Spital	Parkzone 1 Alle Parkierungsanlagen	bestehende Vereinbarung Ticketautomat und Parkkarten (nur vom Spital ausgegeben), Bewirtschaftung täglich von 08.00 bis 20.00 Uhr, maximal 12 Std., Fr. 0.80 / h																																										
Parkierungsanlage Schwimmbad	Parkzone 3 Alle Parkierungsanlagen	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung Bewirtschaftung gemäss Art. 15b und 15c																																										
Parkierungsanlage Dreilinden	Parkzone 3 Bereich östlich Hotel Dreilinden	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung Bewirtschaftung gemäss Art. 15d																																										
Parkierungsanlage Musterplatz	Parkzone 3	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung Bewirtschaftung gemäss Art. 15e																																										
Parkierungsanlage Schorenweiher	Parkzone 3	Keine bzw. Bewirtschaftung der Dauerparkierung Bewirtschaftung gemäss Art. 15f																																										

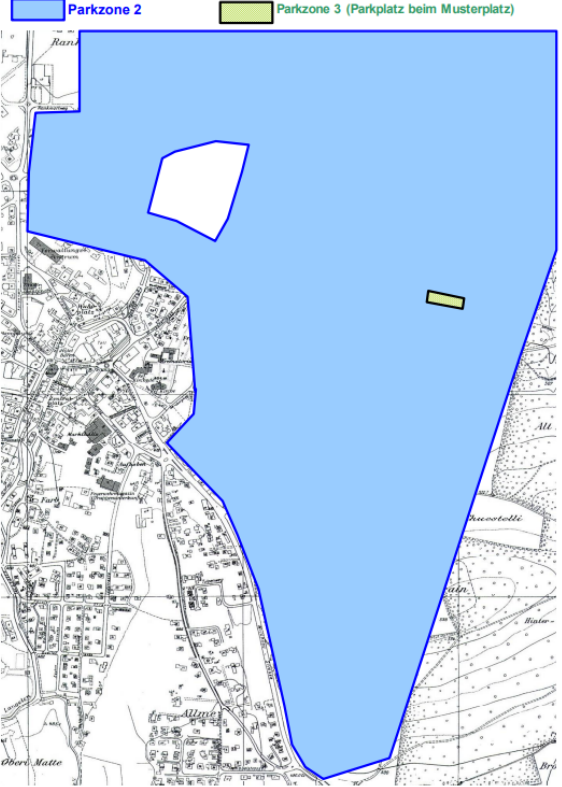
Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
--------	---------------------	-------------

Anhang 2 [Seite 1]	Anhang 2 [Seite 1]	
Parkzone 2 und 3, Sektor Nordwest Parkzonenplan (gemäss Art. 4 Abs. 1 Lit. b und c Parkplatzbewirtschaftungsreglement) Parkzone 2 Parkzone 3 (Dreilinden-Parkplatz) 	(unverändert)	

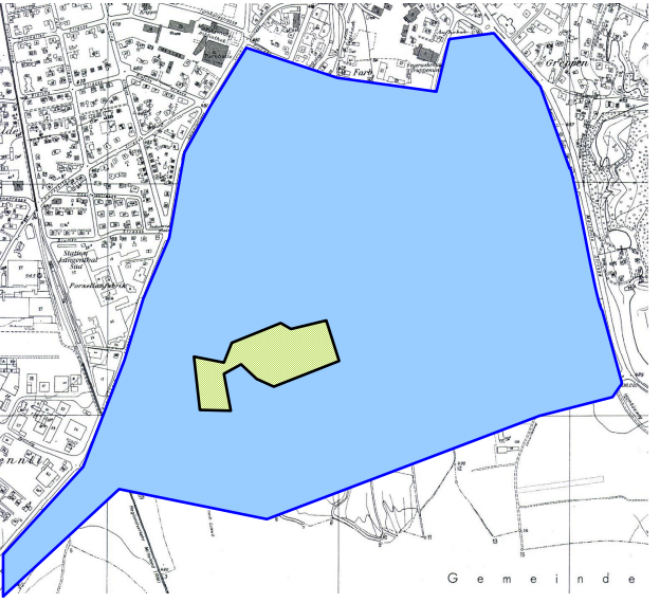
Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
--------	---------------------	-------------

Anhang 2 [Seite 2]	Anhang 2 [Seite 2]	
Anhang 2 [Seite 2] Parkzone 2 und 3, Sektor Nordost Parkzonenplan (gemäss Art. 4 Abs. 1 Lit. b und c Parkplatzbewirtschaftungsreglement) 	(unverändert)	

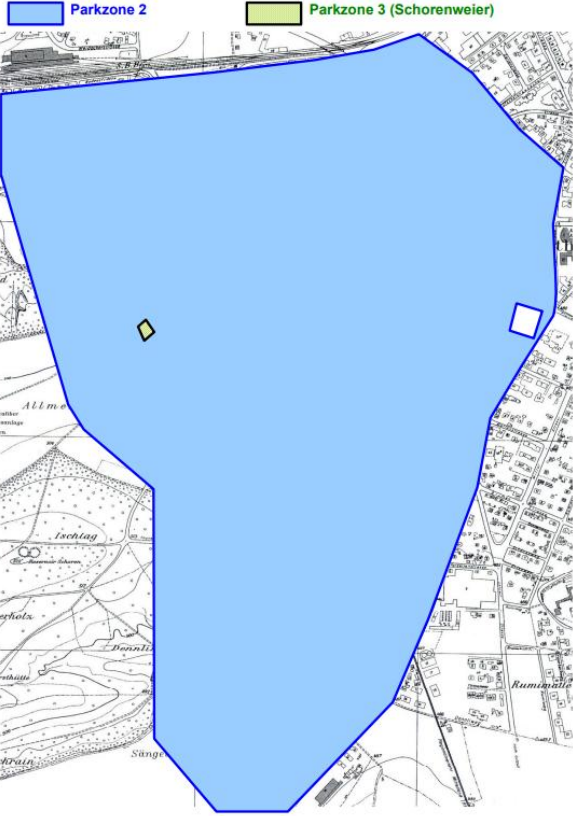
Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
--------	---------------------	-------------

Anhang 2 [Seite 3]	Anhang 2 [Seite 3]	
Parkzone 2 und 3, Sektor Ost Parkzonenplan (gemäss Art. 4 Abs. 1 Lit. b und c Parkplatzbewirtschaftungsreglement)  Legend: ■ Parkzone 2 ■ Parkzone 3 (Parkplatz beim Musterplatz)	(unverändert)	

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
--------	---------------------	-------------

Anhang 2 [Seite 4]	Anhang 2 [Seite 4]	
Anhang 2 [Seite 4] Parkzone 2 und 3, Sektor Süd Parkzonenplan (gemäss Art. 4 Abs. 1 Lit. b und c Parkplatzbewirtschaftungsreglement)  Parkzone 2  Parkzone 3 (Areal Schwimmbad) 	(unverändert)	

Bisher	Neu (gelb markiert)	Bemerkungen
--------	---------------------	-------------

Anhang 2 [Seite 5]	Anhang 2 [Seite 5]	
Parkzone 2 und 3, Sektor West Parkzonenplan (gemäss Art. 4 Abs. 1 Lit. b und c Parkplatzbewirtschaftungsreglement)  The map shows a large blue area labeled 'Parkzone 2' and a small green area labeled 'Parkzone 3 (Schorenweier)'. The map includes surrounding streets and landmarks such as 'Allmende', 'Ischlag', 'Dornli', 'Sänge', and 'Rumäni'. A small yellow square is marked within the blue area, and a small white square is marked on the right edge of the blue area.	(unverändert)	



Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse; Kantonsstrasse Nr. 244: Projektgenehmigung und Kreditbewilligung

Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident
Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte

1. Grundlagen

- Bericht und Antrag vom 3. August 2026 des Stadtbauamts mit den darin erwähnten Beilagen
- Protokollauszug vom 18. bzw. 25. August 2026 der Bau- und Planungskommission, Trakt. 2
- Protokollauszug vom 18. August 2026 der Umweltschutz- und Energiekommission, Trakt. 7
- Protokollauszug vom 20. August 2026 der Kommission für öffentliche Sicherheit, Trakt. 7
- Protokollauszug vom 25. August 2026 der Finanzkommission, Trakt. 3
- Beschluss des Gemeinderats vom 9. September 2026, Trakt. 6

2. Inhalt der Vorlage

Der Inhalt der Vorlage ergibt sich aus dem Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 3. August 2026 (= Beilage 1), der Vereinbarung mit dem Kanton Bern, Oberingenieurkreis IV inkl. Kostenteiler vom 10. April 2026 (= Beilage 2) sowie dem Situationsplan Kostenteiler vom 15. August 2025 (= Beilage 3). Es wird auf diese Dokumente, die übrigen Vorakten, die nachfolgenden Hinweise und die mündlichen Ausführungen des zuständigen Mitglieds des Gemeinderats verwiesen.

3. Vorberatende Behörden

- Die **Bau- und Planungskommission**, die **Finanzkommission** sowie die **Kommission für öffentliche Sicherheit** behandelten die Vorlage am 18., 20. bzw. 25. August 2026 und verabschiedeten sie ohne Anträge und somit unverändert.
- Die **Umweltschutz- und Energiekommission** behandelte die Vorlage an der Sitzung vom 18. August 2026 und formulierte zu Händen des Gemeinderats folgenden Antrag:

"Im Rahmen der Ausführungsplanung ist zu prüfen, ob das Rechtsabbiegen von Velofahrenden bei Rotlicht in Richtung Bahnhof ermöglicht werden kann."
- Der **Gemeinderat** verabschiedete die Vorlage an seiner Sitzung vom 9. September 2026 unter Annahme des Antrags der UEK zu Händen des Stadtrats. Die Vereinbarung mit dem Kanton Bern, Oberingenieurkreis IV (Beilage 2), wurde unter dem Vorbehalt der Kreditbewilligung durch den Stadtrat genehmigt.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragen wir Ihnen Zustimmung zu folgendem:

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 2 Ziff. 6 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 9. September 2026, beschliesst:

- 1. Das Bauprojekt Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse, Kantonsstrasse Nr. 244, vom Tiefbauamt des Kantons Bern, Oberingenieurkreis IV, wird genehmigt.**
- 2. Der für die städtischen Projektteile erforderliche Verpflichtungskredit von gesamthaft Fr. 1'250'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.121 "Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse; Kantonsstrasse Nr. 244", bewilligt.**
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Berichterstattung: Vizestadtpräsident Michael Schär, Ressortvorsteher Ver- und Entsorgung, Energie, Umweltschutz und Tiefbau



Gemeinderat

Stadtratssitzung vom 19. Oktober 2026

Langenthal, 9. September 2026

IM NAMEN DES GEMEINDERATS

Der Vizestadtpräsident:

Michael Schär

Der Stadtschreiber:

Marc Häusler

- Beilage 1: Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 3. August 2026
- Beilage 2: Vereinbarung mit dem Kanton Bern, Oberingenieurkreis IV inkl. Kostenteiler vom 10. April 2026
- Beilage 3: Situationsplan Kostenteiler vom 15. August 2025



Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahn- strasse – Ringstrasse; Kantonsstrasse Nr. 244; Genehmigung des Bauprojektes; Bewilligung eines Verpflichtungskredites; Zustimmung zur Unterzeichnung der Vereinbarung mit dem Kanton; Verabschiedung zu Händen des Stadtrates; Zustimmung; Auftragserteilung

Datum: 3. August 2026
Zuständig: Marco Bartolomé, Beatrice Ringgenberg
Verteiler: Bau- und Planungskommission, Umweltschutz- und Energiekommission,
Kommission für öffentliche Sicherheit, Finanzkommission, Gemeinderat, Stadtrat





Inhaltsverzeichnis

1.	Das Wichtigste in Kürze	3
2.	Grundlagen	3
3.	Ausgangslage und Handlungsbedarf	3
4.	Projektorganisation	4
5.	Methodik/Vorgehen	4
6.	Vor- und Nachteile verschiedener Varianten	5
7.	Ergebnis	5
8.	Konsequenzen bei Ablehnung	5
9.	Auswirkungen auf die Verwaltung (Personalbestand, Infrastruktur, Organisation)	5
10.	Finanzielle Auswirkungen	5
10.1.	Investitionskredit	5
10.2.	Angaben zur Aktivierung und Abschreibung der Investition	5
10.3.	Finanzierungsnachweis	6
11.	Stellungnahme Dritter	6
12.	Mitberichte aus der Verwaltung	6
13.	Terminprogramm zur Realisierung	6
14.	Kommunikation	6
15.	Zuständigkeiten zum Beschluss	6
16.	Beschlussentwurf	7



1. Das Wichtigste in Kürze

In Langenthal sind die beiden Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse und Bützberg- / Ringstrasse für alle Verkehrsteilnehmenden wichtige Verkehrsknoten. Sie liegen auf der Zubringerachse aus dem Langental zum Autobahnanschluss Niederbipp oder Kirchberg. Die Kantonsstrasse Nr. 244 ist Teil des Rückgrats des regionalen Verkehrsnetzes und wichtiger Bestandteil im Lenkungskonzept des Siedlungsrichtplans der Stadt Langenthal, aber auch eine wichtige Hauptverkehrsstrasse in der städtischen Verkehrsplanung (Lenkungskonzept des Siedlungsrichtplans, Agglomerationsprogramm). Beide Knoten werden von den öffentlichen Buslinien befahren. Der Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse liegt zudem auf den geplanten Velobahnen (VB25 – Herzogenbuchsee-Langenthal und VB 28 – Lotzwil-Langenthal), die auf der Eisenbahnstrasse zu liegen kommen.

Die beiden Knoten sind baulich sanierungsbedürftig und weisen hinsichtlich Verkehrssicherheit und Leistungsfähigkeit Defizite auf. Aus diesem Grund soll der Strassenabschnitt in den Jahren 2027 und 2028 baulich saniert und die festgestellten Defizite behoben werden. Entsprechend ist das Projekt "Langenthal, Sanierung Knoten Bützberg - / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse" sowohl im Strassennetzplan, im regionalen Gesamtverkehr- und Siedlungskonzept (RGSK) wie auch im Agglomerationsprogramm der Stadt (Teilprojekt Bahnhof / Eisenbahnstrasse) aufgeführt.

Die Sanierung der Kantonsstrasse bedingt auch Anpassungen bei daran anschliessenden Gemeindestrassen. Hierfür liegt eine Vereinbarung inklusive Kostenteiler vor. Die Verantwortung für Bau, Betrieb und Unterhalt von Strassen ist im Strassengesetz vom 4. Juni 2008 (SG; BSG 732.11) geregelt. Der Kanton ist demnach für die Kantonsstrassen (Art. 38 SG) und die Gemeinde für die Gemeindestrassen (Art. 41 SG) verantwortlich. Für die Übernahme der Kosten bei der Änderung eines Knotens ist Art. 49a Abs. 2 SG heranzuziehen. Demnach trägt jede Partei die Kosten nach Massgabe ihrer Interessen.

Dem Gemeinderat wird zuhanden des Stadtrates beantragt, den städtischen Projektteilen der Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse zuzustimmen und den dafür notwendigen Ausführungskredit zu bewilligen. Zudem wird dem Gemeinderat beantragt, die entsprechende Vereinbarung mit dem Kanton zu genehmigen.

2. Grundlagen

- Gemeinderatsbeschluss vom 3. Juli 2024, Agglomerationsprogramm 3. Generation und Buslinienkonzept; Teilprojekt Bahnhof / Eisenbahnstrasse, Genehmigung des Vorprojektes; Traktandum 2
- Gemeinderatsbeschluss vom 23. Oktober 2024, Sanierung Ringstrasse, Abschnitt Bützbergstrasse – Mittelstrasse; Bauprojekt, Bewilligung eines Ausführungskredites, Traktandum 16

3. Ausgangslage und Handlungsbedarf

In Langenthal sind die beiden Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse und Bützberg- / Ringstrasse für alle Verkehrsteilnehmenden wichtige Verkehrsknoten. Sie liegen auf der Zubringerachse aus dem Langental zum Autobahnanschluss Niederbipp und Kirchberg. Die Kantonsstrasse Nr. 244 ist Teil des Rückgrats des regionalen Verkehrsnetzes und wichtiger Bestandteil im Lenkungskonzept des Siedlungsrichtplans der Stadt Langenthal. Beide Knoten werden von den öffentlichen Buslinien befahren. Der Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse liegt zudem auf den geplanten Velobahnen (VB25 – Herzogenbuchsee-Langenthal und VB 28 – Lotzwil-Langenthal), die auf der Eisenbahnstrasse zu liegen kommen.

Die beiden Knoten sind baulich sanierungsbedürftig und weisen Mängel hinsichtlich Verkehrssicherheit und Leistungsfähigkeit auf. Der Oberbau hat diverse Schäden und entspricht nicht den heutigen Tragfähigkeitsvorgaben. Aus Kapazitätsgründen führt der Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse stadteinwärts täglichen zu Staus und behindert dadurch auch die Fahrplanstabilität der regionalen Buslinie 51 (Wangen a. A. – Herzogenbuchsee – Langenthal – Melchnau). Die Querung des Knotens (Kreisels) ist für die auf der Velohaupttroute (Eisenbahnstrasse) verkehrenden Velos schwierig und die Verkehrssicherheit diesbezüglich ungenügend und muss zwingend verbessert werden.



Das Projekt "Langenthal, Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse" ist sowohl im Strassennetzplan, im regionalen Gesamtverkehr- und Siedlungskonzept (RGSK) wie auch im Agglomerationsprogramm der Stadt (Massnahme LV-N 1.6) aufgeführt. Im Jahr 2018 wurde eine Planungsstudie erarbeitet und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Auf dieser Basis wurde das vorliegende Bauprojekt erarbeitet.

Der Projektperimeter erstreckt sich auf der Bützbergstrasse ab der Unterführung SBB bis und mit Kreisel Ringstrasse (Bützberg- / Ringstrasse).

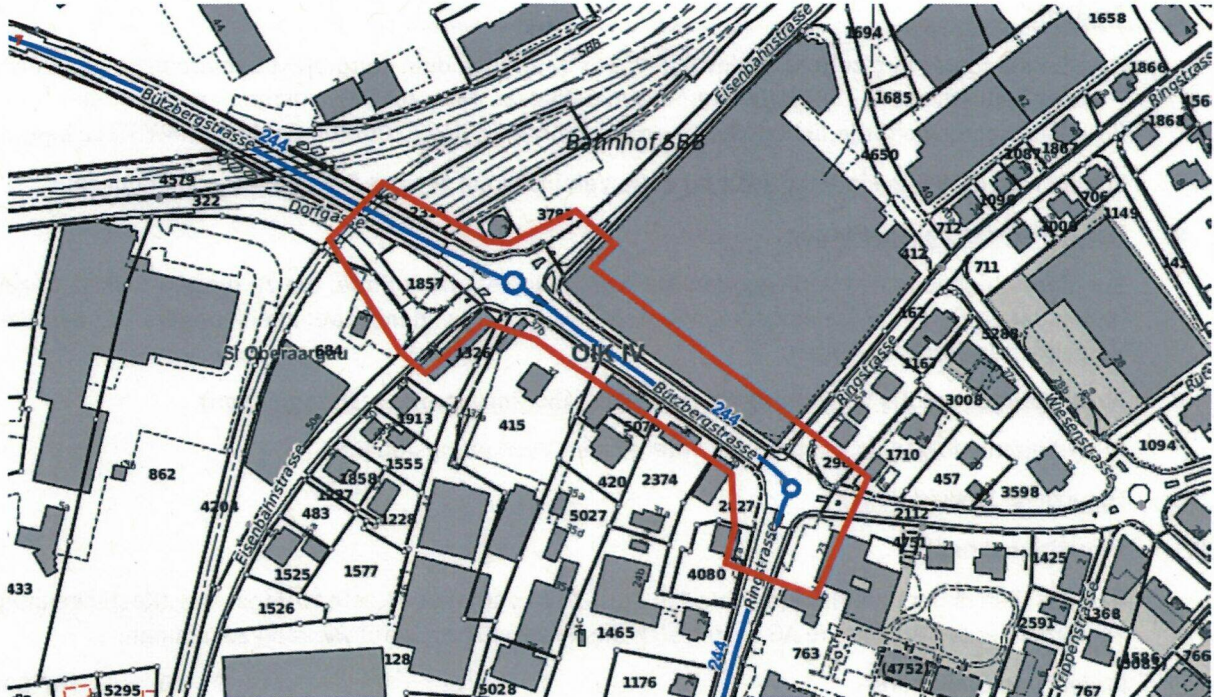


Abbildung 1: Projektperimeter

Der Kanton beabsichtigt, den Strassenabschnitt in den Jahren 2027 und 2028 baulich zu sanieren und die festgestellten Defizite zu beheben. Die Bauzeit wird auf 12 Monate geschätzt.

4. Projektorganisation

Die Projektleitung liegt beim Kanton, für die städtischen Teile beim Stadtbauamt, Fachbereich Tiefbau und Umwelt. Die Bauleitung obliegt dem vom Kanton mandatierten Ingenieurbüro c+s Ingenieure AG, Langenthal.

5. Methodik/Vorgehen

Die Strassenanlage wird von der BLS-Unterführung bis und mit dem Knoten Ringstrasse / Bützbergstrasse auf einer Länge von ca. 280 m saniert und den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmenden angepasst. Der Kreisel Eisenbahnstrasse / Bützbergstrasse wird in einen Knoten mit Lichtsignalanlage umgebaut. Der Kreisel Bützbergstrasse / Ringstrasse wird geometrisch den heutigen Normen angepasst. Die Gesamtkosten des vorliegenden Projekts werden auf Fr. 4'807'000.00 inkl. MWST veranschlagt.

Die verschiedenen Anpassungen an der Kantonsstrasse bedingt auch Anpassungen bei daran anschliessenden Gemeindestrassen. Hierfür liegt eine Vereinbarung inklusive Kostenteiler vor. Die vom Projekt betroffenen Flächen auf Gemeindestrassen sind der Beilage 2 zu entnehmen. Die Verantwortung für Bau, Betrieb und Unterhalt von Strassen ist im Strassengesetz vom 04. Juni 2008 (SG; BSG 732.11) geregelt. Der Kanton ist demnach für die Kantonsstrassen (Art. 38 SG) und die Gemeinde für die Gemeindestrassen (Art. 41 SG) verantwortlich. Für die Übernahme der Kosten bei der Änderung eines Knotens ist Art. 49a Abs. 2 SG heranzuziehen. Demnach trägt jede Partei die Kosten nach Massgabe ihrer Interessen.

Mit der Unterzeichnung der vorliegenden Vereinbarung (siehe Beilage 1) erklären sich die Parteien – der Kanton Bern und die Stadt Langenthal – bereit, die in der Zusammenstellung aufgeführten Kosten nach dem Kostenteiler der heutigen Eigentumsverhältnisse zu übernehmen. Die endgültigen Kostenanteile ergeben sich aus den effektiven und abgerechneten Projektkosten.

6. Vor- und Nachteile verschiedener Varianten

Keine Bemerkungen

7. Ergebnis

Dem Gemeinderat wird zuhanden des Stadtrates beantragt, dem Bauprojekt Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse, Kantonstrasse Nr. 244, zuzustimmen und den für die Projektumsetzung erforderlichen Kredit von gesamthaft Fr. 1'250'000.00 (inklusive MWST) zu bewilligen.

Zudem wird dem Gemeinderat beantragt, die Vereinbarung gemäss Beilage 1 zu genehmigen.

8. Konsequenzen bei Ablehnung

Bei einer Ablehnung des vorliegenden Antrages müssten die Gründe, die zu diesem Entscheid geführt haben, analysiert und gemeinsam mit dem Kanton bzw. dem Oberingenieurkreis IV, das weitere Vorgehen besprochen werden.

9. Auswirkungen auf die Verwaltung (Personalbestand, Infrastruktur, Organisation)

Die Arbeiten erfolgen im Rahmen der ordentlichen Verwaltungstätigkeit.

10. Finanzielle Auswirkungen

10.1. Investitionskredit

Gemäss dem in der Vereinbarung vom 10. April 2026 enthaltene Kostenvoranschlag (Kostengenauigkeit +/- 10 %) der c+s Ingenieure AG setzen sich die Kosten für die Stadt wie folgt zusammen:

Projekt und Bauleitung	Fr.	157'000.00
Landerwerb	Fr.	47'000.00
Strassenbau Trasse	Fr.	703'000.00
Kunstabauten	Fr.	0.00
Strassenbau Ausrüstung	Fr.	111'000.00
Nebenanlagen	Fr.	32'000.00
UVG Risiko	Fr.	110'000.00
Total exkl. MWST	Fr.	1'160'000.00
MWST 8.1%	Fr.	90'000.00
Total inkl. MWST	Fr.	1'250'000.00

10.2. Angaben zur Aktivierung und Abschreibung der Investition

Planungskredit: ☐

Investitionsbeitrag: ☒

Voraussichtliche Ausführung/Inbetriebnahme der Investition: 2027 / 2028

Jahr der Investition (Realisation)	Investitionsbetrag Brutto	Nutzungsdauer	Abschreibungssatz
2028	Fr. 1'250'000.00	40 Jahre	2.5%



10.3. Finanzierungsnachweis

Im vom Gemeinderat am 1. Juli 2026 genehmigten Investitionsplan 2027 – 2031 ist für die Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse; Kantonsstrasse Nr. 244 ein Betrag von Fr. 1'250'000.00, Fr. 300'000.00 im Jahr 2027, Fr. 800'000.00 im Jahr 2028 und Fr. 150'000.00 im Jahr 2029 vorgesehen.

Die zur Finanzierung dieser Projekte erforderlichen Mittel werden durch eigene Mittel und im Zusammenspiel mit anderen anstehenden Investitionsvorhaben durch Fremdmittelaufnahme sichergestellt.

Die Tragbarkeit für das Projekt ist im genehmigten Finanz- und Investitionsplan 2027 - 2031 nachgewiesen.

11. Stellungnahme Dritter

Keine Bemerkungen

12. Mitberichte aus der Verwaltung

Keine Bemerkungen

13. Terminprogramm zur Realisierung

Die Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse soll gemäss folgendem Terminplan umgesetzt werden:

- Baubeginn zweite Hälfte 2027
- Fertigstellung/Abschluss 2028

Die Bauzeit wird auf 12 Monate geschätzt. Die Koordination mit Drittprojekten ist gewährleistet.

14. Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt durch das Tiefbauamt des Kantons Bern, Oberingenieurkreis IV.

15. Zuständigkeiten zum Beschluss

Gemäss Art. 61 Abs. 2 Ziff. 6 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 beschliesst der Stadtrat in endgültiger Zuständigkeit über Ausgaben im Zusammenhang mit der Erstellung und dem Unterhalt der Anlagen der Basis- und Detailerschliessung über Fr. 1'000'000.00 bis Fr. 2'000'000.00. Die im vorliegenden Fall zu bewilligenden finanziellen Mittel betragen insgesamt Fr. 1'250'000.00 und liegen somit innerhalb der genannten Spannweite. Für den vorliegenden Beschluss ist demnach der Stadtrat endgültig, das heisst ohne Vorbehalt des fakultativen Referendums, zuständig.

16. **Beschlussentwurf**

Gestützt auf diese Ausführung beantragen wir Ihnen Zustimmung zu folgendem

Beschlussentwurf:

1. **Der Gemeinderat, gestützt auf Art. 67 Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages des Stadtbauamtes vom 3. August 2026, beantragt dem Stadtrat Zustimmung zu folgendem Beschluss:**

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 2 Ziff. 6 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom, beschliesst:

1. *Das Bauprojekt Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse, Kantonsstrasse Nr. 244, vom Tiefbauamt des Kantons Bern, Oberingenieurkreis IV, wird genehmigt.*
 2. *Der für die städtischen Projektteile erforderliche Verpflichtungskredit von gesamthaft Fr. 1'250'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.121 "Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse; Kantonsstrasse Nr. 244", bewilligt.*
 3. *Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.*
2. **Die Vereinbarung mit dem Kanton Bern, Oberingenieurkreis IV (Beilage 1), wird – unter dem Vorbehalt der Kreditbewilligung durch den Stadtrat – genehmigt.**
 3. **Die Stadtkanzlei wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**


Volker Wenning-Künne
Stadtbaumeister

Visum Ressortvorsteher:


Michael Schär

Hinweis: Anwesenheit Amtsvorsteher/in bei Beratung gewünscht

☐ ja

☒ nein

Beilagen

1. Vereinbarung mit dem Kanton Bern, Oberingenieurkreis IV inklusive Kostenteiler vom 10. April 2026
2. Situationsplan Kostenteiler vom 15. August 2025
3. Strassenplandossier "440.20117 - Langenthal, Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse – Ringstrasse"
4. Finanzierungsnachweis vom 20. Juli 2026

440.20117 - Langenthal; Sanierung Knoten Bützberg-/Eisenbahnstrasse - Ringstrasse

Regelung Kostentragung

1 Parteien

Kanton Bern, handelnd durch die Bau- und Verkehrsdirektion, Tiefbauamt, Oberingenieurkreis IV
Dunantstrasse 13, 3400 Burgdorf (nachfolgend Kanton genannt)

Einwohnergemeinde Stadt Langenthal, handelnd durch den Gemeinderat
Jurastrasse 22, 4900 Langenthal (nachfolgend Stadt genannt)

IB Langenthal AG, handelnd durch die Geschäftsleitung
Talstrasse 29, 4901 Langenthal (nachfolgend IBL genannt)

2 Sachverhalt

Das vorliegende Dokument regelt zwischen den unter Ziff. 1 genannten Parteien die Zusammenarbeit und die Kostentragung für die Verwirklichung des Projekts «Sanierung Knoten Bützberg-/Eisenbahnstrasse - Ringstrasse».

Die Parteien beabsichtigen, in den Jahren 2028/2029 (Baustart nach Abschluss Hauptarbeiten ESP Bahnhof Langenthal) das Kantonsstrassenprojekt «Sanierung Knoten Bützberg-/Eisenbahnstrasse - Ringstrasse» zu verwirklichen. Die Stadt (Stadtbauamt und das Amt für öffentliche Sicherheit), sowie die IBL (Bereich Netze) sind seit dem Projektstart in die Projektorganisation eingebunden. Die Lösungsfindung und Projektentwicklung konnten so gemeinsam und partnerschaftlich zwischen den Parteien erarbeitet werden. Dabei wurde der Referenzstandard gemäss Art. 18 Strassenverordnung (SV; BSG 732.111.1) vom 29.10.2008 (Stand 01.02.2024) berücksichtigt.

Das Projekt «Langenthal, Sanierung Knoten Bützberg-/Eisenbahn-/Ringstrasse» ist in den übergeordneten Planungsinstrumenten wie dem Strassennetzplan, dem Regionalen Gesamtverkehr- und Siedlungskonzept (RGSK) und dem Agglomerationsprogramm AP3 der Stadt Langenthal aufgeführt.

Der Projektperimeter erstreckt sich auf der Bützbergstrasse ab der Unterführung SBB bis und mit Kreisel Ringstrasse (Bützberg-/Ringstrasse).



Abbildung 1 «Projektperimeter»

In Langenthal sind die beiden Knoten Bützberg-/Eisenbahnstrasse und Bützberg-/Ringstrasse wichtige Verkehrsknoten. Sie liegen auf der Zubringerachse aus dem Langetal zum Autobahnanschluss Niederbipp. Die Kantonsstrasse Nr. 244 ist Teil des Rückgrats des regionalen Verkehrsnetzes und wichtiger Bestandteil im Lenkungskonzept des Siedlungsrichtplans der Stadt Langenthal. Beide Knoten werden von öffentlichen Buslinien befahren. Der Knoten Bützberg-/Ringstrasse ist Teil der Versorgungsroute Typ I. Über den Knoten Bützberg-/Eisenbahnstrasse werden die geplanten Velobahnen (VB25 Herzogenbuchsee - Langenthal und VB28 Lotzwil - Langenthal) geführt.

Die beiden Knoten sind baulich sanierungsbedürftig und weisen Mängel hinsichtlich Verkehrssicherheit und Leistungsfähigkeit auf. Der Knoten Bützberg-/Eisenbahnstrasse führt stadteinwärts täglich zu Staus und behindert dadurch die Fahrplanstabilität der regionalen Buslinie 51 (Wangen a. A. – Herzogenbuchsee – Langenthal – Melchnau).

3 Gesetzliche Regelung

Die Verantwortung für Bau, Betrieb und Unterhalt von Strassen ist im Strassengesetz (SG; BSG 732.11) vom 04.06.2008 geregelt. Der Kanton ist demnach für die Kantonsstrassen (Art. 38 SG) und die Gemeinde (Stadt) für die Gemeindestrassen (Art. 41 SG) verantwortlich.

Gemäss Art. 39 SG bestimmt der Kanton den Standard für den Bau der Kantonsstrassen. Damit sollen gleichwertige Lösungen und die Gleichbehandlung der Gemeinden gewährleistet werden. Wünscht die Gemeinde (Stadt) zusätzliche Bauten oder Anlagen oder einen höheren Baustandard, so hat sie die dadurch verursachten Mehrkosten zu tragen.

Für die Tragung der Kosten bei der Änderung eines Knotens ist Art. 49a Abs. 2 SG heranzuziehen. Demnach trägt jede Partei nach Massgabe ihrer Interessen zu den Kosten bei.

Gemäss Art. 69 Abs. 3 und 4 SG ist die Werkleitungseigentümerin verpflichtet, Leitungen, die infolge von Bauarbeiten an der Strasse eine Anpassung oder Verlegung erfordern, auf eigene Kosten anzupassen oder zu verlegen. Verursacht die Rücksichtnahme auf Leitungen Mehrkosten beim Bau oder Unterhalt von Strassen, trägt die Werkleitungseigentümerin diese Mehrkosten.

4 Projekt

Um die übergeordneten Ziele aus dem Lenkungskonzept sowie dem Siedlungsrichtplan zu unterstützen und die Mängel hinsichtlich Substanz, Versorgung, Verkehrssicherheit und Leistungsfähigkeit zu beheben, sollen mit dem Projekt folgende wesentlichen Massnahmen umgesetzt werden:

- Umgestaltung Knoten Bützberg-/Eisenbahnstrasse (Knoten mit LSA)
- Kreiselsanierung Bützberg-/Ringstrasse (Betonkreisel)
- Oberbausanierung inkl. Anpassung Strassenentwässerung und Strassenbeleuchtung
- Teilerneuerung der Wasserversorgung
- Anpassung der Elektroversorgung an die neue Strassengeometrie
- Sanierung der Gasversorgung (Hauptleitung)
- Angemessene Gestaltung und Begrünung

Detaillierte Projektangaben sind dem Strassenplan-Dossier "440.20117 - Langenthal, Sanierung Knoten Bützberg-/Eisenbahnstrasse – Ringstrasse" zu entnehmen.

Die Wirkungsziele gemäss Art. 3 SG werden mit dem vorliegenden Sanierungsvorhaben erfüllt; der Referenzstandard gemäss Art. 18 Strassenverordnung vom 29. Oktober 2008 (SV, BSG 732.111.1) wird erreicht. Der Landerwerb wird auf das Notwendige beschränkt. Das Bedürfnis ist ausgewiesen und die Massnahmen sind verhältnismässig.

5 Landerwerb

Die bestehenden Parzellengrenzen zwischen den Strassenparzellen Kanton und Stadt entsprechen nicht der aktuellen und künftigen Strassengeometrie. Mit der Sanierung sollen die Grenzverläufe an die neue Situation angepasst werden. Die entsprechenden Flächen werden ohne finanzielle Entschädigung abgetreten bzw. übernommen. Den für das Projekt benötigte Landerwerb von den Parzellen im Eigentum der Ammobilien AG konnte im Rahmen der Einspracheverhandlungen im gegenseitigen Einvernehmen geregelt werden. Die definitiven Flächenmasse werden durch den Nachführungsgeometer im Rahmen der Projektmutation bestimmt. Die Vermarchungs-, Vermessungs- und Handänderungskosten trägt der Kanton. Der Notar, der die Handänderungsurkunde erstellt, wird durch den Kanton bestimmt.

6 Kostenteiler

Wie in Ziff. 3 ausgeführt, sieht Art. 49a Abs. 2 SG vor, dass die Parteien an die Kosten der Änderung einer Kreuzungsanlage nach Massgabe ihrer Interessen beitragen.

Interesse des Kantons ist es, die Substanz der Kantonsstrasse zu erneuern, die Knoten den Bedürfnissen der Nutzenden anzupassen und die bestehenden Defizite (Verkehrssicherheit, Leistungsfähigkeit) zu beheben. Kanton und Stadt haben das gemeinsame Interesse, die Unfallschwerpunkte an den Verkehrsknoten zu beheben und die Fahrplanstabilität des öV sicherzustellen, sowie eine adäquate Querung der Bützbergstrasse für die geplanten Velobahnen sicher zu stellen. Die Stadt hat ein Interesse daran, die Anschlüsse der Eisenbahnstrasse an die Kantonsstrasse für die Velobahnen anzupassen. Damit rechtfertigt sich vorliegend die Übernahme der Kosten der Massnahmen an den Gemeindestrassen, die an die Knoten anschliessen. Die Kostenzuweisungen sind aus den Beilagen ersichtlich.

Die Erstellungskosten für die Lichtsignalanlage werden aufgrund der Bedürfnisse aus vorgenannten Interessen zwischen Kanton 80 % und Stadt 20 % übernommen.

Die Stadt bestellt keinen höheren Ausführungsstandard zum Kantonsstandard für den Bau der Kantonsstrassen. Es entstehen diesbezüglich (Art. 39 SG) keine Mehrkosten.

Die IBL muss aufgrund des Strassenbaus Anpassungen an ihren Werkleitungen vornehmen (Art. 69 SG) und nutzt gleichzeitig Synergien, um ihre Werkleitungen zu sanieren. Die Kostenzuweisung für die Werkleitungsgräben sind aus den Beilagen ersichtlich.

Der Kostenvoranschlag ± 10 % Kanton/Stadt vom 10.04.2026 und IB L vom 04.03.2026 wurden durch die c+s ingenieure ag erstellt. Auf der Basis der Dokumente in der Beilage und den vorangehenden Feststellungen wurde die Kostenzuteilung ermittelt. Der Kostenteiler ist aus den nachfolgenden Tabellen ersichtlich.

Die Fernwärmeleitung (IBL) ist in den Gesamtkosten und im Kostenteiler nicht enthalten, da noch kein konkretes Projekt vorliegt. Eine gleichzeitige Realisierung hätte Auswirkungen auf den Kostenteiler und würde mittels eines Nachtrages zu vorliegender Kostenvereinbarung geregelt.

Gesamtkosten

Kostenart	Anteil	Gesamtkosten	davon			
			zu Lasten Kanton		zu Lasten Gemeinde	
			Zulasten Kanton gesamt	Zulasten Kanton 12 Jahre	Zulasten Kanton 40 Jahre	
1 00 Projekt und Bauleitung		615'000.00	458'000.00	44'000.00	414'000.00	157'000.00
2 00 Landerwerb		190'000.00	143'000.00	0.00	143'000.00	47'000.00
	Landerwerbskosten / Inkonvenienzen (der Mehrwertsteuer nicht unterliegend) Kosten für Schätzungen, Notar und Geometer u. dgl. (der Mehrwertsteuer unterliegend)	135'000.00	88'000.00	0.00	88'000.00	47'000.00
3 00 Strassenbau Trasse		2'426'000.00	1'723'000.00	94'000.00	1'629'000.00	703'000.00
	Vorausmass	2'323'000.00	1'650'000.00	90'000.00	1'560'000.00	673'000.00
	im Vorausmass nicht erfasste Arbeiten und Kleinpositionen	103'000.00	73'000.00	4'000.00	69'000.00	30'000.00
4 00 Kunstbauten		236'000.00	236'000.00	0.00	236'000.00	0.00
	Vorausmass	217'000.00	217'000.00	0.00	217'000.00	0.00
	im Vorausmass nicht erfasste Arbeiten und Kleinpositionen	19'000.00	19'000.00	0.00	19'000.00	0.00
6 00 Strassenbau - Ausrüstung		477'000.00	366'000.00	16'000.00	350'000.00	111'000.00
	Vorausmass	477'000.00	366'000.00	16'000.00	350'000.00	111'000.00
	im Vorausmass nicht erfasste Arbeiten und Kleinpositionen	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
8 00 Nebenanlagen		173'000.00	141'000.00	141'000.00	0.00	32'000.00
	Vorausmass	173'000.00	141'000.00	141'000.00	0.00	32'000.00
	im Vorausmass nicht erfasste Arbeiten und Kleinpositionen	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
Total exkl. MwSt. (Genauigkeit +/- 10%)		4'117'000.00	3'067'000.00	295'000.00	2'772'000.00	1'050'000.00
Risikokosten exkl. MwSt. gemäss separater Liste II.*		340'000.00	230'000.00	0.00	230'000.00	110'000.00
Total inkl. Risiken exkl. MwSt.		4'457'000.00	3'297'000.00	295'000.00	3'002'000.00	1'160'000.00
MwSt. (8.1%) des Totals abzüglich nicht der MWST unterliegende Landerwerbskosten		350'000.00	260'000.00	24'000.00	236'000.00	90'000.00
TOTAL VERANLAGTE KOSTEN inkl. MwSt.		4'807'000.00	3'557'000.00	319'000.00	3'238'000.00	1'250'000.00
davon neue Ausgaben						
davon Kosten für den Baulichen Unterhalt						
VERANLAGTE KOSTEN Kanton inkl. MwSt.			1'262'000.00	113'000.00	1'149'000.00	
davon innert 12 Jahren abzuschreiben			2'295'000.00	206'000.00	2'089'000.00	
davon innert 40 Jahren abzuschreiben			3'557'000.00	319'000.00		
					3'238'000.00	

Hinweis: **exkl.** Kosten Werklleitungssanierungen (Arbeiten für LSA und Beleuchtung ist eingerechnet, die Kosten für den Bau der Lichtsignalanlage wurde zu 80% dem Kanton und 20% der Stadt verrechnet)

Langenthal, 10.04.2026
c+s ingenieure ag

Kostenzusammenstellung exkl. Mehrwertsteuer	IBL								Stadt / Kanton gem. KV Kanton
	Elektrizität		Wasser		Erdgas		BKA (TV / Radio)		öff. Beleuchtung Technik Tiefbau
	Technik	Tiefbau	Technik	Tiefbau	Technik	Tiefbau	Technik	Tiefbau	
Kostenanteil		27%		51%		22%		0%	
IBL (wird durch IBL ausgefüllt) Werkleitungen Hausanschlüsse Anteil IBL	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
		0.00	0.00		0.00		0.00		0.00
Büro c+s	51'693.60	14'065.80		26'203.80		11'424.00		0.00	0.00
Projekt / Planung		13'790.00		25'690.00		11'200.00		0.00	0.00
Nebenkosten / Diverses		275.80		513.80		224.00		0.00	0.00
Tiefbaukosten	362'000.00	98'500.00		183'500.00		80'000.00		0.00	0.00
Tiefbauarbeiten für Werkleitungen	340'000.00	90'000.00		175'000.00		75'000.00		0.00	0.00
Bauliche Massnahmen für									
Werkleitungsprovisionen	13'000.00	5'000.00		5'000.00		3'000.00		0.00	0.00
Markierungen und Signalisation	1'000.00	500.00		500.00		0.00		0.00	0.00
Anpassungen / Garten / Zäune	3'000.00	1'000.00		1'000.00		1'000.00		0.00	0.00
Malerei / Gipser	2'000.00	1'000.00		1'000.00		0.00		0.00	0.00
Geometer (Grenzrekonstruktionen)	3'000.00	1'000.00		1'000.00		1'000.00		0.00	0.00
Total	0.00	112'565.80	0.00	209'703.80	0.00	91'424.00	0.00	0.00	0.00
Diverses / Reservien	5%	5'700.00		10'500.00		4'500.00		0.00	0.00
Total exkl. MwSt	434'393.60	118'265.80	0.00	220'203.80	0.00	95'924.00	0.00	0.00	0.00
		118'265.80		220'203.80		95'924.00		0.00	0.00
Totale Erschliessungskosten		Technik	0.00	Tiefbau	434'393.60			434'000.00	0.00

Bemerkungen:
- exkl. Kosten WW- und Gas-Leitung im Bereich CEP-Massnahmen
- exkl. Kosten Fernwärme

Langenthal, 04.03.2026

7 Finanzierung

Mit der Unterzeichnung der vorliegenden «Regelung Kostentragung» erklären sich die Parteien bereit, die Kosten für die ihnen gehörenden Werkleitungen/Werkteile, sowie die Kosten für die ihnen zugeteilten Bereiche gemäss den Angaben in den Beilagen zu übernehmen.

Die notwendigen Leistungen für die Sanierung werden gemeinsam unter dem Lead des Kantons als Gesamtprojekt realisiert. Der Kanton führt für das Gesamtprojekt das notwendige öffentliche Beschaffungsverfahren durch. Die Verträge werden durch die Parteien mit den Leistungserbringern einzeln unterzeichnet.

Die Leistungen werden separat ausgemessen und dem Kanton bzw. der Stadt oder der IBL von den Leistungserbringern separat und direkt in Rechnung gestellt. Somit werden auch Mehr- und Minderkosten, die bei der Realisierung der Projektbestandteile entstehen, sowie eine allfällige Teuerung den Parteien einzeln in Rechnung gestellt.

8 Mängelrüge

Entsprechend der separaten Werkverträge für Kanton, Stadt und IBL sind diese jeweils in Eigenverantwortung zuständig, ihr bestelltes Werk zu prüfen und allfällige Mängel fristgerecht zu rügen.

9 Termine

Die Sanierung soll gemäss folgendem Terminplan umgesetzt werden:

- Ausführungsprojektierung / Bausubmission ab Herbst 2026
- Baubeginn Winter 2027/28
- Fertigstellung/Abschluss bis Ende 2029

10 Gültigkeit

Die «Regelung Kostentragung» tritt mit der gegenseitigen Unterzeichnung sofort in Kraft. Änderung und Auflösung der vorliegenden «Regelung Kostentragung» vor Erreichen des Zwecks, bedürfen der schriftlichen Zustimmung der Parteien. Mit Erreichen des Zwecks wird die «Regelung Kostentragung» automatisch aufgelöst. Der Zweck ist nach vollendetem Bau mit dem Ablauf der Garantiedauer (5 Jahre nach Bauabnahme) erreicht.

11 Ausfertigung

Die «Regelung Kostentragung» wird dreifach ausgefertigt. Jede Vertragspartei erhält ein unterzeichnetes Exemplar.

12 Anmerkung zu Betrieb und Unterhalt

Die Zuständigkeit für den Betrieb und den Unterhalt richtet sich nach den künftigen Eigentumsverhältnissen. Der Betrieb und der Unterhalt der Lichtsignalanlage erfolgt durch den Kanton, wobei er 20 % der jährlich anfallenden Kosten der Stadt weiterverrechnet.

Oberingenieurkreis IV
Namens des **Kantons Bern**

Burgdorf, den

Kreisoberingenieur

Bereichsleiter Strassenbau Oberaargau

Patrick Maurer

Daniel Zoller

EWG Stadt Langenthal

Langenthal, den

Stadtpräsident

Stadtschreiber

Reto Müller

Marc Häusler

IB Langenthal AG

Langenthal, den

Direktor

Bereichsleiter Netze

Rudolf Heiniger

Ralph Markowski

Beilage:

- Kostenteiler 1:1'000 vom 15.08.2025
- Normalprofil Kostenteiler 1:50 vom 15.08.2025

Sanierung Bützberg-/Eisenbahnstrasse/Ringstrasse

Kostenteiler 1:1`000

Bauprojekt



Weidackerstrasse 1
4900 Langenthal
Tel. 062 923 17 27
info@csing.ch

Kalchhofenstrasse 20/Pf 224
3415 Hasle b.B.
Tel. 034 460 26 26

Wynigenstrasse 2
3400 Burgdorf
Tel. 034 420 25 25
info@csing.ch

Langenthalstrasse 7
4950 Hüttwil
Tel. 062 962 33 26
info@csing.ch

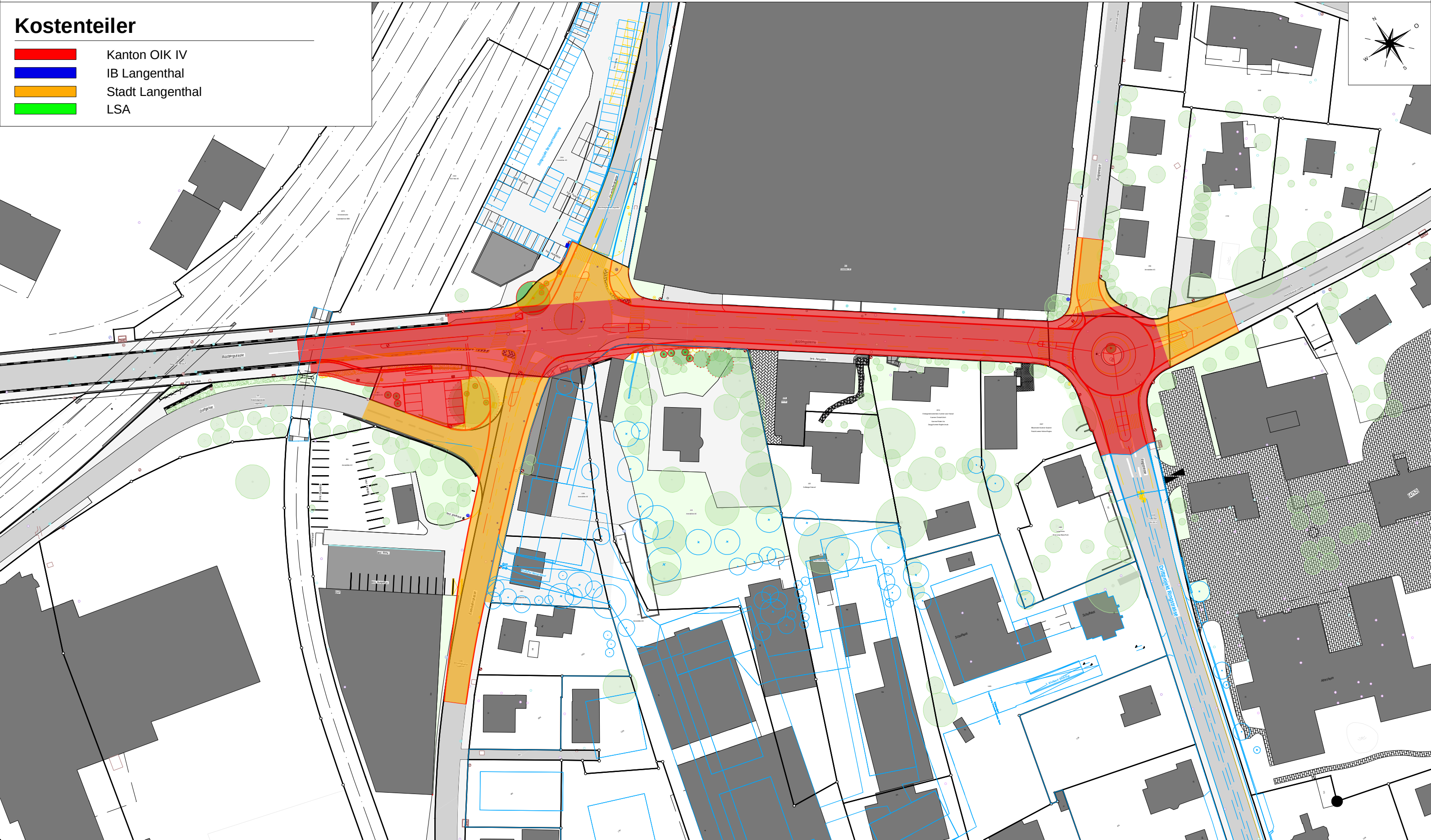
Gezeichnet	KEI	15.08.2025
Geprüft	DBO	15.08.2025
Format	A3	
Plan Nr.	24106	



Tiefbauamt des Kantons Bern OIK IV
Dunantstrasse 13, 3400 Burgdorf
Tel. +41 31 635 53 00
E-Mail: info.tbaoik4@be.ch

Kostenteiler

- Kanton OIK IV
- IB Langenthal
- Stadt Langenthal
- LSA



Sanierung Bützberg-/Eisenbahnstrasse/Ringstrasse

Normalprofil Kostenteiler 1:50

Bauprojekt



Weldackerstrasse 1
4900 Langenthal
Tel. 062 923 17 27
info@csing.ch

Kalchofenstrasse 20/Pf 224
3415 Hasle b.B.
Tel. 034 460 26 26

Wynigenstrasse 2
3400 Burgdorf
Tel. 034 420 25 25
info@csing.ch

Langenthalstrasse 7
4950 Hutwil
Tel. 062 962 33 26
info@csing.ch

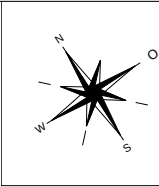
Gezeichnet	KEI	15.08.2025
Geprüft	DBO	15.08.2025
Format	0.42 / 0.45	
Plan Nr.	24106	



Tiefbauamt des Kantons Bern OIK IV
Dunantstrasse 13, 3400 Burgdorf
Tel. +41 31 635 53 00
E-Mail: info.tbaoik4@be.ch

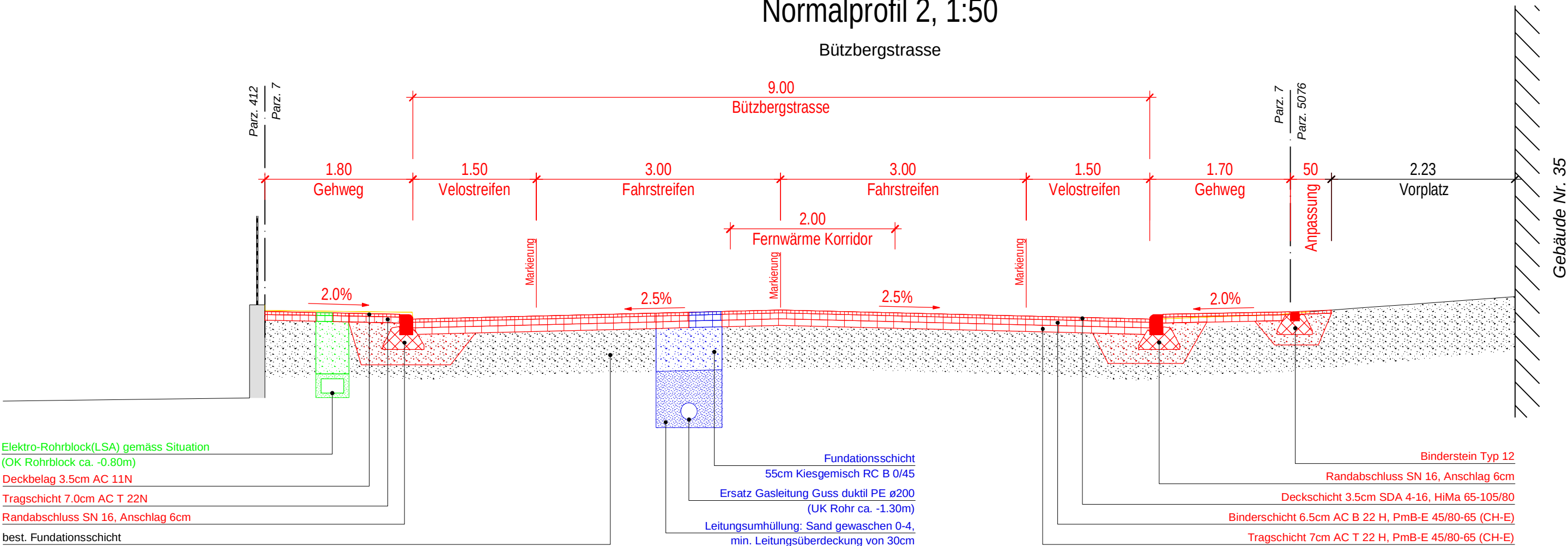
Kostenteiler

- Kanton OIK IV
- IB Langenthal
- Stadt Langenthal
- LSA



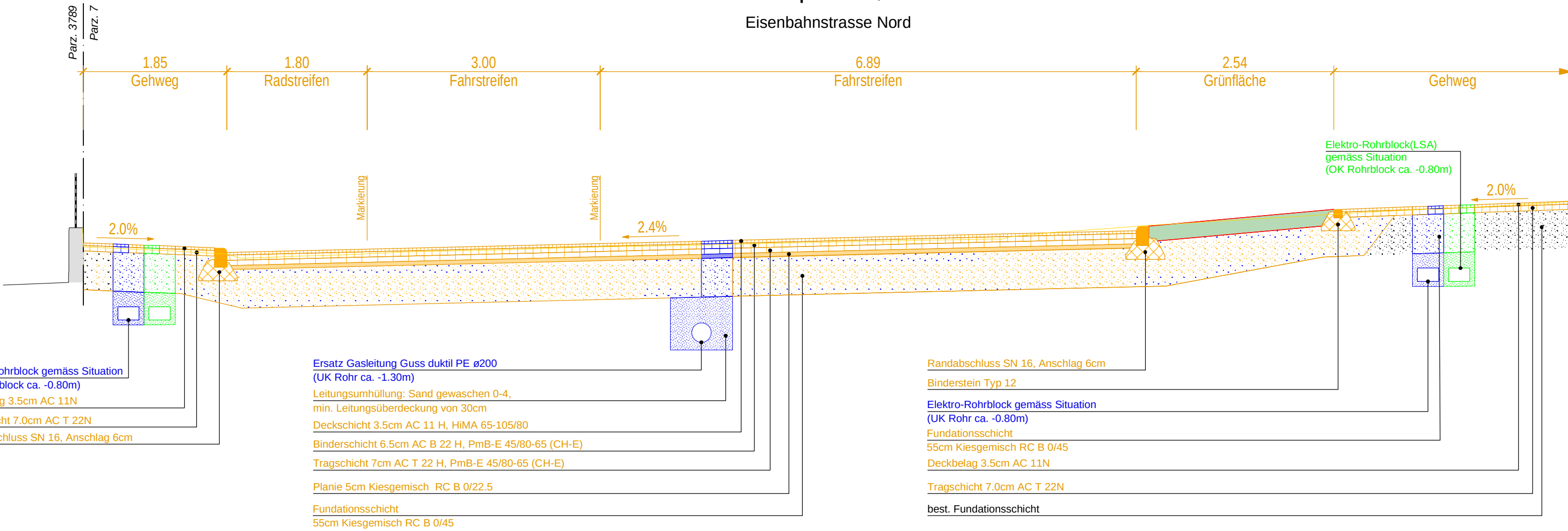
Normalprofil 2, 1:50

Bützbergstrasse



Normalprofil 4, 1:50

Eisenbahnstrasse Nord



Sanierung Bützberg-/Eisenbahnstrasse/Ringstrasse

Kostenteiler 1:1`000

Bauprojekt

Beilage 3
Traktandum Nr. 4
Stadtratssitzung vom 19. Oktober 2026



Weidackerstrasse 1
4900 Langenthal
Tel. 062 923 17 27
info@csing.ch

Kalchhofenstrasse 20/Pf 224
3415 Hasle b.B.
Tel. 034 460 26 26

Wynigenstrasse 2
3400 Burgdorf
Tel. 034 420 25 25
info@csing.ch

Langenthalstrasse 7
4950 Hüttwil
Tel. 062 962 33 26
info@csing.ch

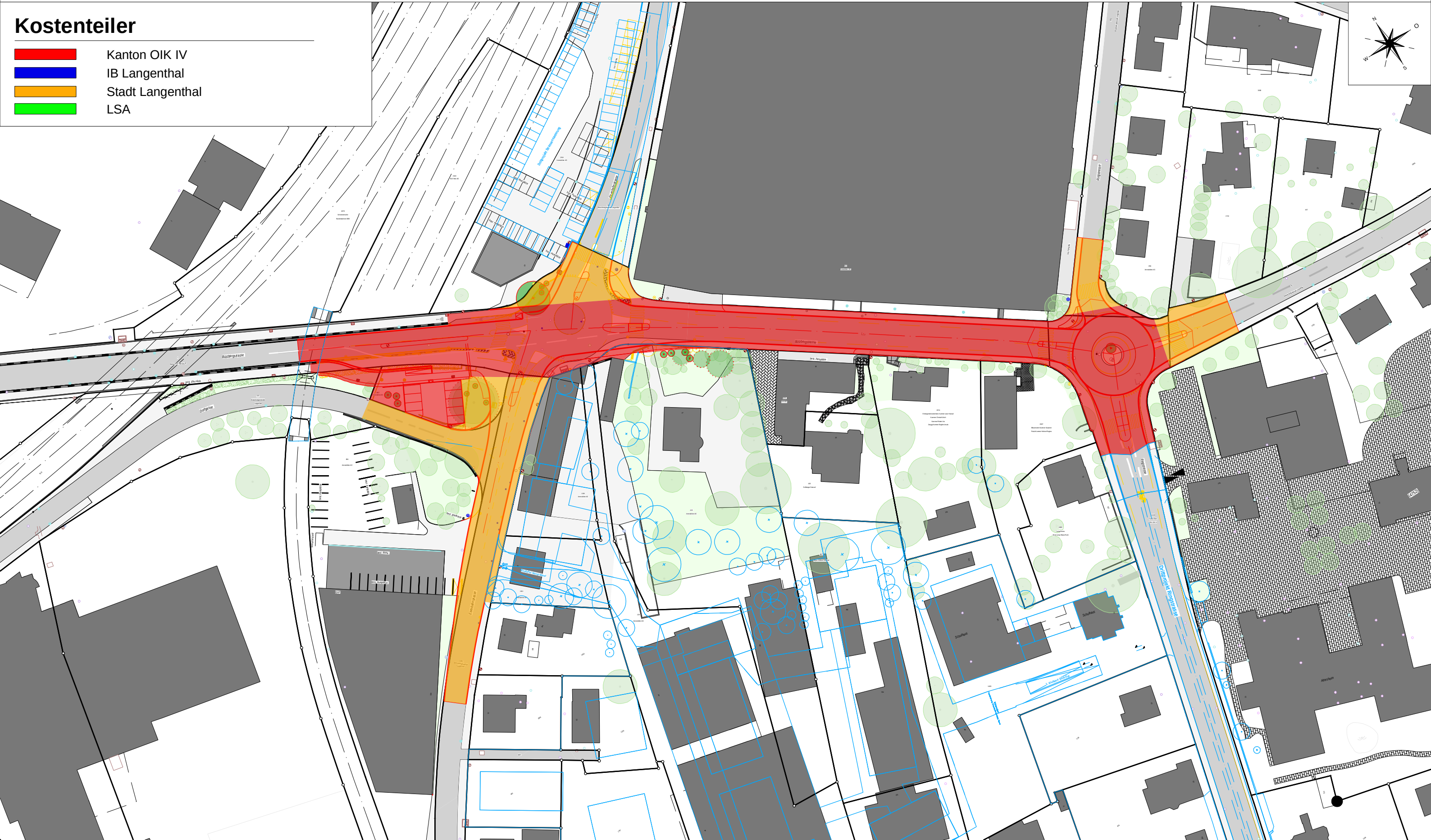
Gezeichnet	KEI	15.08.2025
Geprüft	DBO	15.08.2025
Format	A3	
Plan Nr.	24106	



Tiefbauamt des Kantons Bern OIK IV
Dunantstrasse 13, 3400 Burgdorf
Tel. +41 31 635 53 00
E-Mail: info.tbaoik4@be.ch

Kostenteiler

- Kanton OIK IV
- IB Langenthal
- Stadt Langenthal
- LSA





Genereller Entwässerungsplan (GEP); Ausbau der Abwasseranlagen Abschnitt Eisenbahn-/Wiesenstrasse gemäss GEP-Massnahme Nrn. 70 und 71: Projektgenehmigung und Kreditbewilligung

Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident
Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte

1. Grundlagen

- Bericht und Antrag vom 8. Mai 2026 des Stadtbauamts mit den darin erwähnten Beilagen
- Protokollauszug vom 18. bzw. 25. August 2026 der Bau- und Planungskommission, Trakt. 3
- Protokollauszug vom 18. August 2026 der Umweltschutz- und Energiekommission, Trakt. 3
- Protokollauszug vom 25. August 2026 der Finanzkommission, Trakt. 2
- Beschluss des Gemeinderats vom 9. September 2026, Trakt. 5

2. Inhalt der Vorlage

Der Inhalt der Vorlage ergibt sich aus dem Bericht und Antrag des Stadtbauamts vom 8. Mai 2026 (= Beilage 1) und dem Bericht Bauprojekt der Firma Scheidegger AG vom 31. März 2026 (= Beilage 2, inkl. Planbeilagen und Anhang). Es wird auf diese Dokumente, die übrigen Vorakten, die nachfolgenden Hinweise und die mündlichen Ausführungen des zuständigen Mitglieds des Gemeinderats verwiesen.

3. Vorberatende Behörden

- Die **Bau- und Planungskommission**, die **Umweltschutz- und Energiekommission** sowie die **Finanzkommission** behandelten die Vorlage am 18. bzw. 25. August 2026 und verabschiedeten sie ohne Anträge und somit unverändert.
- Der **Gemeinderat** verabschiedete die Vorlage an seiner Sitzung vom 9. September 2026 ebenfalls unverändert zu Händen des Stadtrats.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragen wir Ihnen Zustimmung zu folgendem:

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 2 Ziff. 6 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 9. September 2026, beschliesst:

- 1. Das Bauprojekt Ausbau der Abwasseranlagen, Abschnitt Eisenbahn- / Wiesenstrasse, GEP-Massnahmen Nr. 70 und 71, wird genehmigt.**
- 2. Der für die Projektumsetzung erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 1'500'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3400.5032.16 "Ausbau Abwasseranlagen Eisenbahn- / Wiesenstrasse, gemäss GEP-Massnahmen Nr. 70 und 71", bewilligt.**
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Berichterstattung: Vizestadtpräsident Michael Schär, Ressortvorsteher Ver- und Entsorgung, Energie, Umweltschutz und Tiefbau



Gemeinderat

Stadtratssitzung vom 19. Oktober 2026

Langenthal, 9. September 2026

IM NAMEN DES GEMEINDERATS

Der Vizestadtpräsident:

Michael Schär

Der Stadtschreiber:

Marc Häusler

- Beilage 1: Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 8. Mai 2026
- Beilage 2: Bericht Bauprojekt der Firma Scheidegger AG vom 31. März 2026 (inkl. Planbeilagen und Anhang)



Genereller Entwässerungsplan; Ausbau der Abwasseranlagen Eisenbahn- / Wiesenstrasse gemäss GEP-Massnahme Nr. 70 und 71; Genehmigung des Bauprojektes; Bewilligung eines Verpflichtungskredites; Verabschiedung zu Händen des Stadtrates; Zustimmung; Auftragserteilung

Datum: 8. Mai 2026
Zuständig: Marco Bartolomé, Beatrice Ringgenberg
Verteiler: Bau- und Planungskommission, Umweltschutz- und Energiekommission, Finanzkommission, Gemeinderat, Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

1	Das Wichtigste in Kürze	3
2	Grundlagen	3
3	Ausgangslage und Handlungsbedarf	3
4	Das Projekt Ersatz Abwasseranlagen GEP Massnahme Nr. 70	5
4.1	Leitungsabschnitt KS 8704 (neu KS 8706) – KS 8024 (neu BW 8700)	5
4.2	Vorbereitung Leitungsabschnitt KS 8024 (neu BW 8700) – KS 8606 (GEP Massnahme Nr. 71)	7
5	Projektorganisation	7
6	Methodik/Vorgehen	7
7	Vor- und Nachteile verschiedener Varianten	8
8	Ergebnis	8
9	Konsequenzen bei Ablehnung	8
10	Auswirkungen auf die Verwaltung (Personalbestand, Infrastruktur, Organisation)	8
11	Finanzielle Auswirkungen	8
11.1	Angaben zur Aktivierung und Abschreibung einer Investition	8
11.2	Finanzierungsnachweis	9
12	Stellungnahme Dritter	9
13	Mitberichte aus der Verwaltung	9
14	Terminprogramm zur Realisierung	9
15	Kommunikation	9
16	Zuständigkeiten zum Beschluss	9
17	Beschlussentwurf	10

1 Das Wichtigste in Kürze

Im Rahmen des Generellen Entwässerungsplanes (GEP 2010) wurden konzeptionelle Anpassungen mit Massnahmen in der Richtplanung verankert. Der bewilligte Massnahmenplan ist behördenverbindlich und die Massnahmen sind entsprechend fristgerecht umzusetzen.

Im Knotenbereich Eisenbahn- und Bützbergstrasse sowie in der Wiesenstrasse (Umgebung Areal Ammann AG) ist ein Ausbau der Abwasserleitung vorgesehen. Die Massnahme Nr. 70 (rote Leitung in Abbildung 1) bezweckt eine Vergrösserung der über 100-jährigen Kanalisationsleitung ab Schacht Nr. 8704 in der Bützbergstrasse bis zum Schacht Nr. 8700 in der Eisenbahnstrasse, welche gemäss hydraulischen Berechnungen im IST-Zustand überlastet ist. Ebenfalls aufgrund der Kapazitätsüberlastung soll mit der Massnahme Nr. 71 (grüne Leitung in Abbildung 1) die auch mindestens 100-jährige Leitung des Zuflusses ab Wiesenstrasse zum Schacht Nr. 8600 in der Eisenbahnstrasse vergrössert werden. Es ist angedacht, den Ausbau der Abwasserleitungen vor oder zeitgleich mit der Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse - Ringstrasse des Kantons zu realisieren.

Dem Gemeinderat wird zuhanden des Stadtrats die Projektgenehmigung und die Bewilligung eines Verpflichtungskredits in der Höhe von Fr. 1'500'000.00 für den Ausbau der Abwasseranlagen Eisenbahn- / Wiesenstrasse, beantragt.

2 Grundlagen

- Genereller Entwässerungsplan (GEP) der Stadt Langenthal; Genehmigung durch das Amt für Wasser und Abfall (AWA) vom 18. August 2011
- Aktualisierter GEP-Massnahmenplan vom 13. Januar 2026
- Bewilligter Finanzplan 2026 - 2030 vom 2. Juli 2025
- Gemeinderatsbeschluss vom 3. April 2024, Traktandum 3

3 Ausgangslage und Handlungsbedarf

Im Rahmen des Generellen Entwässerungsplanes (GEP 2010) wurden mit dem Entwässerungskonzept die hydraulischen Abflussverhältnisse auf den Vollausbau der heutigen Ortsplanung ausgelegt und konzeptionelle Anpassungen mit Massnahmen in der Richtplanung verankert. Dafür liegt ein Massnahmenplan vor, der die notwendigen Schritte für einen leistungsfähigen, sicheren und wirtschaftlichen Betrieb der Abwasseranlagen sicherstellt. Aufgrund der Behördenverbindlichkeit des GEP sind die notwendigen Massnahmen termingerecht umzusetzen.

Für die Kapazitätserweiterung ist gemäss GEP im Bereich Eisenbahn- und Bützbergstrasse sowie in der Wiesenstrasse (Umgebung Areal Ammann AG) ein Ausbau der Abwasserleitung vorgesehen. Die Massnahme Nr. 70 (rote Leitung in Abbildung 1) bezweckt eine Vergrösserung der über 100-jährigen Kanalisationsleitung ab Schacht Nr. 8704 in der Bützbergstrasse bis zum Schacht Nr. 8700 in der Eisenbahnstrasse. Dieser Abschnitt ist gemäss hydraulischen Berechnungen im IST-Zustand überlastet. Ebenfalls aufgrund der Kapazitätsüberlastung soll mit der Massnahme Nr. 71 (grüne Leitung in Abbildung 1) die auch mindestens 100-jährige Leitung des Zuflusses ab Wiesenstrasse bis zum Schacht Nr. 8600 in der Eisenbahnstrasse vergrössert werden. Mit diesem Bericht und Antrag wird nur ein Teilabschnitt der GEP Massnahme Nr. 71 im Bereich des geplanten Agglomerationsprojekts in der Eisenbahnstrasse beantragt. Die restliche GEP Massnahme Nr. 71 in der Wiesenstrasse ist im Jahr 2035 angedacht (siehe Abbildung 2).

Es ist vorgesehen, den Ausbau der Abwasserleitung vor oder zeitgleich mit der Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse - Ringstrasse des Kantons zu realisieren.

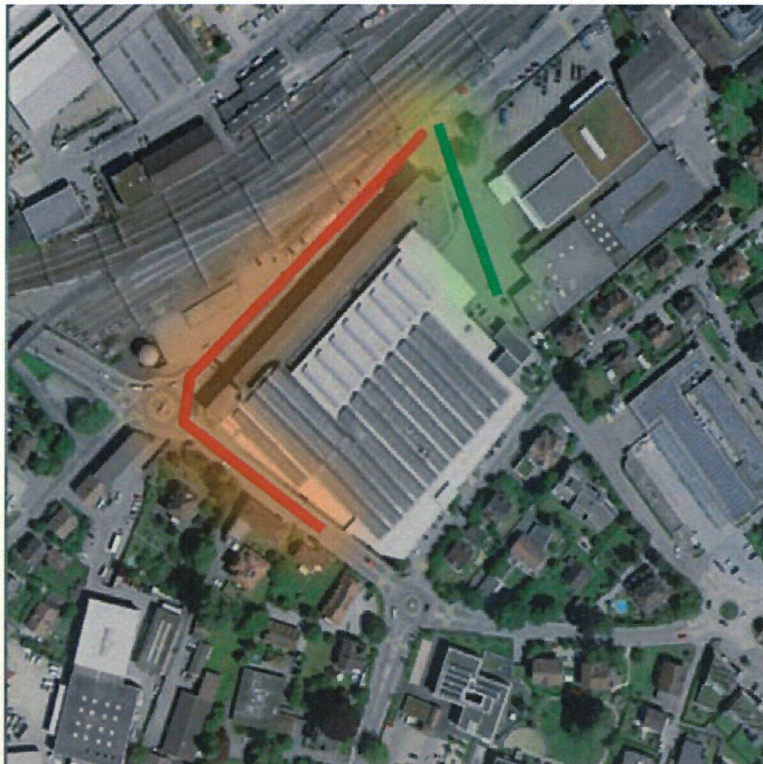


Abbildung 1: Projektperimeter GEP-Massnahmen Nr. 70 (rote Leitung) und 71 (grüne Leitung)

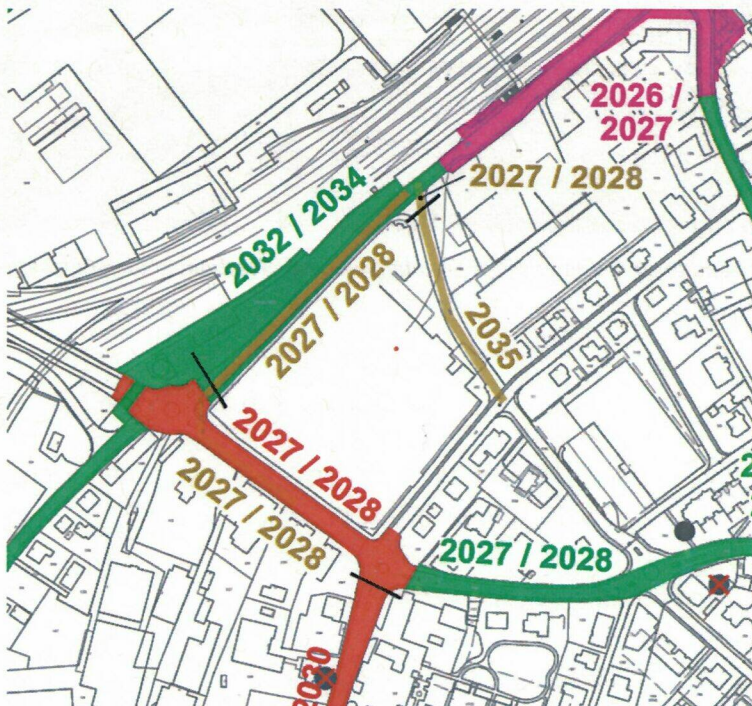


Abbildung 2: Ausschnitt Übersichtsplan Baustellen Stadt Langenthal, braun: GEP-Massnahmen

Dem Gemeinderat wird zuhanden des Stadtrats die Projektgenehmigung und die Bewilligung eines Verpflichtungskredits in der Höhe von Fr. 1'500'000.00 für den Ausbau der Abwasseranlagen Eisenbahn- / Wiesenstrasse, beantragt.

4 Das Projekt Ersatz Abwasseranlagen GEP Massnahme Nr. 70

4.1 Leitungsabschnitt KS 8704 (neu KS 8706) – KS 8024 (neu BW 8700)

Der Ersatz der bestehenden Leitungsanlage DN 300 mm in der Bützbergstrasse resp. 400 mm in der Eisenbahnstrasse werden mit DN 500 mm resp. 600 mm auf einer Länge von ca. 250 m ersetzt. Die neue Lage definiert sich aufgrund der Koordination mit den anderen bestehenden und geplanten Werkleitungen. Die neue Leitung wird im offenen, gespriessten Graben erstellt. Infolge der neuen Leitungslage, dem vergrösserten Leitungsquerschnitt und den hydraulischen Abflussverhältnissen ist die Anpassung von KS 8024 aus mit einem neuen Ortsbetonbauwerk erforderlich.

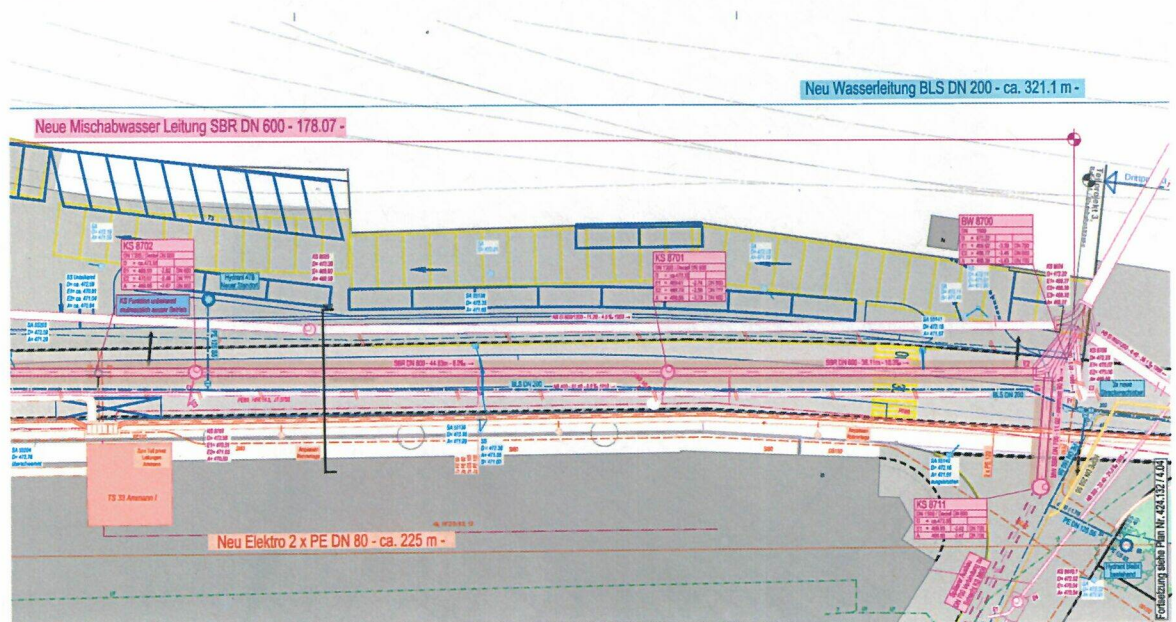


Abbildung 3: Ausschnitt Situationsplan Bauprojekt: Eisenbahnstrasse, Abschnitt Knoten Bützberg- / Wiesenstrasse

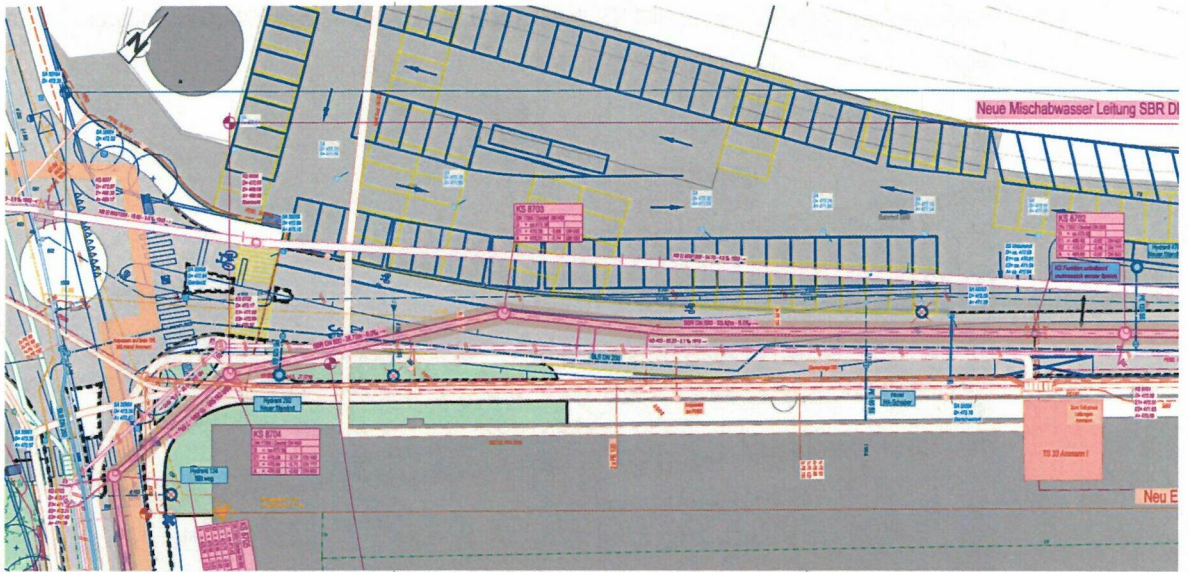


Abbildung 4: Ausschnitt Situationsplan Bauprojekt: Eisenbahnstrasse, Abschnitt Knoten Bützberg- / Wiesenstrasse

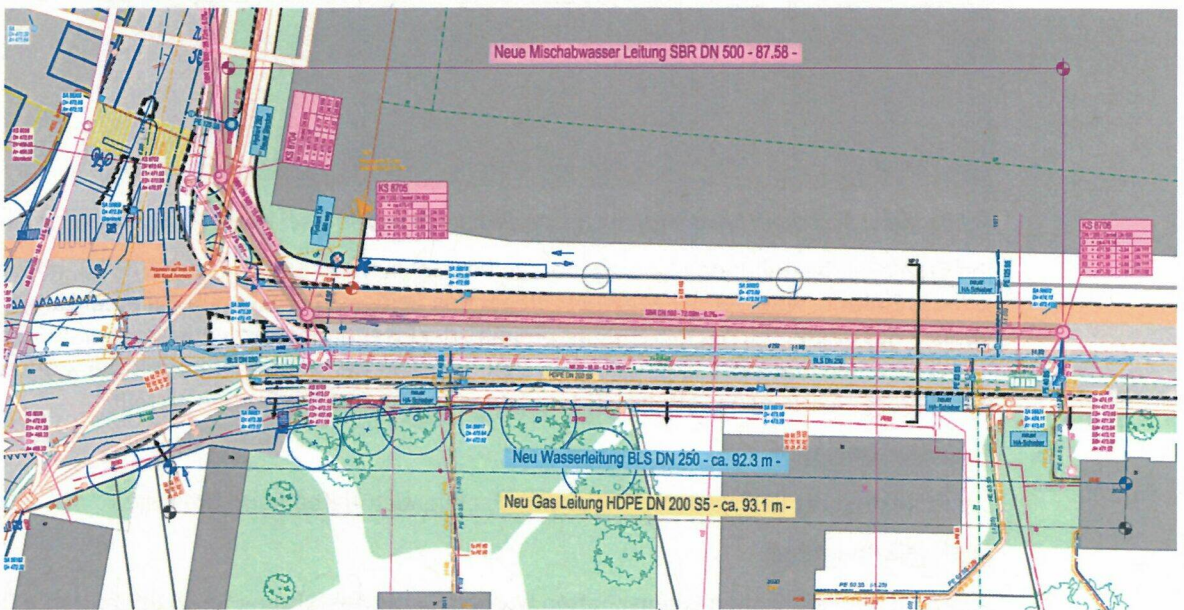


Abbildung 5: Ausschnitt Situationsplan Bauprojekt: Bützbergstrasse: Knoten Eisenbahn- / Ringstrasse

4.2 Vorbereitung Leitungsabschnitt KS 8024 (neu BW 8700) – KS 8606 (GEP Massnahme Nr. 71)

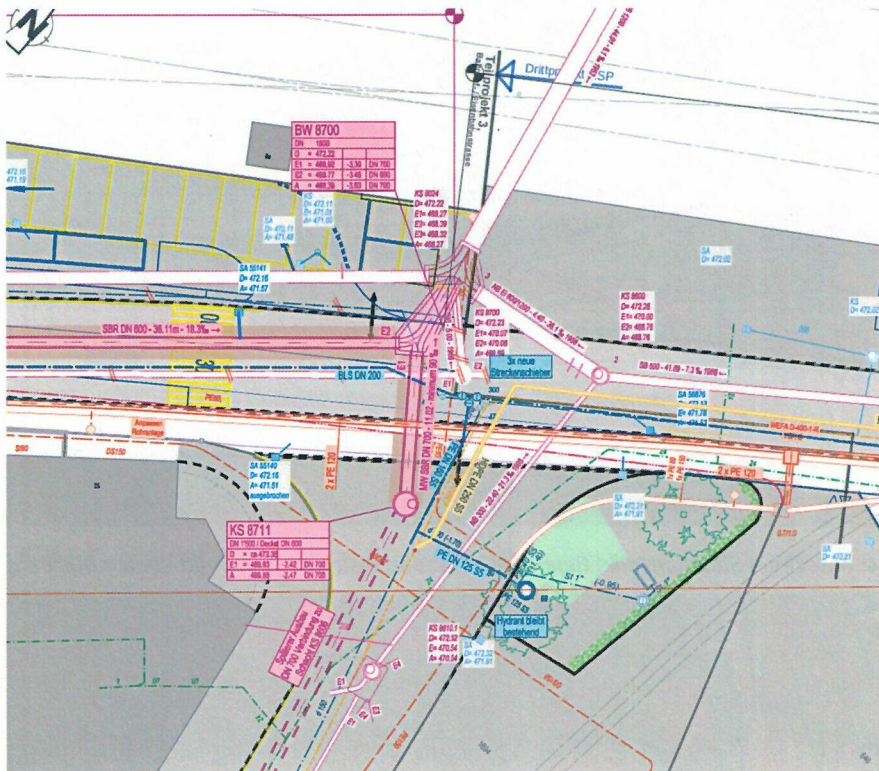


Abbildung 6: Ausschnitt Situationsplan Bauprojekt: Eisenbahnstrasse: Wiesen- / Eisenbahnstrasse 11

Der Ersatz der bestehenden Leitungsanlage DN 300 mm von KS 8600 zu KS 8606, mit heutiger Lage östlich der Einfahrt, wird auf der gegenüberliegenden Seite mit DN 700 mm auf einer Länge von ca. 11 m, im Bereich des geplanten Agglomerationsprojekts der Eisenbahnstrasse das im Jahr 2032 bis 2034 geplant ist, vorbereitet. Die neue Lage definiert sich aufgrund der Koordination mit den anderen bestehenden Werkleitungen. Die neue Leitung wird im offenen, gespriessten Graben erstellt.

5 Projektorganisation

Die Projektleitung liegt beim Stadtbauamt, Fachbereich Tiefbau und Umwelt.

6 Methodik/Vorgehen

Aufgrund ihrer statischen Eigenschaften werden für die Ausführung Spezialbetonrohre DN 500 resp. 600 und 700 mm verwendet.

Die neuen zu verlegenden Abwasserleitungen und Anschlüsse werden in einem gespriessten U-Graben verlegt. Gemäss Berechnung können die bewehrten Spezialbetonrohre mit Beton und Betonkies umhüllt werden. Der Graben wird ab Rohrumhüllung bis Unterkante Koffer mit Kiessand 2. Klasse oder wiederverwendbarem Aushubmaterial aufgefüllt. Eventuell kann ein Flüssigboden (Ecosoil) für die Auffüllung bis Unterkante Koffer verwendet werden. Für die Auffüllung bis Oberkante Terrain wird ein Koffermaterial Kiessand 0/32 mm verwendet.

Neue Kontrollschächte werden aus Fertigelementen in DN 1200 resp. 1500 mm mit Konus DN 600 mm ausgeführt. Es werden die Standard-Gussabdeckungen der Stadt Langenthal der Gewichtsklasse D400 verwendet.

7 Vor- und Nachteile verschiedener Varianten

Keine Bemerkung

8 Ergebnis

Dem Gemeinderat wird zuhanden des Stadtrates beantragt, dem Bauprojekt Ausbau Abwasseranlagen Eisenbahn- / Wiesenstrasse, gemäss GEP-Massnahmen Nr. 70 und 71, zuzustimmen und den für die Projektumsetzung erforderlichen Kredit von gesamthaft Fr. 1'500'000.00 (inklusive MWST) zu bewilligen.

9 Konsequenzen bei Ablehnung

Bei einer Ablehnung des Antrages können die erforderlichen GEP-Massnahmen, welche behördenverbindlich verankert sind, nicht umgesetzt werden.

Ebenso hätte dies einen negativen Einfluss auf die Realisierung der Sanierung Knoten Bützberg- / Eisenbahnstrasse - Ringstrasse des Kantons, die für das Jahre 2027 / 2028 geplant ist.

10 Auswirkungen auf die Verwaltung (Personalbestand, Infrastruktur, Organisation)

Die Projektbearbeitung erfolgt im Rahmen der ordentlichen Verwaltungstätigkeit.

11 Finanzielle Auswirkungen

Gemäss Kostenvoranschlag des Ingenieurbüros Scheidegger AG (Kostengenauigkeit +/- 10 %) vom 31. März 2026 setzen sich die Kosten für die Abwasseranlagen wie folgt zusammen:

	Fr.
Baumeisterarbeiten	1'114'000.00
Honorare Planer (Bauingenieur / Geologe)	129'000.00
Diverse Nebenarbeiten	108'500.00
Total exklusive MWST	1'351'500.00
MWST 8.1% (gerundet)	109'500.00
Total inklusive MWST	1'461'000.00
Reserve	39'000.00
Total Kreditbegehren (inklusive MWST)	1'500'000.00

11.1 Angaben zur Aktivierung und Abschreibung einer Investition

Planungskredit: ☐

Ausführungskredit: ☒

Voraussichtliche Ausführung der Investition: 2027 / 2028

Jahr der Investition (Realisation)	Investitionsbetrag	Nutzungsdauer	Abschreibungssatz
2027 / 2028	1'500'000.00	80 Jahre	1.25 %

11.2 Finanzierungsnachweis

Im vom Gemeinderat am 2. Juli 2025 genehmigten Investitionsplan 2026 - 2030 Pos. 8.22 "Eisenbahnstrasse, Vergrösserung Mischwasserleitung, gemäss GEP", ist ein Betrag von Fr. 1'600'000.00, Fr. 1'000'000.00 im Jahr 2026 und Fr. 600'000.00 im Jahr 2027 vorgesehen. Gemäss Bericht und Antrag kann mit der Realisierung im Jahr 2027 begonnen werden. Die Bauzeit dauert circa 12 - 14 Monate (2027 - 2028).

Die zur Finanzierung dieser Projekte erforderlichen Mittel werden durch eigene Mittel und im Zusammenspiel mit anderen anstehenden Investitionsvorhaben durch Fremdmittelaufnahme sichergestellt.

Die Tragbarkeit für die gesamte Investition ist im Finanz- und Investitionsplan 2026 - 2030 nachgewiesen. Die beantragten Investitionskosten werden zeitverschoben gegenüber dem Finanzplan 2026 - 2030 realisiert.

Die vorgesehene Investition ist spezialfinanziert und belastet den steuerfinanzierten Haushalt nicht, jedoch die gebührenfinanzierte Rechnung "Abwasserentsorgung".

12 Stellungnahme Dritter

Die IB Langenthal AG, der Gemeindeverband Wasserversorgung untere Langete (WUL) und die Swisscom AG wurden durch das Ingenieurbüro Scheidegger AG über das Bauvorhaben der Stadt informiert. Gemäss den vorliegenden Rückmeldungen besteht ein Bedarf für den Werkleitungsausbau der IB Langenthal AG in diesem Perimeter. Die Arbeiten werden bei der Ausführung koordiniert, um Synergien nutzen zu können. Der WUL sowie die Swisscom AG haben keinen Bedarf am Ausbau ihrer Werkleitungen angemeldet.

13 Mitberichte aus der Verwaltung

Keine Bemerkung

14 Terminprogramm zur Realisierung

Nach der Projektgenehmigung und der Kreditbewilligung kann eine Submission im offenen Verfahren durchgeführt werden. Nach der Arbeitsvergabe soll mit der Realisierung im Jahr 2027 begonnen werden. Die Bauzeit wird nach heutigem Wissensstand 12 bis 14 Monate in Anspruch nehmen.

15 Kommunikation

Der Informationsfluss erfolgt im Rahmen der üblichen Baustellenorganisation (Informationsschreiben mit Plan an die betroffenen Anliegenden). Bei Verkehrsbehinderungen, welche länger als eine Woche andauern, erfolgt eine Publikation im Anzeiger.

16 Zuständigkeiten zum Beschluss

Gemäss Art. 61 Abs. 2 Ziff. 6 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 beschliesst der Stadtrat in endgültiger Zuständigkeit über Ausgaben im Zusammenhang mit der Erstellung und dem Unterhalt der Anlagen der Basis- und Detailerschliessung über Fr. 1'000'000.00 bis Fr. 2'000'000.00. Die im vorliegenden Fall zu bewilligenden finanziellen Mittel betragen insgesamt Fr. 1'500'000.00 und liegen somit innerhalb der genannten Spannweite. Für den vorliegenden Beschluss ist demnach der Stadtrat endgültig, das heisst ohne Vorbehalt des fakultativen Referendums, zuständig.



17 Beschlussentwurf

Gestützt auf diese Ausführung beantragen wir Ihnen Zustimmung zu folgendem

Beschlussentwurf:

- 1. Der Gemeinderat, gestützt auf Art. 67 Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des Berichtes und Antrages des Stadtbauamts vom 8. Mai 2026, beantragt dem Stadtrat Zustimmung zu folgendem Beschluss:**

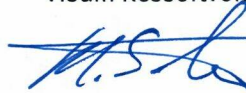
Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 2 Ziff. 6 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom, beschliesst:

- 1. Das Bauprojekt Ausbau der Abwasseranlagen, Abschnitt Eisenbahn- / Wiesenstrasse, GEP-Massnahmen Nr. 70 und 71, wird genehmigt.*
- 2. Der für die Projektumsetzung erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 1'500'000.00 (inklusive MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3400.5032.16 "Ausbau Abwasseranlagen Eisenbahn- / Wiesenstrasse, gemäss GEP-Massnahmen Nr. 70 und 71", bewilligt.*
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.*

- 2. Die Stadtkanzlei wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**


Volker Wenning-Künne
Stadtbaumeister

Visum Ressortvorsteher:


Michael Schär

Hinweis: Anwesenheit Amtsvorsteher/in bei Beratung gewünscht

☐ ja

☒ nein

Beilagen

1. Bauprojekt mit Kostenvoranschlag (Projektdossier) der Firma Scheidegger AG, Bauingenieure & Planer, vom 31. März 2026
2. Aktualisierter GEP-Massnahmenplan vom 13. Januar 2026
3. Finanzierungsnachweis vom 12. Mai 2026

BERICHT BAUPROJEKT



Stadt Langenthal / IB Langenthal AG

GEP M 70/71: Ausbau Eisenbahnstr. - Wiesenstr./ Erneuerung Versorgungswerke

Abwasserentsorgung und Versorgungswerke mit Instandstellung Strassenoberbau

31. März 2026



Bericht Bauprojekt
Stadt Langenthal / IB Langenthal AG
GEP Massnahmen 70/71: Ausbau Eisenbahnstrasse-Wiesenstrasse
Projekt-Nr. 424.132

Auftraggeber

Stadt Langenthal / IB Langenthal AG

Auftrag

GEP Massnahmen 70/71: Ausbau Eisenbahnstrasse-Wiesenstrasse

Dokument

Bericht Bauprojekt

Datei

Projektbericht - Bauprojekt Eisenbahnstrasse (ID 6246573)

Sachbearbeiter

Selina Wittwer

Projektleiter (Visum)

Selina Wittwer

Verteiler

Stadt Langenthal (1x)

IB Langenthal AG (1x)

Scheidegger AG (1x)

Erstelldatum

31. März 2026

Version/Druckdatum

1.0 / 12.04.2026 16:03:00

Inhaltsverzeichnis

1. Ausgangslage und Zielsetzung	1
1.1 Allgemeines	1
1.2 Projektperimeter und Abgrenzungen	1
1.3 Auftrag und Projektziele	2
2. Grundlagen	3
2.1 Gesetzliche Grundlagen	3
2.2 Technische Grundlagen	3
2.3 Randbedingungen	4
3. Abwasseranlagen	7
3.1 Vorgaben Generelle Entwässerungsplanung	7
3.2 GEP-Hydraulik	8
3.3 Projektierte Massnahmen	9
3.4 Bauausführung	9
4. Wasserversorgung	11
4.1 Ausgangslage und Projektdefinition	11
4.2 Bauausführung	11
4.3 Armaturen, Formstücke und Hydranten	11
5. Gasversorgung	13
5.1 Ausgangslage und Projektdefinition	13
5.2 Bauausführung	13
6. Elektrizitätsversorgung	14
6.1 Ausgangslage und Projektdefinition	14
6.2 Bauvorhaben	14
7. Instandstellung Strassenkörper	15
8. Allgemeine Projektdefinitionen	17
8.1 Bauinstallationsflächen	17
8.2 Verkehrsführung während Baurealisierung	17
8.3 Projektrisiken	20
9. Projektkosten	21
9.1 Abgrenzungen	21
9.2 Kostenaufteilungen Gesamtanlage	21
9.3 Kostengliederung	21
9.4 Projektkosten	22



Bericht Bauprojekt
Stadt Langenthal / IB Langenthal AG
GEP Massnahmen 70/71: Ausbau Eisenbahnstrasse-Wiesenstrasse
Projekt-Nr. 424.132

Anhang

Kostenvoranschlag Bauprojekt

Planbeilagen

- 424.131 / 4.01 Übersicht 1:500
- 424.131 / 4.02 Situation Bützbergstrasse: Knoten Eisenbahnstrasse - Ringstrasse 1:200
- 424.131 / 4.03 Situation Eisenbahnstrasse: Knoten Bützbergstrasse - Wiesenstrasse 1:200
- 424.131 / 4.04 Situation Eisenbahnstrasse: Wiesenstrasse - Eisenbahnstrasse 11 1:200
- 424.131 / 4.05 Längenprofil 1:200/20
- 424.131 / 4.06 Normalprofil 1:50

1. Ausgangslage und Zielsetzung

1.1 Allgemeines

Aufgrund der ab dem Jahre 2027/2028 geplante Erneuerung der kantonalen Bützbergstrasse ab Kreisel Eisenbahnstrasse durch das Tiefbauamt des Kantons Bern und des Agglomerationsprogramm 3. Generation (AP3) geplanten Sanierungs- und Umbaumaassnahmen an der Eisenbahnstrasse in den Jahren 2032/2034 soll der Handlungsbedarf in diesem Bereich durch die Stadt Langenthal im Rahmen für die Ersatzmassnahmen an der Abwasseranlage planungsmässig und koordinativ vorbereitet werden.

Im Zuge dieser Bauarbeiten beabsichtigt die IB Langenthal AG ihre Versorgungswerke Wasser, Gas und Elektrizität ebenfalls zu ersetzen resp. auszubauen.

Zur Umsetzung der Sanierungs- und Erneuerungsmassnahmen der verschiedener Anlageeigentümer soll das vorliegende Projekt die gesamteinheitliche und koordinierte Betrachtung ermöglichen.

1.2 Projektperimeter und Abgrenzungen

Der Projektperimeter umfasst das Gebiet des Strassenzuges Eisenbahnstrasse ab Einmündung Bützbergstrasse bis etwa zur Eisenbahnstrasse 11. Den Strassenzug Bützbergstrasse ab Einmündung Eisenbahnstrasse bis Einmündung Ringstrasse. Der Strassenzug Wiesenstrasse bis Einmündung Ringstrasse wird im Jahre 2032 zum Zuge kommen. In diesem Projekt wird der Anschluss in die Wiesenstrasse vorbereitet.

Nachfolgende Auflistung beinhaltet alle bisher bekannten Massnahmen der Stadt Langenthal und der IB Langenthal AG sowie bis dato bekannte, mögliche Anlagen privater Eigentümer.

Auftraggeber: Stadt Langenthal

Abwasserentsorgung

- Ersatz- oder Neubaumaassnahmen der Abwasserentsorgung gemäss GEP-Massnahmenplan.

Auftraggeber: IB Langenthal AG

Wasserversorgung

- Ersatz Hydrantenzuleitung vom Hydrant Nr. 68
- Ersatz Hydrantenzuleitung und Hydrant Nr. 478 und 292
- Ersatz Wasserleitungen GD DN 200 aus dem Jahre 1973 und 1966 Eisenbahnstrasse
- Ersatz Wasserleitungen GD DN 250 aus dem Jahre 1973 Bützbergstrasse

Gasversorgung

- Ersatz Gasleitungen GD DN 200 aus dem Jahre 1970 Eisenbahnstrasse
- Ersatz Gasleitungen GD DN 150 aus dem Jahre 1966 Bützbergstrasse

Elektrizitätsversorgung

- Ergänzung der bestehenden Elektroversorgung in der Eisenbahnstrasse

Fernwärmeversorgung

- Koordinative Integration der späteren Lage für die Fernwärmeleitungen

1.3 Auftrag und Projektziele

Damit für den geplanten Ausbau der Eisenbahn- resp. Bützbergstrasse mit Umgestaltung der Verkehrsanlage die mögliche Lage der auszubauenden Abwasserleitung in Koordination mit den weiteren Versorgungswerken der IB Langenthal AG vorliegt, sollen die Phase Bauprojekt die Randbedingungen für die vertikale und horizontale Leitungsführung (Verbesserung Anschlussknoten, Lage in Eisenbahn- resp. Bützbergstrasse) ermittelt werden.

Mit dem Bauprojekt liegt ein technisches Konzept vor, welches die Umsetzung der GEP-Massnahmen 70 und 71 gewährleistet sowie die geplante Linienführung definiert. Zudem sollen allfällig sinnvolle Synergie zum gleichzeitigen Ausbau im Teilbereich Eisenbahn-/Bützbergstrasse im Zusammenhang mit dem Ausbau der Verkehrs- und Werkanlagen aufgezeigt und mittels Kostenvoranschlags in diesem Teilabschnitt unterlegt werden.

Die Kostenfolge der beteiligten Werke mit deren Anteilen werden auf eine Genauigkeit von $\pm 10\%$ verdichtet und die Bauvorhaben der Projektphase entsprechend visualisiert.

Auf dieser Basis können die Kreditgenehmigungen der Stadt Langenthal sowie der IB Langenthal AG und die koordinierte Terminierung für die Realisierung erfolgen.

2. Grundlagen

2.1 Gesetzliche Grundlagen

- Kantonales Baugesetz (BauG) vom 9. Juni 1985
- Kantonales Gewässerschutzgesetz (KGSchG) vom 11. November 1996
- Kantonale Gewässerschutzverordnung (KGV) vom 24. März 1999
- Kantonales Wasserversorgungsgesetz (WVG) vom 11. November 1996
- Kantonale Wasserversorgungsverordnung (WVV) vom 17. Oktober 2001
- Kantonale Wasserbauverordnung (WBV) vom 15. November 1989
- Kantonales Waldgesetz (KWaG) vom 5. Mai 1997
- Kantonale Waldverordnung (KWaV) vom 29. Oktober 1997
- Kantonale Energieverordnung (KE nV) vom 26. Oktober 2011
- Kantonales Strassenverkehrsgesetz (KSVG) vom 27. März 2006

2.2 Technische Grundlagen

- Genereller Entwässerungsplan GEP: Massnahmenplan (Scheidegger AG / Holinger AG)
- GEP-Massnahmenliste revidiert durch Stadtbauamt.
- Auszug aus dem Kanalisationskataster der Stadt Langenthal
- Pläne und Unterlagen Sanierung Knoten Bützberg-/Eisenbahnstrasse - Ringstrasse (c+s ingenieure AG) vom 22.08.2025
- Entwurf Situation Verkehrslösung Langenthal, Teilprojekt 3, Bahnhof-/ Eisenbahnstrasse (M+P Ingenieure AG) vom 03.07.2025
- Projektdefinitionen Massnahmen Werke anhand Plänen der IB Langenthal AG vom 18.12.2025

Bestandesdaten

- Ausführungs- und Katasterpläne Abwasseranlagen der Stadt Langenthal
- Bestandspläne der IBL für Wasser, Gas, Elektrizität, BKA sowie der Swisscom für Telekommunikation
- Schachtprotokolle GEP Langenthal (Frühjahr 2006) mit aktuellen Ergänzungen durch Feldaufnahmen
- Kanalfernsehaufnahmen der Landolt Kanaltechnik AG (Januar 2008 im Rahmen GEP-Erarbeitung und August 2021)
- Kanalfernsehaufnahmen der Landolt Kanaltechnik AG (April 2025)
- Topographische Feldaufnahmen mit Systemverifikation (Scheidegger AG, Juni 2025)

Geodienste

- Kataster der belasteten Standorte des Kantons Bern (Auszug Geoportal vom August 2025)
- Hinweiskarte Kulturland (Auszug Geoportal vom August 2025)
- Grundwasserkarte (Auszug Geoportal vom August 2025)
- Gewässerschutzkarte (Auszug Geoportal vom August 2025)
- Bodenkarte (Auszug Geoportal vom August 2025)
- Karte Archäologisches Inventar (Auszug Geoportal vom August 2025)

Normen und Richtlinien

- SIA Norm 205 "Verlegung von unterirdischen Leitungen - Räumliche Koordination" (Ausgabe 2003)
- SIA Norm 190 "Kanalisation" (Ausgabe 2017)
- Normen und Richtlinien des VSS (Vereinigung der Schweizer Strassenfachleute)
- Normen und Richtlinien des VSA (Verband für Abwasser- und Gewässerschutzfachleute)

- Mineralische Recycling-Baustoffe; Verwendungsempfehlung für den Kanton Bern (Bau- Verkehrs- und Energiedirektion des Kanton Bern), 1. Auflage vom August 2014
- "Sicheres Verhalten bei Grabenarbeiten" (Beratungsstelle für Arbeitssicherheit)

2.3 Randbedingungen

Für die Projektierung und Kostenermittlung wurden bereits im Vorfeld die folgenden Punkte mittels den Karten des Geoportal Kanton Bern abgeklärt:

Grundwasserschutzzone

Der Perimeter befindet sich im Gewässerschutzbereich *Au*, welcher kein Bereich mit besonders zu ergreifenden Massnahmen zum Schutz für das Grundwasser darstellt. Für einen Bau in diesem Bereich sind keine zusätzlichen Bewilligungen erforderlich.

Grundwasser

Gemäss Grundwasserschutzkarte des Kanton Bern bewegt sich der Grundwasserspiegel im Perimeter im Hauptgebiet auf einer Höhe von 456 m. ü. M bis 461 m. ü. M.

Am Tiefpunkt der projektierten Grabensohlen (mit Aushubkote von ca. 468.40 m.ü.M.) beträgt die Überdeckung des Grundwasserspiegels min. 5.00 m.

Baugrund

Betreffend Aussagen zur Bodenbeschaffenheit im Projektperimeter können nach Hinzuziehen des Geoportals folgende Aussagen gemacht werden. Erfahrungswerte aus nahegelegenen Baustellentätigkeiten und Bohrprofilen zeigen einen Baugrund aus sandigem Kies und in tieferer Lage siltig. Die Überdeckung des Molasse Fels beträgt anhand der Angaben aus der Felsreliefkarte des Geoportals zwischen 20 bis 35 Meter.

Belastete Standorte

Gemäss Auszug aus dem Kataster der belasteten Standorte des Kanton Bern gibt es im Projektperimeter mehrere belastete Betriebsstandorte. Teile des anfallende Aushubmaterial sind somit an bestimmten Entsorgungsrichtlinien gebunden und kann nicht wieder zur Auffüllung eingesetzt werden.



Abbildung 1: Auszug Geoportal des Kantons Bern, Belastete Standorte

Gewässer und Naturgefahren

Im Projektperimeter gibt es kein Gewässer. Gemäss Naturgefahrenkarte des Geoportal Kanton Bern ist keine Gefährdung vorhanden.

Versickerungskarte

Gemäss der Versickerungskarte des Kanton Bern befindet sich der Bereich des Projektperimeters in der kartierten Versickerungszone gut durchlässig / Deckschicht <3 m / Flurabstand > 3 m.

Öffentlicher Verkehr

Auf der Eisenbahnstrasse und Bützbergstrasse verkehrt der öffentliche Verkehr. Betroffen ist die Bus Nr. 51 Langenthal-Melchnau-Grossdietwil, Nr. 52 Herzogenbuchsee-Langenthal-Thunstetten, Nr. 63 Industrie Nord-Bahnhof-Spital und Nr. 64 Schoren-Bahnhof-Lotzwil, Unterdorf. Der Projektperimeter ist somit betroffen.



Abbildung 2: Auszug Geoportal des Kantons Bern, öffentlicher Verkehr

Veloroute

Durch die Eisenbahnstrasse und Bützbergstrasse führt eine Veloroute.

Wanderroute

Durch die Eisenbahnstrasse führt eine Wanderroute.

Versorgungsroute für Ausnahmetransporter

Im Projektperimeter befindet sich keine Versorgungsroute.

Historische Verkehrswege

Durch die Bützbergstrasse führt der historische Verkehrsweg BE611.

Bauinventar

An der Eisenbahnstrasse, Ringstrasse und Bützbergstrasse befinden sich schützenswerte und erhaltungswerte Gebäude.

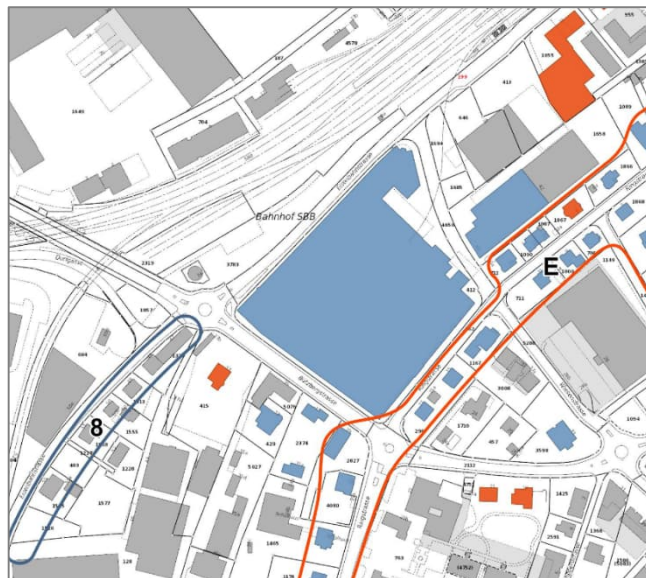


Abbildung 3: Auszug Geoportal des Kantons Bern, Bauinventar

Kantonsstrasse

Die Bützbergstrasse ist eine Kantonsstrasse.

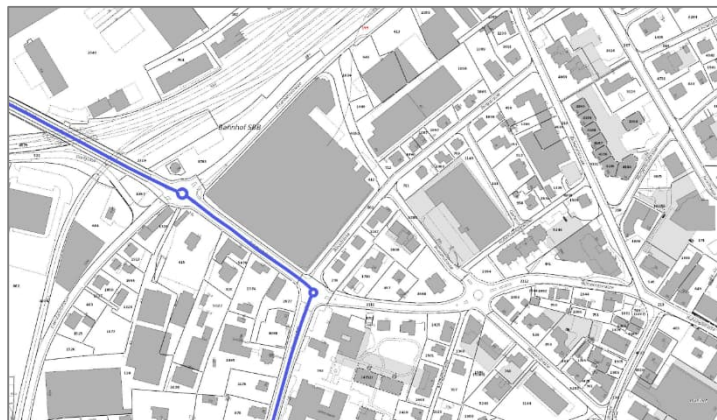


Abbildung 4: Auszug Geoportal des Kantons Bern, Kantonsstrasse

3. Abwasseranlagen

3.1 Vorgaben Generelle Entwässerungsplanung

Mit dem Entwässerungskonzept wurden die hydraulischen Abflussverhältnisse in Langenthal überprüft. Sie wurden unter Berücksichtigung der heutigen Ortsplanung auf Basis des Vollausbau berechnet, d.h. es wurden alle aktuellen Bauzonenflächen (überbaut und noch unbebaut) berücksichtigt.

Grundlage bildeten weiterhin die künftigen Entwässerungsgrundsätze gemäss GEP-Vorgaben (bestmögliche Trennung von Schmutz- und Regenwasser ohne flächendeckenden Umbau von Misch- in Trennsystem, 1. Priorität vollständige Versickerung des anfallenden Regenwassers, Reduktion und Elimination Fremdwasseranfall, Optimierung Entlastungsmöglichkeiten, Leitungsvergrößerungen und -sanierungen, etc.).

Aus diesen Vorgaben wurde aufgrund der hydraulischen Überlastung beim Dimensionierungsregen mit der Jährlichkeit $z = 5$ Jahre die GEP-Massnahme Nr. 70 und 71 (siehe Kapitel 1) definiert.

Für die Kapazitätserweiterungen ist gemäss GEP im Bereich Eisenbahn- und Bützbergstrasse sowie in der Wiesenstrasse (Umgebung Areal Ammann AG) ein Ausbau der Abwasserleitung vorgesehen. Die Massnahme 70 bezweckt eine Vergrößerung der über 100-jährigen Kanalisationsleitungen ab Schacht 8704 (Bützbergstrasse) bis Einmündung Wiesenstrasse (Eisenbahnstrasse Schacht 8700), welche gemäss den hydraulischen Berechnungen im IST-Zustand überlastet ist.

Ebenfalls überlastet und im Bereich der Massnahme 70 liegend soll mit Massnahme 71 die auch min. 100-jährigen Leitungen des Zuflusses ab Wiesenstrasse zum Schacht 8600 resp. 8700 vergrößert werden.

In der Eisenbahnstrasse gibt es heute ein Doppelsystem. Neben der GEP Massnahme hat es eine Kanalisationsleitung aus dem Jahr 1953 mit einem Eiprofil 800/1200. In dieser Phase wurde überprüft, ob eine Zusammenlegung sinnvoll wäre. Das Eiprofil ist heute schon stark ausgelastet. Es wurde im Detail angeschaut, ob der Schacht KS 8702 an den Schacht KS 8026 angehängt werden kann. Das Eiprofil reicht aber für die gesamte Abwassermenge nicht aus. Detaillierte hydraulische Abklärungen ergaben in dieser Phase das durch eine Zusammenlegung ein weit grösserer Durchmesser nämlich DN 1200 erforderlich wäre. Es wird aus Kostengründen die vorgesehene GEP Massnahme ausgeführt und das Doppelsystem beibehalten.

Die Massnahme sieht nun den Ausbau des Abwassersystems mit Vergrößerung der hydraulischen Abflusskapazität der bestehenden Leitungsanlagen DN 300 mm resp. DN 400 ab Bützbergstrasse (Schacht 8704) bis Einmündung Wiesenstrasse (Schacht 8700) auf DN 500 resp. DN 600 vor. Sowie die Vergrößerung der hydraulischen Abflusskapazität der bestehenden Leitungsanlagen DN 250 mm resp. DN 300 ab Wiesenstrasse (Schacht 8611) bis Einmündung Eisenbahnstrasse (8600) auf DN 700 vor.

Betroffene GEP-Massnahmen

Der zu bearbeitende Projektperimeter umfasst den Abschnitt M70 ab Schacht 8704 in der Bützbergstrasse bis Schacht 8700 vor Querung Bahnlinie SBB sowie den Abwasserzufluss ab Schacht 8611 in der Wiesenstrasse zum Anschlusspunkt in der Eisenbahnstrasse (Schacht 8600). Es wird in diesem Projekt nur der Anschluss KS 8711 an Schacht KS 8700 von der Wiesenstrasse her vorbereitet. Die Verbindung KS 8711 zu KS 8606 erfolgt in einem späteren Zug.

Aufgrund der im GEP ausgewiesenen Neubau- und Ersatzmassnahmen aus hydraulischen Engpässen an den Abwasseranlagen werden für den Systemumbau folgende Massnahmen aus der GEP-Richtplanung umzusetzen sein:

GEP Massnahme	Bauabschnitt	Kostenschätzung 2011 gemäss GEP Vorprojekt
70 Ersatz Abwasserleitung	Vergrösserung Mischwasserleitung 8700-8704 (ca. 250 m)	430'000
71 Ersatz Abwasserleitung	Vergrösserung Mischwasserleitung 8600-8611 (ca. 90 m)	154'000
Kostenschätzung gemäss GEP Massnahmenplan 2011		584'000

Tabelle 1: GEP Massnahmen und Richtkosten aus dem Jahre 2010

3.2 GEP-Hydraulik

Im Rahmen dieser Projektbearbeitung wurden die im GEP getätigten hydraulischen Simulationen mit Detailberechnungen ergänzt und das ursprüngliche GEP-Abflussmodell punktuell mit den neusten Erkenntnissen aus den vergangenen und laufenden Projektbearbeitungen modifiziert.

Anhand der aktuellen Abflussdaten des IST- und Prognose-Zustandes des Abflussmodells konnte die notwendige hydraulische Dimensionierung gemäss den seit der GEP-Erarbeitung mit neuen Erkenntnissen überarbeiteten normativen Vorgaben der SIA Norm 190 "Kanalisation" (Ausgabe 2017) und SIA Dokumentation D 0264 "Hydraulik" zur Norm SIA 190:2017 (Ausgabe 2019) erfolgen.

Erkenntnisse aus hydraulischer Detailberechnung

Aufgrund der Abwassermengen, der vorhandenen geometrischen Gefällsverhältnisse sowie der hydraulischen Abflussverhältnisse sind anhand der aktuellen normativen Anforderungen die Wahl der Rohrdurchmesser vom Schacht 8704 – 8703 auf DN 500 mm und vom Schacht 8703 – 8700 auf DN 600 mm zu vergrössern. Ebenfalls sind die Rohrdurchmesser zu vergrössern vom Schacht 8610.1 – 8600 auf DN 700 mm.

3.3 Projektierte Massnahmen

Zur Umsetzung der GEP-Massnahmen 70 und 71 werden im Projektperimeter nachfolgende Arbeiten an den Abwasseranlagen vorgesehen.

Ersatz Leitungsabschnitt KS 8704 – KS 8024

Allgemeines

Der Ersatz der bestehenden Leitungsanlage DN 300 mm resp. 400 mm, mit heutiger Lage westlich der Bützbergstrasse am Fahrbahnrand und am östlichen Fahrbahnrand der Eisenbahnstrasse, wird auf der gegenüberliegenden Fahrbahn mit DN 500 mm resp. 600 mm auf einer Länge von ca. 250 m ersetzt.

Leitungslage

Die Leitungslage definiert sich aufgrund der vorhandenen Platzverhältnisse

Bauverfahren

Die neue Leitung wird in etwa 2.2 m ab Fahrbahnrand der westlichen Fahrspur in der Eisenbahnstrasse und in etwa 2.5 m ab Fahrbahnrand der östlichen Fahrspur in der Bützbergstrasse im offenen, gespriessten Graben erstellt.

Vorbereitung Leitungsabschnitt KS 8024 – KS 8606

Allgemeines

Der Ersatz der bestehenden Leitungsanlage DN 300 mm von KS 8600 zu KS 860.10, mit heutiger Lage östlich der Einfahrt, wird auf der gegenüberliegenden Seite vorbereitet mit DN 700 mm auf einer Länge von ca. 11 m.

Leitungslage

Die Leitungslage definiert sich aufgrund der vorhandenen Platzverhältnisse

Bauverfahren

Die neue Leitung wird im offenen, gespriessten Graben erstellt.

3.4 Bauausführung

Rohrdimensionen/-materialien

Aufgrund ihrer statischen Eigenschaften werden für die Ausführung bewehrte Spezialbetonrohre DN 500 resp. 600 und 700 mm verwendet.

Kontrollschächte und Schachtbauwerke

Neue Kontrollschächte werden aus Fertigbetonelementen in DN 1200 resp. 1500 mm mit Konus DN 600 mm resp. als Spezialbauwerk in wasserdichtem Ortbeton erstellt. Für die Ortbetonbauwerke sind separate Baugruben erforderlich.

Graben- und Grubenprofil

Die neuen zu verlegenden Abwasserleitungen und Anschlüsse werden in einem gespriessten U-Graben gemäss Normalprofil verlegt. Die minimalen Grabenbreiten sind entsprechend Norm SIA 190 auszuführen.

Der Graben wird ab Rohrumhüllung bis UK Koffer mit Kiessand 2. Klasse oder wiederverwendbarem Aushubmaterial aufgefüllt. Für die Auffüllung bis OK Terrain ist Koffermaterial Kiessand 0/32 mm zu verwenden, welche die Anforderungen gemäss Vorgaben "Strassenaufbrüche" der Stadt Langenthals erfüllt (siehe "Aufbau Strassenkörper").

Normalverlegeprofil

Gemäss statischer Berechnung können die bewehrten Spezialbetonrohre nach Normalverlegeprofil U2 (SIA 190) mit Beton und Betonkies umhüllt werden.

Anschlüsse / Hausanschlüsse

Die bestehenden, umzuhängenden seitlichen Anschlüsse sind, sofern sie nicht in ein Schachtbauwerk führen mittels Betonkernbohrung mit Formstück dicht und kraftschlüssig an den bestehenden öffentlichen Hauptsammelkanal einzubinden.

Schachtabdeckungen

Es gelangen die Standard-Gussabdeckungen der Stadt Langenthal mit Wappen für Abwasseranlagen der Gewichtsklasse D400 zum Einsatz.

4. Wasserversorgung

4.1 Ausgangslage und Projektdefinition

Die über 50-jährige kommunale Wasserversorgungsleitung DN 200 mm aus duktilem Guss in der Eisenbahnstrasse ab der Kreuzung Bützbergstrasse bis auf Höhe Eisenbahnstrasse 11, sowie die im Jahre 1966 erstellte kommunale Wasserversorgungsleitung in der Bützbergstrasse DN 150 mm aus duktilem Guss und in der Einmündung der Wiesenstrasse sollen ersetzt werden.

Im vorliegenden Projekt wird die mit weiteren Werken koordinierte Leitungslage sowie die bautechnischen Projektanforderungen definiert. Die Projektbearbeitung der Leitungstechnik wird durch die IB Langenthal AG selbst erarbeitet.

4.2 Bauausführung

Etap pierung und provisorische Versorgung

Für die Ersatzmassnahmen werden mehrere Ausbauetappen mit provisorischer Versorgung der angeschlossenen Liegenschaften ab Hydranten vorgesehen. Dadurch können die bestehenden Transport- und Verteilleitungen für den Rückbau und die Ersatzmassnahmen entsprechend ausser Betrieb genommen werden.

Zur Ausserbetriebnahme der Etappenabschnitte sind vorgängig örtliche Abkappungen der Hauptleitung notwendig.

Rohrmaterialien und Dimensionen

Für den Leitungsersatz werden Rohre aus duktilem Guss System BLS DN 200 resp. 250 - innen und aussen zementummantelt - verwendet.

Graben- und Bettungsprofil

Aufgrund der geringen Platzverhältnisse sowie der Tiefenlage im Strassenbereich werden die Rohre in einem gespiessten U-Graben verlegt. Die gesamte Grabenbreite für die Transportleitung beträgt 1.20 m.

Die neue Wasserleitung wird grundsätzlich im bestehenden Trasse oder neben den bestehenden Leitungsanlagen verlegt. Die alten Leitungen werden - soweit im gleichen Graben vorhanden - gleichzeitig rückgebaut.

Die Wasserleitung wird auf einer Sohlentiefe von 2.00 bis 2.50 Meter verlegt (abhängig von den bestehenden Leitungstiefen). Die Rohre sind mit Betonkies 0/16 zu umhüllen. Der Graben wird ab Rohrumhüllung bis UK Fundationsschicht mit Kiesgemisch 2. Klasse oder mit aussortiertem Aushubmaterial aufgefüllt.

4.3 Armaturen, Formstücke und Hydranten

Formstücke und Armaturen

An den massgebenden Leitungszusammenschlüssen und Übergängen zu bestehenden Versorgungsleitungen sowie an den Leitungsabgängen werden neue Streckenschieber angeordnet resp. bestehende Schieber ersetzt.

Hausanschlüsse

Die bestehenden Hausanschlüsse der Eisenbahnstrasse 11 und Bützbergstrasse 37, 35, 31 werden im Bereich der Sanierung der öffentlichen Strasse ersetzt. Es ist pro Liegenschaftsanschluss ein Hausanschlusschieber vorgesehen.

Die bestehenden Hausanschlüsse der Eisenbahnstrasse 27 werden auch auf dem privaten Grundstück bis in das Haus ersetzt.

Für den Ersatz der Hausanschlüsse sind Polyethylen-Druckrohre PE 63 PN 16 / Serie 5 / SDR 11 DN 40 mm, DN 50 mm, DN 100 mm und DN 125 mm vorgesehen.

Löschschutz

Im Projektperimeter mit der Sanierung der Wasserleitung sind die bestehenden Hydranten Nr. 478 und 292 mit ihren zugehörigen Hydranten Leitungen zu ersetzen

Die Hydranten Nr. 68 und 67 sind bereits neueren Datums, bleiben bestehend und wird nur die Hydrantenzuleitung an die ersetzte Leitung neu angeschlossen.

5. Gasversorgung

5.1 Ausgangslage und Projektdefinition

Ausgelöst durch die Ersatzmassnahmen der Abwasseranlage wird die heute bestehende Gasversorgung ersetzt.

Die Hauptleitung in der Eisenbahnstrasse aus dem Jahr 1970 aus duktilem Guss DN 200 mm und in der Bützbergstrasse aus dem Jahr 1966 aus duktilem Guss DN 150 soll im Bereich der öffentliche Strassenparzelle ersetzt werden.

Ebenfalls wird ein Teil in der Einfahrt Wiesenstrasse ersetzt.

In diesem Zuge soll die Gasleitung von der Verzweigung Bützbergstrasse in die Eisenbahnstrasse zurückgebaut werden, falls im Garbenbereich neueren Leitungen.

5.2 Bauausführung

Etappierung und provisorische Versorgung

Für die Ersatzmassnahmen werden mehrere Ausbauetappen vorgesehen. Dadurch können die bestehenden Transport- und Verteilleitungen für den Rückbau und die Ersatzmassnahmen entsprechend ausser Betrieb genommen werden.

Zur Ausserbetriebnahme der Etappenabschnitte sind vorgängig örtliche Abkappungen der Hauptleitung notwendig.

Rohrmaterialien und Dimensionen

Für den Leitungsersatz werden Polyethylen-Druckrohre PE 200 PN 16 / Serie 5 / SDR 11 resp. DN 250 mm vorgesehen.

Graben- und Bettungsprofil

Aufgrund der geringen Platzverhältnisse sowie der Tiefenlage im Strassenbereich werden die Rohre in einem gespriessten U-Graben verlegt. Die gesamte Grabenbreite beträgt je nach Durchmesser des Mediumrohres zwischen 1.10 bis 1.20 m.

Die neue Gasleitung wird grundsätzlich im Trasse oder neben den bestehenden Leitungsanlagen verlegt. Die alten Leitungen werden - soweit im gleichen Graben vorhanden - gleichzeitig rückgebaut.

Die Gasleitung wird auf einer Sohlentiefe von 2.00 bis 2.20 Meter verlegt (abhängig von den bestehenden Leitungstiefen). Die Rohre sind mit Betonkies 0/16 zu umhüllen. Der Graben wird ab Rohrumhüllung bis UK Foundationsschicht mit Kiesgemisch 2. Klasse oder mit aussortiertem Aushubmaterial aufgefüllt.

6. Elektrizitätsversorgung

6.1 Ausgangslage und Projektdefinition

Ausgelöst durch die Ersatzmassnahmen der Abwasseranlagen sowie der geplanten Sanierung des Strassenoberbaus wird die heute bestehende Elektrizitätsversorgung in der Eisenbahnstrasse ergänzt

6.2 Bauvorhaben

Hauptleitung

Ab Schacht im Knoten Bützberstrasse/Eisenbahnstrasse bis zur Trafostation Ammann und ab dort bis etwas nach der Einmündung Wiesenstrasse in der Eisenbahnstrasse bis zum Schacht werden 2 PE 120 verlegt.

Die öffentliche Beleuchtung werden an den Kabelblock angepasst.

Rohrmaterialien

Als Kabelschutzrohre werden PE-DIL-Rohre DN 120 mm resp. DN 60 mm vorgesehen.

Graben- und Normalverlegeprofil

Die Kabelschutzrohre sind in einem ungespriessten U-Graben mit einer Breite gemäss (Werks-) Norm und einer Sohltiefe von rund 1.00 m zu verlegen.

Die Kabelschutzrohre werden mit gewaschenem Sand (0/4 mm) oder Betonkies umhüllt. Der Graben wird ab Rohrumhüllung bis UK Foundationsschicht mit Kiesgemisch 0/45 mm oder mit aussortiertem Aushubmaterial aufgefüllt.

7. Instandstellung Strassenkörper

Aufbau Strassenkörper

Aufgrund der nachfolgenden Ausbauprojektes AP3 wird der Strassenoberbau in Absprache mit dem Stadtbauamt Langenthal im Bereich nur provisorisch instand gestellt. Auch im Anbetracht mit dem Ausbau der Kantonstrasse der im Anschluss erfolgt.

Wo immer möglich, sollen die Randabschlüsse nicht demontiert oder abgebrochen werden. Ist dieser Schritt unumgänglich, werden die Randabschlüsse demontiert, seitlich gelagert, gereinigt und im Anschluss wieder eingebaut. Mit Ausbauprojekt AP3 und Ausbau Knoten Bützbergstrasse werden die Randabschlüsse und Randsteine im gesamten Perimeter der öffentlichen Gemeindestrasse sowie des Gehwegs erneuert.

Das Strassenwasser wird heute über Einlaufschächte in die Mischwasserkanalisation entwässert. Die Strassenwassersammelleitungen und Einlaufschächte sollen im Perimeter gemäss bestand beibehalten werden und es werden keine Massnahmen in diesem Projekt umgesetzt. Die Strassenentwässerungen werden im Perimeter mit den Projekten AP3 und Ausbau Knoten teilweise ersetzt und ergänzt.

Die Wiederherstellung der Fahrbahn im Bereich des Grabenprofils wird auf ca. 2.80 - 3.50 m Breite instand gestellt (provisorische Tragdeckschicht bis OK Fahrbahn).

Der Strassenoberbau wird dann durch das Drittprojekt AP3 und Knoten Ausbau des Kantones ersetzt und neu eingebaut.

Eisenbahnstrasse:

1.Phase (Instandstellung):

Fahrbahn auf Grabenbreite

Tragschicht:	13 cm	ACT 22 N Bindemittel PmB (Polymermodifizierter Bitumen)
Planie:	5 cm	Planiekies 0/22 mm, SN 670 119 NA
Fundation:	45 cm	Kiesgemisch 0/45 mm, SN 670 119 NA (ME1-Wert Planie 100 MN/m2)

2. Phase (Einbau Deckschicht nach mehr als 6 Monaten):

Deckbelag: 4.0 cm AC 11 N Bindemittel PmB (Polymermodifizierter Bitumen) über ganze Fahrbahn.
Abfräsen mit Überlappung 10 bis 15 cm, Fugenbänder und Voranstrich

Bützbergstrasse:

1.Phase (Instandstellung):

Fahrbahn auf Grabenbreite

Binderschicht:	6.5 cm	ACB 22 H Bindemittel PmB (Polymermodifizierter Bitumen)
Tragschicht:	7 cm	ACT 22 H Bindemittel PmB (Polymermodifizierter Bitumen)
Planie:	5 cm	Planiekies 0/22 mm, SN 670 119 NA
Fundation:	45 cm	Kiesgemisch 0/45 mm, SN 670 119 NA (ME1-Wert Planie 100 MN/m2)

2. Phase (Einbau Deckschicht nach mehr als 6 Monaten):

Deckbelag: 4.0 cm AC 11 H Bindemittel PmB (Polymermodifizierter Bitumen) Fahrbahn.
Abfräsen mit Überlappung 10 bis 15 cm, Fugenbänder und Voranstrich



Bericht Bauprojekt
Stadt Langenthal / IB Langenthal AG
GEP Massnahmen 70/71: Ausbau Eisenbahnstrasse-Wiesenstrasse
Projekt-Nr. 424.132

Recyclingkies B ist aufgrund der zu vermeidenden Vermischung des Materials für den Rückbau Oberbau im Rahmen des Ausbauprojekt AP3 nicht einzusetzen.

8. Allgemeine Projektdefinitionen

8.1 Bauinstallationsflächen

Zur Realisierung des Vorhabens kann kein öffentlicher Raum im Eigentum der Stadt Langenthal im Umkreis der Baustelle für die Realisierungsetappe zur Verfügung gestellt werden.

In den weiteren Projektphasen sind, auch in Abstimmung mit dem Nachfolgenden Ausbauprojekt Knoten Bützbergstrasse des Kantones die Installations- und Materialdeponieflächen mit den privaten Grundeigentümern abzusprechen und allenfalls zu entschädigen.

8.2 Verkehrsführung während Baurealisierung

Zufahrten Baustellenverkehr

Die Zufahrt der Bauetappe via Ringstrasse und Bützbergstrasse möglich.

Verkehrsführung Bauabschnitt

Die Verkehrsführung wird in dieser Phase nur konzeptionell beschrieben und muss in der nächsten Phase mit allen angrenzenden Projekten, insbesondere dem Umbau des Kreisels Bützbergstrasse/Eisenbahnstrasse abgestimmt werden.

Die Bauarbeiten werden in 3 Hauptverkehrsphasen unterteilt.

In der ersten Phase werden die Wasserleitung, Gasleitung und Abwasserleitung mit den Spezialbauwerken 8700 bis zum Schacht 8702 und dem Schacht KS 8711 erstellt. In dieser Phase wird die Eisenbahnstrasse im Einbahnverkehr geführt über den Gehweg mit Ampelbetrieb. Der Abschnitt wird in verschiedene Bauetappen unterteilt.

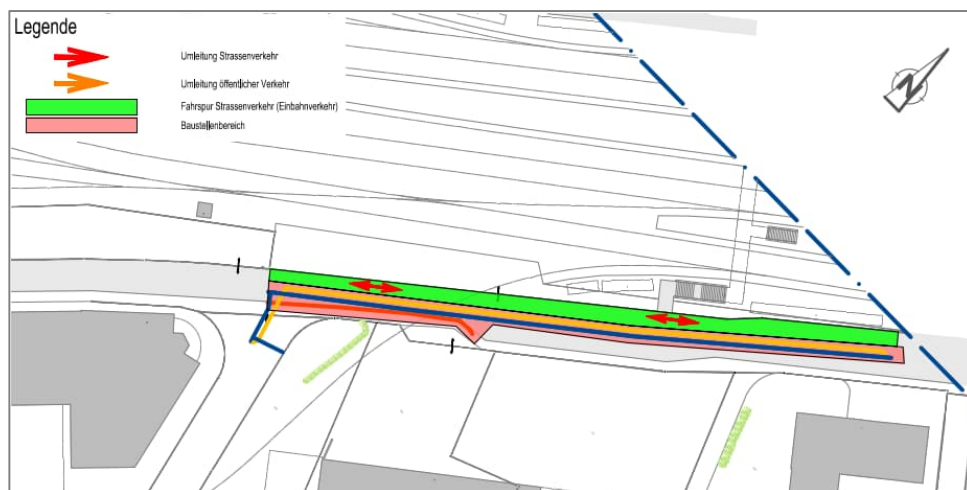


Abbildung 5: 1.1 Phase Verkehrsführung



Abbildung 6: 1.1 Phase Verkehrsführung

In der zweiten Phase werden die Wasserleitung und Abwasserleitung vom Schacht 8702 und dem Schacht KS 8704 nacheinander erstellt, damit der Verkehr einseitig geführt werden kann. In dieser Phase wird die Eisenbahnstrasse immer noch im Einbahnverkehr geführt über den Gehweg mit Ampelbetrieb. Der Abschnitt wird in verschiedene Bauetappen unterteilt. Die genau Verkehrsführung muss in der nächsten Bauphase noch detailliert überprüft werden, da es somit Rückstau von den wartenden Autos von der Bützbergstrasse in die Eisenbahnstrasse bis in den Kreisel geben kann.



Abbildung 7: 2.1 Phase Verkehrsführung und 2.2 Phase Verkehrsführung

Für den Umbau des Kreisels Bützbergstrasse/Eisenbahnstrasse ist eine grossräumige Umleitung geplant. In der ersten Etappe wird die Bützbergstrasse im Einbahnregime Richtung Bern/Zürich/Autobahngeführt.

In der dritten Phase könnte dieses Verkehrsregime vom Einbahnverkehr bereits zum Zuge kommen. Hierbei soll auch eine Ampel für den Bus zum Zuge kommen, das dieser die Baustelle als Einzige im Gegenverkehr für in die Wiesenstrasse nutzen

kann. Somit wird zuerst die Abwasserleitung vom Schacht KS 8704 zu Schacht KS 8706 erstellt und der Verkehr auf der südlichen Seite geführt. Im Anschluss wird der Verkehr auf der nördlichen Seite der Bützbergstrasse geführt und die Wasserleitung und Gasleitung erstellt. Somit könnte im Anschluss direkt die Bauarbeiten für die erste Etappe des Umbaus des Kreisels starten mit der gleichen Verkehrsführung.



Abbildung 8: 3.1 Phase Verkehrsführung

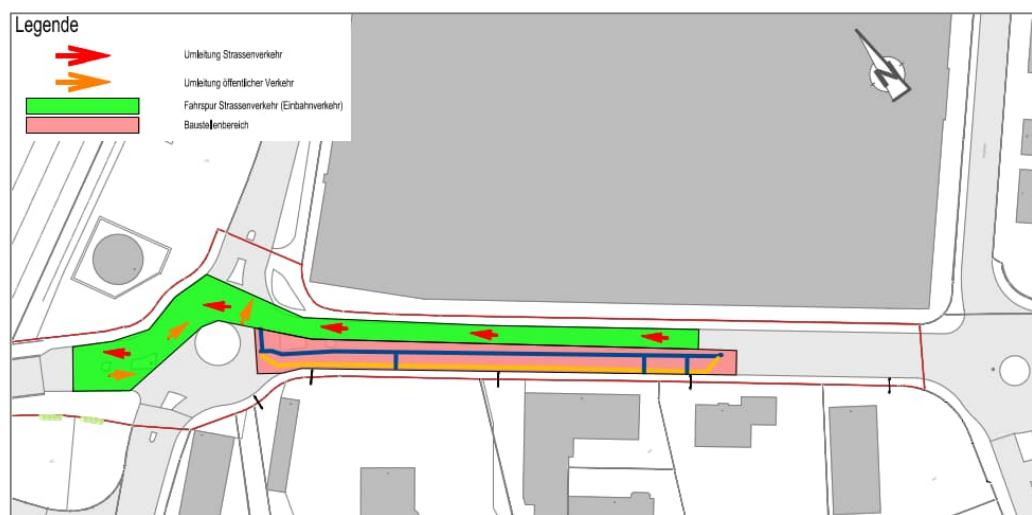


Abbildung 9: 3.2 Phase Verkehrsführung

8.3 Projektrisiken

Aufgrund der Abklärungen im Zuge der vorliegenden Bauprojektierung sollten die vorhandenen Projektrisiken mit den nachgehend beschriebenen Massnahmen reduziert werden können.

Wasserhaltungsmassnahmen

Gestützt auf die vorhandenen Unterlagen aus den Geoportalen, Ausführungsunterlagen von Abwasseranlagen oder früherer Projektbearbeitungen ist die Risikominimierung in die Projektbearbeitung mit eingeflossen.

Regen- und Abwasseranfall

Entsprechend den Witterungsverhältnissen kann der Abfluss ab Liegenschaftsentwässerungen oder Verkehrsflächen im bestehenden öffentlichen Abwassersystem stark variieren.

Vorwiegend beim Umbau resp. Neubau der Leitungsanlagen sind die Regenperioden in die Disposition mit einzubeziehen.

Der Unternehmer hat ein Dispositiv der Wasserhaltungsmassnahmen unter Einbezug von Starkregen vor Baubeginn zu erstellen. Es muss sichergestellt werden, dass kein Schmutzabwasser die offengelegten Baugruben zur Beeinträchtigung führen kann. Entsprechende Förderleistungen von Abwasserpumpen sind einzubeziehen.

Baugrund

Der Baugrund stellt ein grundsätzliches Risiko bezüglich der Baurealisierung dar. Die vorhandenen Grundlagedaten stammen aus Bohrprofilen und bereits getätigte Bauarbeiten in der näheren Umgebung des Bauvorhabens und garantieren keine verbindliche Kartierung des Baugrundes im Verlauf der Bauarbeiten.

Aufgrund der ermittelten Bodenwerte sind keine speziellen Abklärungen zu veranlassen. Das Risiko Baugrund wird als gering eingestuft.

Liegenschaften im Projektperimeter

Durch das Bauvorhaben können geringe Erschütterungen oder Setzungen in unmittelbarer Nähe im Baugrund entstehen, welche Schädigungen an Liegenschaften oder sensiblen Einrichtungen erwirken können.

9. Projektkosten

9.1 Abgrenzungen

Die aufgeführten Gesamtkosten sind **Bruttoerstellungskosten der Abwasseranlagen und Versorgungsanlagen**. Aufwendungen für Kosten der Ausbauprojekte AP3 und Ausbau Knoten sind in den vorliegenden Kosten nicht enthalten.

Die Gesamtkosten im Kostenvoranschlag wurden ausgelegt mit der Annahme, dass der Ausbau des Knotens vom Kanton im Anschluss an die Umsetzung der GEP Massnahme erfolgt und dass die Umsetzung des AP3 Projektes der Stadt Langenthal 4 Jahre später erfolgen wird.

Kein Bestandteil Kostenvoranschlag

Allfällig weiter Aufwendungen an:

- Sanierung und Ausbaumassnahmen im Rahmen des Ausbauprojekts AP3 (Umgestaltung Strassenraum mit Strassenoberbau, Umgebungsgestaltungselementen, etc.) im Bereich des Projektperimeters
- Reparatur oder Ertüchtigung mittels Liner- oder Schachtsanierung an den öffentlichen Abwasseranlagen Stadt Langenthal
- Sanierungs- oder Ersatzmassnahmen privater Liegenschaftsentwässerungen.
- Beiträge an Erstellungs- oder Umliegungskosten durch Dritte (Versorgungswerke)
- Versorgungstechnik (Rohrleitungen, Kabelanlagen, Kabinen, etc.) werden die IB Langenthal AG ermittelt.
- Baurechtliche Sicherung der Anlagen (Dienstbarkeiten).
- Bauherrenseitige Leistungen.
- Teuerung ab Projektabgabe.
- Risikokosten für Schäden an Liegenschaften, Abweichung von normativen Anforderungen bei Rohrvortrieben, etc. sind in den vorliegenden Kosten nicht enthalten.

9.2 Kostenaufteilungen Gesamtanlage

Die Kosten im Projekt "Ausbau Werke Eisenbahnstrasse - Wiesenstrasse" werden wie folgt zugeordnet:

- Die Baumeister- und Grabarbeiten sowie die technische Ausstattung für Abwasseranlagen, werden dem Werk Abwasser zugeordnet.
- Die Baumeister- und Grabarbeiten für Wasserleitungen, Gasleitungen und Elektroversorgung werden dem Werk jeweiligem Werk zugeordnet.

Kostenanteile Instandstellung Strassenoberbau

Die Aufwendungen für die Instandstellung des Strassenoberbaus auf Grabenbreite wurden entsprechend anhand dem benötigten Grabenanteil für die einzelnen Werke flächenmässig ermittelt.

9.3 Kostengliederung

Für die Kostenzusammenstellung wurde das Projekt von der IB Langenthal AG gegliedert und beinhaltet folgende Gliederungen.

- WA: Ersatz der Wasserversorgungsanlage
- EW: Ersatz der Elektroversorgungsanlage.
- GA: Ersatz der Gasversorgungsanlage.

9.4 Projektkosten

Der detaillierte Kostenvoranschlag ist im Anhang dieses Berichtes angefügt.

Die Kostenberechnung wurde anhand von Vorausmassen mit Erfahrungswerten sowie Unternehmerpreisen realisierter, ähnlich gelagerter Objekte für die Phase "Bauprojekt" mit einer Kostengenauigkeit von $\pm 10\%$ ermittelt.

Enthalten sind alle Kosten für Bauarbeiten an den Abwasseranlagen, Versorgungsanlagen und den damit verbundenen Instandstellungsarbeiten, Honorare für Planer, Bauleitung und Spezialisten sowie die Aufwendungen für die Baunebenkosten (Verkehrs- und Sicherheitsdienst, Werkabnahmen, Gebühren, etc.) und die Mehrwertsteuer.

Der Kostenvoranschlag hat seine Gültigkeit bei der Ausführung gemäss vorliegendem Projekt. Das Bauprojekt beruht auf einem Ausbaustandard, der durch den Projektverfasser aufgrund von verschiedenen Vorgesprächen mit der Bauherrschaft und Behörden ausgearbeitet wurde.

Kostenvoranschlag nach Auftraggeber und Arbeitsgattungen

Die Bauerstellungs- und Projektkosten belaufen sich - aufgeteilt auf beiden Bauabschnitte - gemäss Projektdefinition auf:

Gesamtkosten pro Werk	Stadt Langenthal	IB Langenthal AG	Total
Baumeisterarbeiten	1'114'000.00	845'000.00	1'900'000.00
Honorare Planer (Projekt und Bauleitung)	129'000.00	99'000.00	216'000.00
Diverse Nebenarbeiten	108'500.00	79'100.00	163'500.00
Mehrwertsteuer 8.1% (gerundet)	109'500.00	82'900.00	182'500.00
Gesamtkosten CHF	1'461'000.00	1'106'000.00	2'462'000.00

Tabelle 2: Bauerstellungskosten pro Arbeitsgattungen brutto gemäss Projektdefinition inkl. Mehrwertsteuer

Kostenvoranschlag IB Langenthal AG nach Werken und Etappen

Die Bauerstellungskosten belaufen sich - aufgeteilt auf die einzelne Gliederung - gemäss Projektdefinition auf:

Gesamtkosten pro Werk	IB Langenthal AG
WA (Wasserversorgung)	641'000.00
EW (Elektroversorgung)	123'000.00
GA (Gasversorgung)	342'000.00
Gesamtkosten CHF	1'106'000.00

Tabelle 3: Bauerstellungskosten pro Gliederung brutto gemäss Projektdefinition inkl. Mehrwertsteuer



Bericht Bauprojekt
Stadt Langenthal / IB Langenthal AG
GEP Massnahmen 70/71: Ausbau Eisenbahnstrasse-Wiesenstrasse
Projekt-Nr. 424.132

Anhang

Kostenvoranschlag Bauprojekt

Planbeilagen

424.131 / 4.01	Übersicht	1:500	
424.131 / 4.02	Situation Bützbergstrasse: Knoten Eisenbahnstrasse - Ringstrasse		1:200
424.131 / 4.03	Situation Eisenbahnstrasse: Knoten Bützbergstrasse - Wiesenstrasse		1:200
424.131 / 4.04	Situation Eisenbahnstrasse: Wiesenstrasse - Eisenbahnstrasse 11		1:200
424.131 / 4.05	Längenprofil	1:200/20	
424.131 / 4.06	Normalprofil	1:50	

Scheidegger AG Bauingenieure & Planer Jurastrasse 29 Telefon 062 916 50 10 info@scheidegger-ing.ch
4900 Langenthal Telefax 062 916 50 11 www.scheidegger-ing.ch

Kostenvoranschlag Bauprojekt

Bauvorhaben	GEP Massnahmen 70/71: Ausbau Eisenbahnstrasse-Wiesenstrasse	Datum	31.03.2026
		Projekt	424.132
Selektionen	Bützbergstrasse - Schacht 8704 bis 8706, Eisenbahnstrasse - Schacht 8700 bis 8704		
Bauherrschaft	Stadt Langenthal Stadtbauamt Jurastrasse 22 4901 Langenthal	Tel.	+41 62 916 22 50
Bauleitung	Scheidegger AG Bauingenieure & Planer Jurastrasse 29 4900 Langenthal	Tel.	+41 62 916 50 10

KAG	Bezeichnung / Objekt	Total
	Gesamttotal	1'461'000.00
100	Vorbereitung, Spezialtiefbau, Instandsetzung, Umgebung	309'000.00
200	Tiefbau- und Untertagbauarbeiten	807'000.00
800	Uebrige Aufwendungen	345'000.00

Ort, Datum

Bauleitung

KAG / Objekt / Bezeichnung		Brutto	Total
Gesamttotal			1'461'000.00
110	Vorbereitungs-, Rodungs- und Abbrucharbeiten		293'000.00
111	Regiearbeiten		101'000.00
112	Prüfungen		16'500.00
113	Baustelleneinrichtung		108'000.00
117	Abbrüche und Demontagen		67'500.00
160	Baugrubensicherungen und Wasserhaltung		14'000.00
161	Wasserhaltung		14'000.00
180	Umgebungsarbeiten		2'000.00
181	Garten- und Landschaftsbau		2'000.00
220	Oberbauarbeiten		135'000.00
221	Foundationsschichten für Verkehrsanlagen		34'000.00
222	Pflästerungen und Abschlüsse		4'000.00
223	Belagsarbeiten		97'000.00
230	Trassenbau: Entwässerung, Kanalisation, Leitungsarbeiten		672'000.00
237	Kanalisationen und Entwässerungen		672'000.00
820	Bewilligungen und Gebühren		7'000.00
824	Vermessungen, Vermarchungen und Bestandesaufnahmen		7'000.00
830	Baunebenkosten		23'500.00
831	Muster und Materialprüfungen		4'500.00
833	Vervielfältigungen und Plankopien		4'000.00
835	Versicherungen		6'500.00
836	Kanalfernsehabinahmen		3'000.00
837	Entschädigungen		5'500.00
870	Honorare		129'000.00
872	Honorare: Bauingenieur		129'000.00
880	Uebergangskosten		185'500.00
881	Risikokosten		30'000.00
883	Diverses		46'026.35
884	Mehrwertsteuer		109'473.65

Scheidegger AG Bauingenieure & Planer Jurastrasse 29 Telefon 062 916 50 10 info@scheidegger-ing.ch
4900 Langenthal Telefax 062 916 50 11 www.scheidegger-ing.ch

Kostenvoranschlag Versorgungswerke IB

Bauvorhaben	GEP Massnahmen 70/71: Ausbau Eisenbahnstrasse- Wiesenstrasse	Datum Projekt	31.03.2026 424.132
Bauherrschaft	IB Langenthal AG Talstrasse 29 4901 Langenthal	Tel.	+41 62 916 22 50
Bauleitung	Scheidegger AG Bauingenieure & Planer Jurastrasse 29 4900 Langenthal	Tel.	+41 62 916 50 10

KAG	Bezeichnung / Objekt	Total
	Gesamttotal	1'106'000.00
100	Vorbereitung, Spezialtiefbau, Instandsetzung, Umgebung	655'500.00
200	Tiefbau- und Untertagbauarbeiten	193'500.00
800	Uebrige Aufwendungen	257'000.00

Ort, Datum

Bauleitung

KAG / Objekt / Bezeichnung		Brutto	Total
Gesamttotal			1'106'000.00
EW	Elektrizität IBL		123'000.00
WA	Wasserversorgung IBL		641'000.00
GA	Gasversorgung IBL		342'000.00
100	Vorbereitung, Spezialtiefbau, Instandsetzung, Umgebung		655'500.00
EW	Elektrizität IBL		69'500.00
WA	Wasserversorgung IBL		387'000.00
GA	Gasversorgung IBL		199'000.00
111	Regiearbeiten	77'000.00	
	EW Elektrizität IBL	9'000.00	
	WA Wasserversorgung IBL	45'000.00	
	GA Gasversorgung IBL	23'000.00	
112	Prüfungen	7'400.00	
	EW Elektrizität IBL	1'500.00	
	WA Wasserversorgung IBL	4'000.00	
	GA Gasversorgung IBL	1'900.00	
113	Baustelleneinrichtung	88'500.00	
	EW Elektrizität IBL	8'500.00	
	WA Wasserversorgung IBL	54'000.00	
	GA Gasversorgung IBL	26'000.00	
117	Abbrüche und Demontagen	69'500.00	
	EW Elektrizität IBL	8'500.00	
	WA Wasserversorgung IBL	40'000.00	
	GA Gasversorgung IBL	21'000.00	
132	Bohren und Trennen von Beton und Mauerwerk	1'800.00	
	WA Wasserversorgung IBL	1'800.00	
151	Bauarbeiten für Werkleitungen	390'600.00	
	EW Elektrizität IBL	41'000.00	
	WA Wasserversorgung IBL	228'000.00	
	GA Gasversorgung IBL	121'600.00	
152	Rohrvortrieb	4'200.00	
	WA Wasserversorgung IBL	4'200.00	
161	Wasserhaltung	12'500.00	
	WA Wasserversorgung IBL	8'000.00	
	GA Gasversorgung IBL	4'500.00	
181	Garten- und Landschaftsbau	4'000.00	
	EW Elektrizität IBL	1'000.00	
	WA Wasserversorgung IBL	2'000.00	
	GA Gasversorgung IBL	1'000.00	
200	Tiefbau- und Untertagbauarbeiten		193'500.00
EW	Elektrizität IBL		24'500.00
WA	Wasserversorgung IBL		110'000.00
GA	Gasversorgung IBL		59'000.00

KAG / Objekt / Bezeichnung		Brutto	Total
221	Fundationsschichten für Verkehrsanlagen	45'500.00	
	EW Elektrizität IBL	8'500.00	
	WA Wasserversorgung IBL	24'500.00	
	GA Gasversorgung IBL	12'500.00	
222	Pflästerungen und Abschlüsse	25'500.00	
	EW Elektrizität IBL	3'000.00	
	WA Wasserversorgung IBL	10'000.00	
	GA Gasversorgung IBL	12'500.00	
223	Belagsarbeiten	122'500.00	
	EW Elektrizität IBL	13'000.00	
	WA Wasserversorgung IBL	75'500.00	
	GA Gasversorgung IBL	34'000.00	
800	Uebrige Aufwendungen		257'000.00
EW	Elektrizität IBL		29'000.00
WA	Wasserversorgung IBL		144'000.00
GA	Gasversorgung IBL		84'000.00
824	Vermessungen, Vermarchungen und Bestandesaufnahmen	2'800.00	
	EW Elektrizität IBL	300.00	
	WA Wasserversorgung IBL	1'500.00	
	GA Gasversorgung IBL	1'000.00	
831	Muster und Materialprüfungen	3'500.00	
	EW Elektrizität IBL	500.00	
	WA Wasserversorgung IBL	1'500.00	
	GA Gasversorgung IBL	1'500.00	
833	Vervielfältigungen und Plankopien	3'500.00	
	EW Elektrizität IBL	500.00	
	WA Wasserversorgung IBL	2'000.00	
	GA Gasversorgung IBL	1'000.00	
835	Versicherungen	5'500.00	
	EW Elektrizität IBL	500.00	
	WA Wasserversorgung IBL	3'000.00	
	GA Gasversorgung IBL	2'000.00	
837	Entschädigungen	4'500.00	
	EW Elektrizität IBL	500.00	
	WA Wasserversorgung IBL	2'500.00	
	GA Gasversorgung IBL	1'500.00	
872	Honorare: Bauingenieur	99'000.00	
	EW Elektrizität IBL	11'000.00	
	WA Wasserversorgung IBL	57'000.00	
	GA Gasversorgung IBL	31'000.00	
881	Risikokosten	19'000.00	
	EW Elektrizität IBL	2'000.00	
	WA Wasserversorgung IBL	8'000.00	
	GA Gasversorgung IBL	9'000.00	
883	Diverses	36'326.75	
	EW Elektrizität IBL	4'483.55	
	WA Wasserversorgung IBL	20'469.45	

Bauvorhaben
424.132

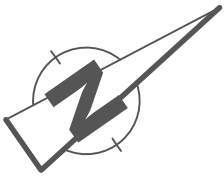
GEP Massnahmen 70/71: Ausbau Eisenbahnstrasse-
Wiesenstrasse

BauPlus
KV
Seite

31.03.2026
002
3

KAG / Objekt / Bezeichnung			Brutto	Total
884	GA	Gasversorgung IBL	11'373.75	
		Mehrwertsteuer	82'873.25	
	EW	Elektrizität IBL	9'216.45	
	WA	Wasserversorgung IBL	48'030.55	
	GA	Gasversorgung IBL	25'626.25	

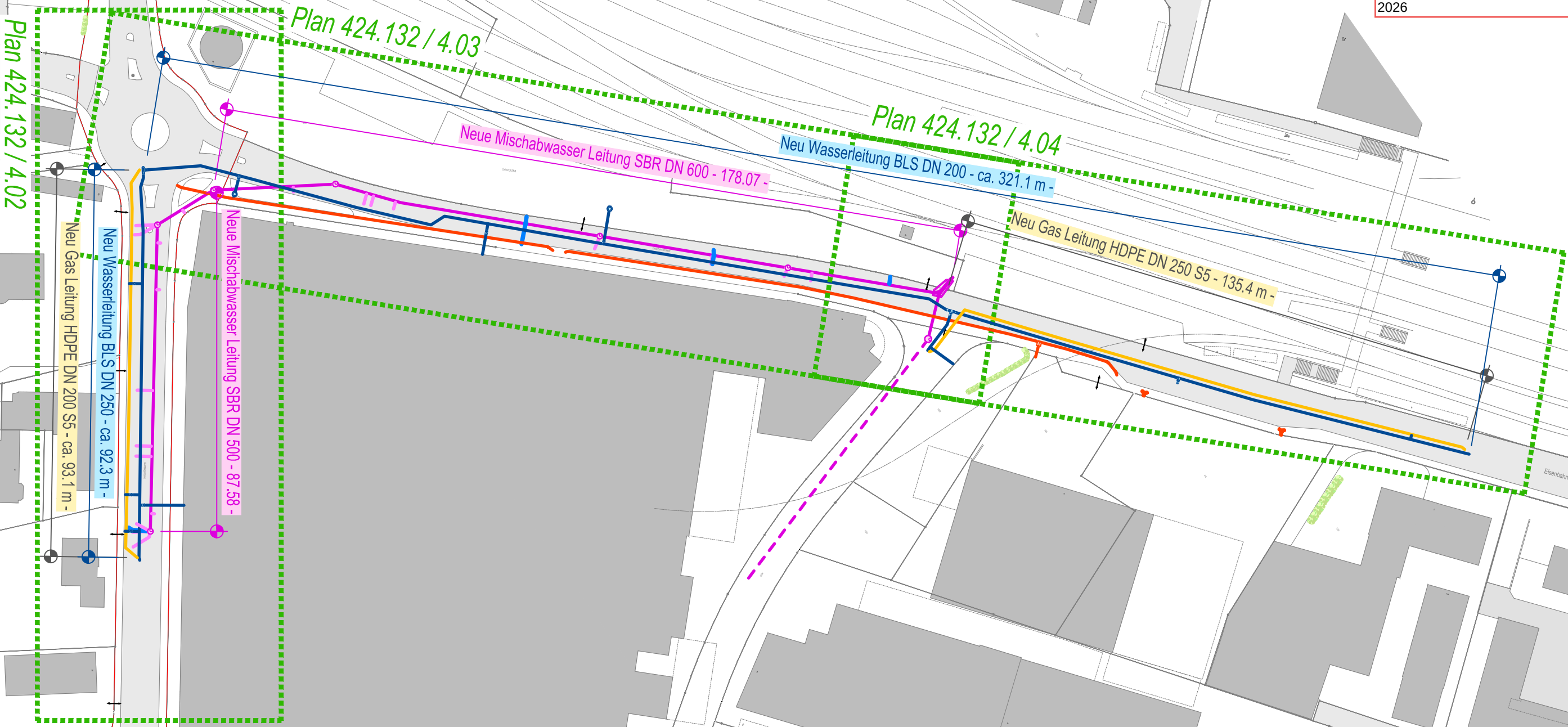
gezeichnet	visiert
SW	AN
31.03.2026	
1:1'000	



Legende: Neubauanlagen

- Mischabwasserleitung
- Niederschlagsabwasserleitung
- Mischabwasserleitung / Schacht (privat)
- Wasserleitung
- Gasleitung
- Kabelanlage

Beilage 2_Planbeilage 4.01
Traktandum Nr. 5
Stadttratssitzung vom 19. Oktober
2026

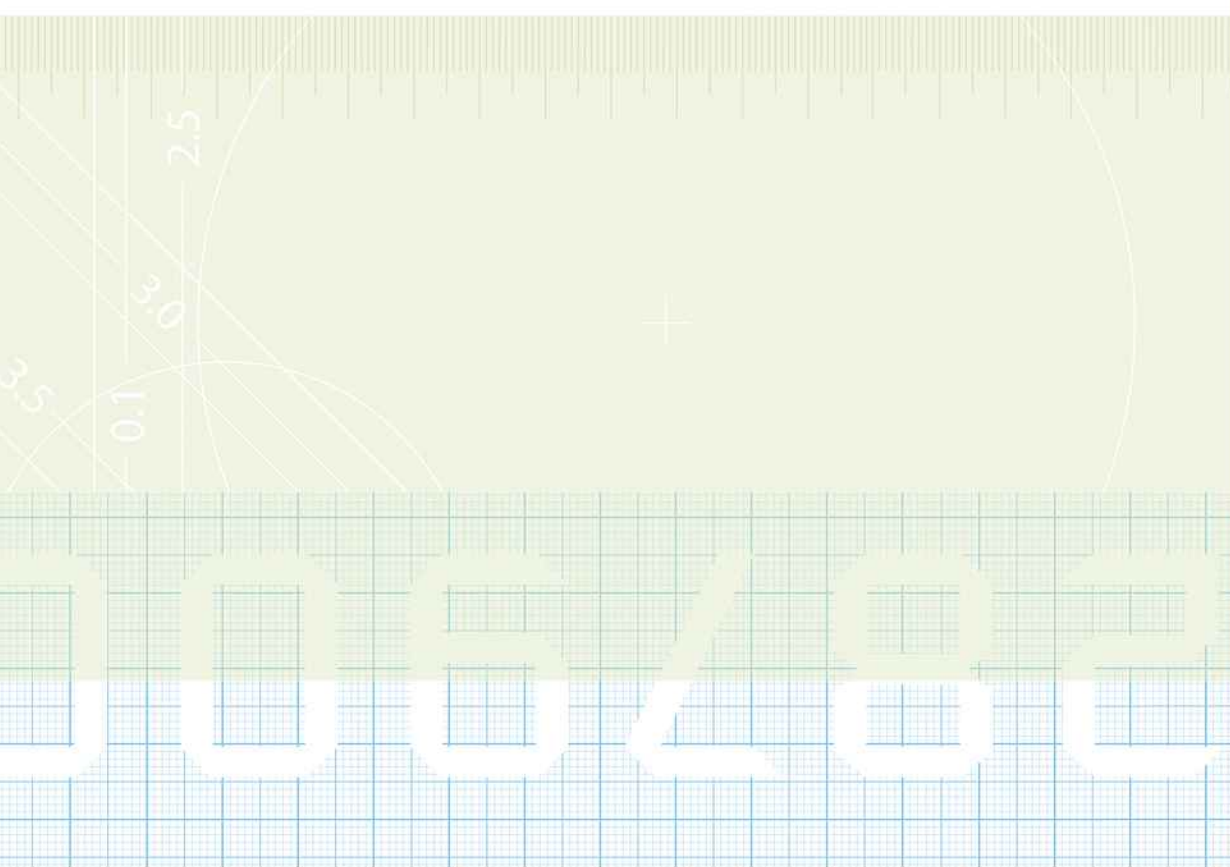


Bauherrschaft
Kanton

Stadt Langenthal / IB Langenthal AG
Bern

Projektphase
Projekt
Bauteil

Bauprojekt
GEP M 70/71: Ausbau Werke Eisenbahnstrasse-Wiesenstrasse
Abwasser- und Versorgungsanlagen



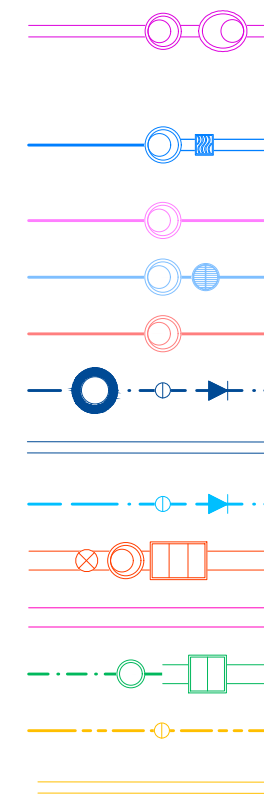
Planbezeichnung

Situation 1:200
Bützbergstrasse: Knoten Eisenbahnstrasse - Ringstrasse

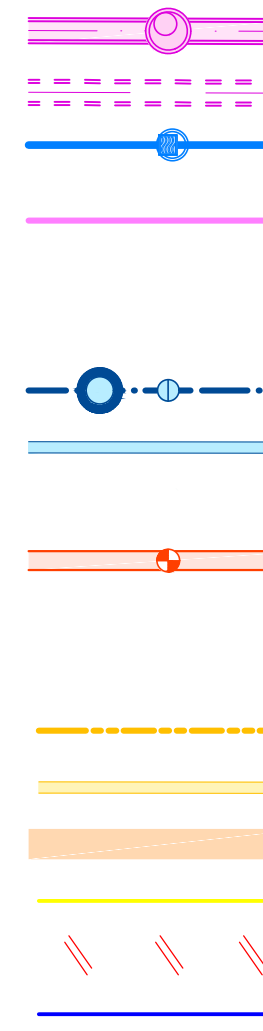
		Gezeichnet		NJ		Visiert		SW	
Plan Nr.	424.132 / 4.02	Geändert	A	B	C	D	E		
Format	30x126	Sachbearbeiter							
Datum	31.03.2026	Datum							

Legende Werkleitungen:

bestehende Anlagen

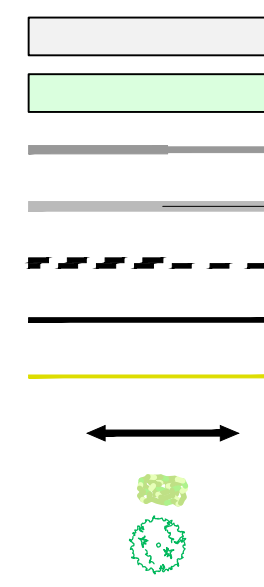


Projektierte Anlagen

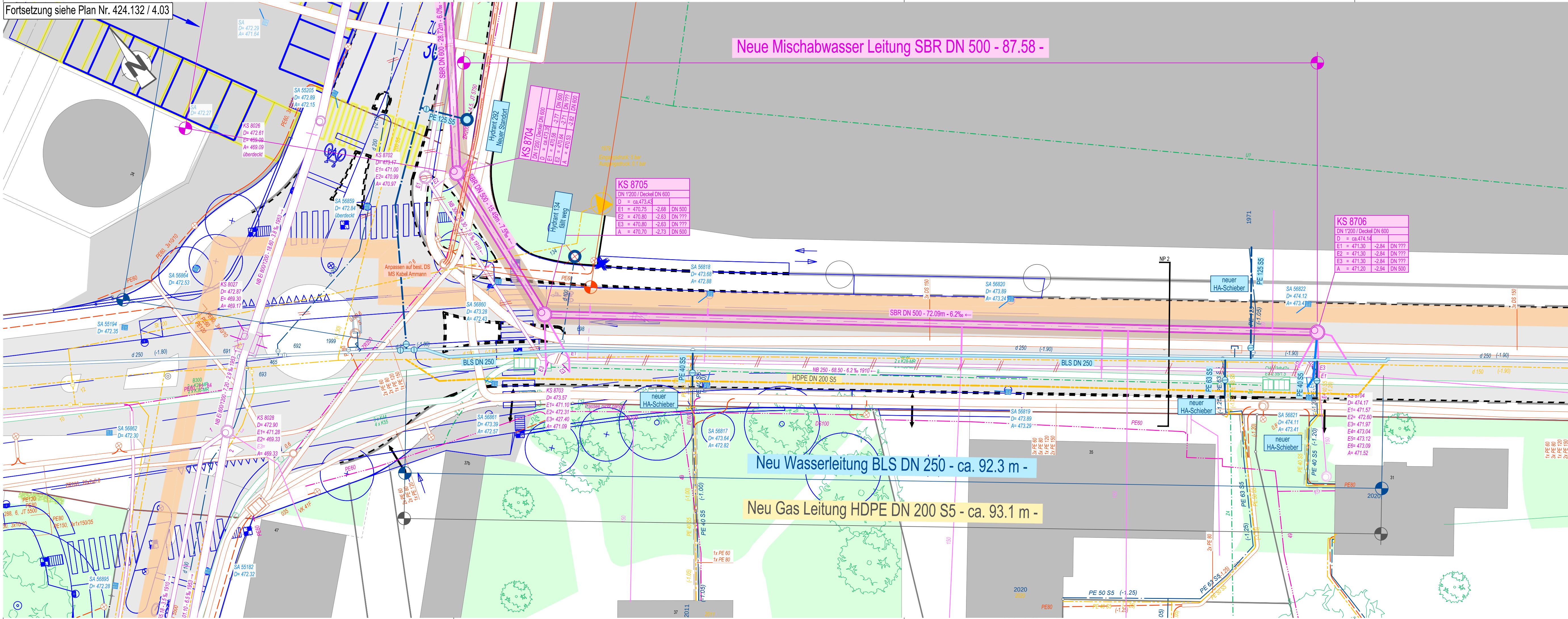


- Mischabwasserleitung DN >200mm / Schächte (öffentlich)
- Mischabwasserleitung: späterer Ausbau
- Niederschlagsabwasserleitung DN <200mm / DN >200mm / Kontrollschacht / Einlaufschacht (öffentlich)
- Mischabwasserleitung / Schacht (privat)
- Niederschlagsabwasserleitung Kontrollschacht / Einlaufschacht (privat)
- Schmutzabwasserleitung / Schacht (privat)
- Wasserleitung / Hydrant / Schieber / Reduktion / Baujahreswechsel (Hauptleitung)
- Wasserleitung öffentlich DN >200mm
- Wasserleitung / Schieber / Reduktion / Baujahreswechsel (Hausanschluss)
- Kabelanlage / Kabelader / Schächte (IB Langenthal AG)
- Kabelkommunikation
- Telekommunikation / Schächte
- Gasleitung / Schieber
- Wasserleitung öffentlich DN >200mm
- Korridor für projektierte Fernwärme
- Abbruch
- Ausserbetriebnahme Leitung
- Drittprojekte

Ergänzungen AV:



Fortsetzung siehe Plan Nr. 424.132 / 4.03

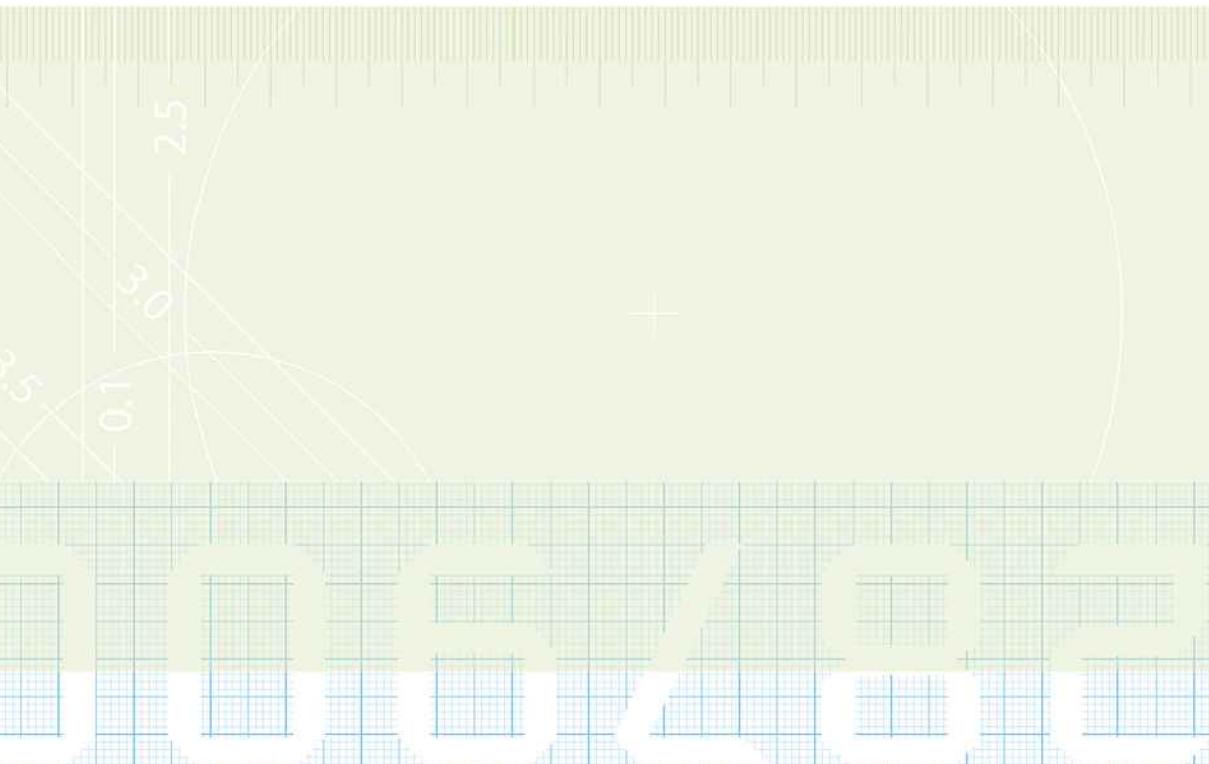


Bauherrschaft
Kanton

Stadt Langenthal / IB Langenthal AG
Bern

Projektphase
Projekt
Bauteil

Bauprojekt
GEP M 70/71: Ausbau Werke Eisenbahnstrasse-Wiesenstrasse
Abwasser- und Versorgungsanlagen



Planbezeichnung

Situation
Eisenbahnstrasse: Wiesenstrasse - Eisenbahnstrasse 11

1:200

Plan Nr.

424.132 / 4.04

Format

30x126

Datum

31.03.2026

Gezeichnet

NJ

Visiert

SW

Geändert

A

B

C

D

E

Sachbearbeiter

Datum

Scheidegger AG

Bauingenieure & Planer

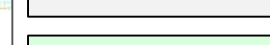
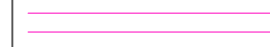
Jurastrasse 29
4900 Langenthal

Telefon 062 916 50 10
Telefax 062 916 50 11

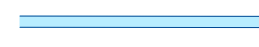
info@scheidegger-ing.ch
www.scheidegger-ing.ch

Legende Werkleitungen:

bestehende Anlagen



Projektierte Anlagen



Mischabwasserleitung DN > 200mm / Schächte (öffentlich)

Mischabwasserleitung: späterer Ausbau

Niederschlagsabwasserleitung DN < 200mm / DN > 200mm / Kontrollschacht / Einlaufschacht (öffentlich)

Mischabwasserleitung / Schacht (privat)

Niederschlagsabwasserleitung Kontrollschacht / Einlaufschacht (privat)

Schmutzabwasserleitung / Schacht (privat)

Wasserleitung / Hydrant / Schieber / Reduktion / Baujahreswechsel (Hauptleitung)

Wasserleitung öffentlich DN > 200mm

Wasserleitung / Schieber / Reduktion / Baujahreswechsel (Hausanschluss)

Kabelanlage / Kabelabläufe / Schächte (IB Langenthal AG)

Kabelkommunikation

Telekommunikation / Schächte

Gasleitung / Schieber

Wasserleitung öffentlich DN > 200mm

Korridor für projektierte Fernwärme

Abbruch

Ausserbetriebnahme Leitung

Drittprojekte

Belag

Grünfläche

Randstein breit / schmal

Mauer- / mit Geländer

Doppelbund- / Bundstein

Stellplatte

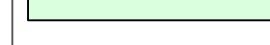
Wassersteinplatten

Ein- / Ausfahrt

Hecke

Baum

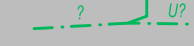
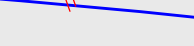
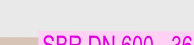
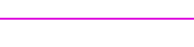
Ergänzungen AV:



Neu Wasserleitung BLS DN 200 - ca. 321.1 m -

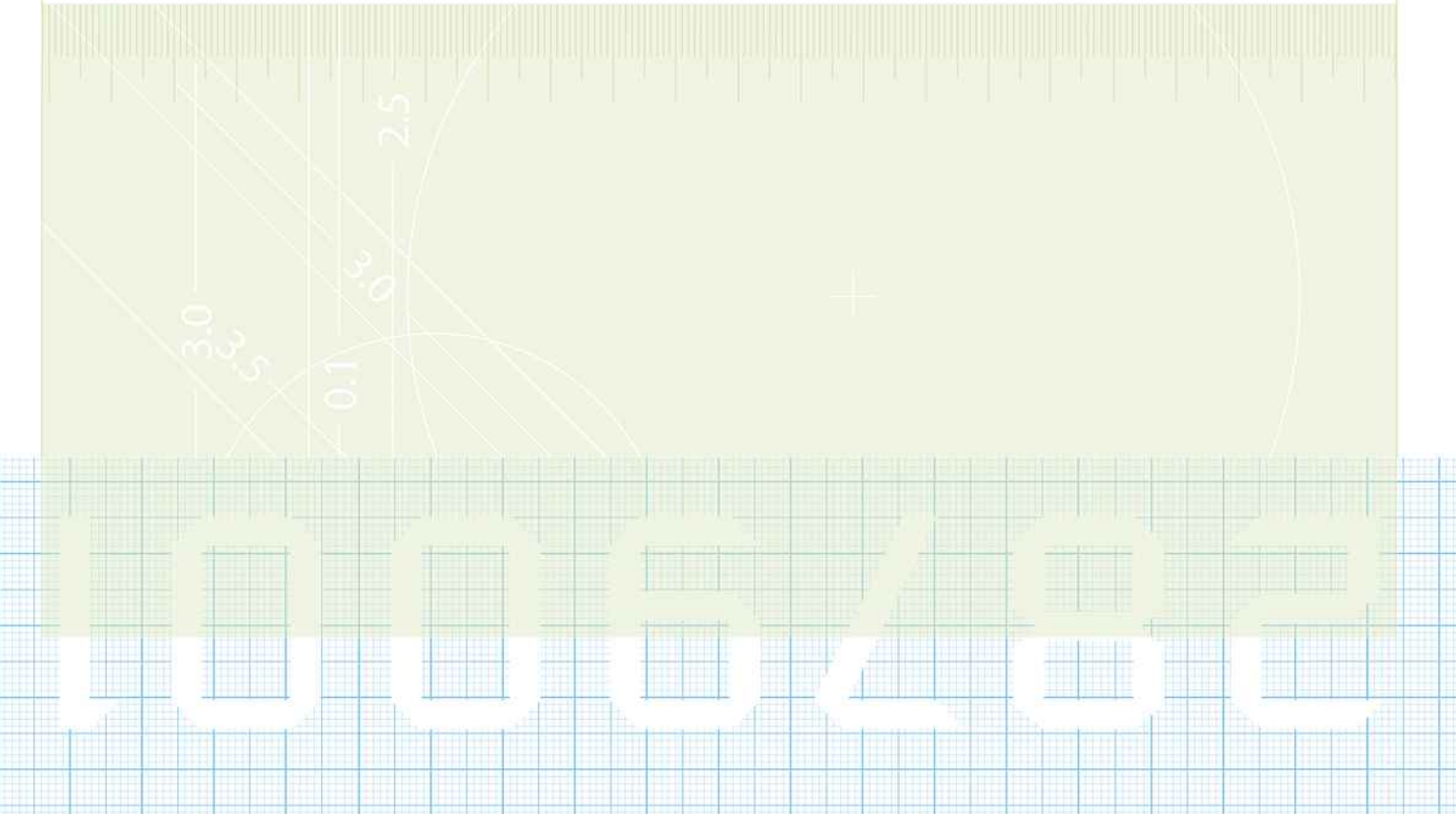


Neu Gas Leitung HDPE DN 250 S5 - 135.4 m -



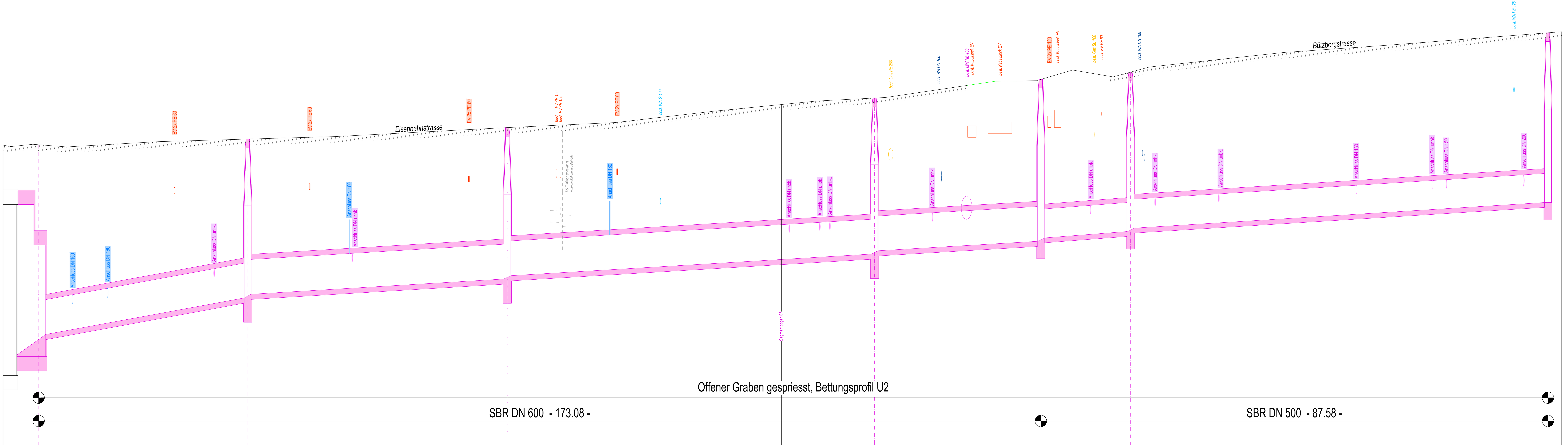
Bauherrschaft
Kanton
Stadt Langenthal
Bern

Projekphase
Bauprojekt
GEF M 70/71: Ausbau Werke Eisenbahnstrasse-Wiesenstrasse
Abwasserentsorgungsanlagen



Planbezeichnung		Längenprofil				1:200/20	
		Gezeichnet NJ		Visiert SW			
Plan Nr.	424.132 / 4.05	Geändert	A	B	C	D	E
Format	60x157	Sachbearbeiter					
Datum	31.03.2026	Datum					

Scheidegger AG
Bauplanung & Planung
Jurastrasse 29
4000 Langenthal
Telefon 062 918 51 10
Telefax 062 918 51 11
info@scheidegger-ting.ch
www.scheidegger-ting.ch



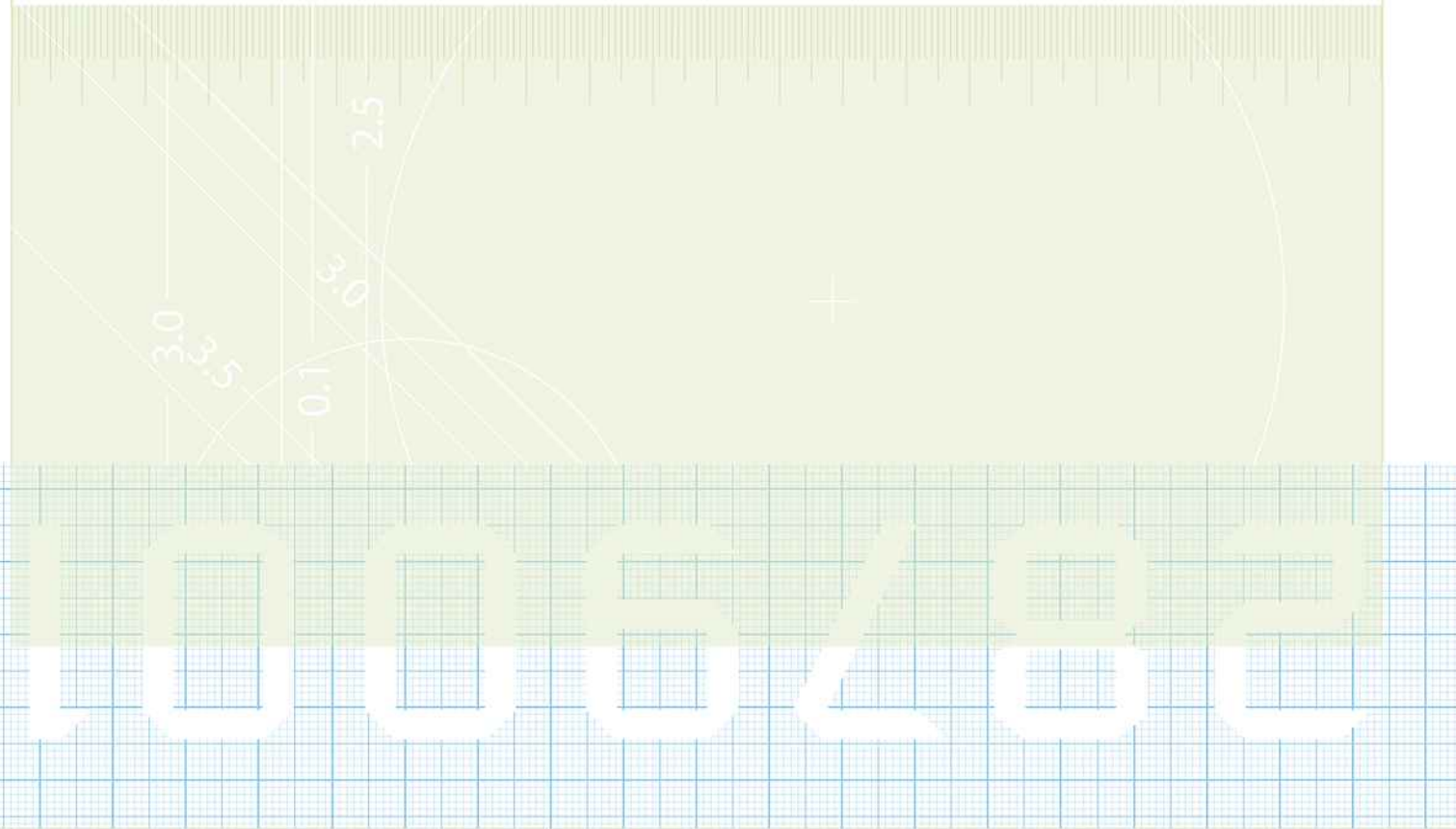
Schachtnummern	KS 8700	KS 8701	KS 8702	Bogen 6°	KS 8703	KS 8704	KS 8705	KS 8706
Terrainhöhen	472.22	472.25	472.55	472.88	472.05	472.35	472.45	472.14
Projekthöhen	469.74	469.51	469.51	470.21	470.31	470.38	470.35	470.20
Differenzen	-3.48	-2.74	-2.04	-2.67	-2.69	-2.02	-2.10	-2.94
Zwischendistanzen	-36.11	-44.83	-63.42	-28.72	-15.49	-72.09		
Schachtdistanzen, Gefälle	-36.11 - 10.3%	-44.83 - 6.0%	-63.42 - 6.0%	-28.72 - 6.0%	-15.49 - 7.5%	-72.09 - 6.2%		

Bauherrschaft
Kanton

Stadtbauamt Langenthal, IB Langenthal AG
Bern

Projektphase
Projekt
Bauteil

Bauprojekt
GEP Massnahmen 70/71: Ausbau Eisenbahnstrasse-Wiesenstrasse
Abwasser und Entsorgungsanlagen

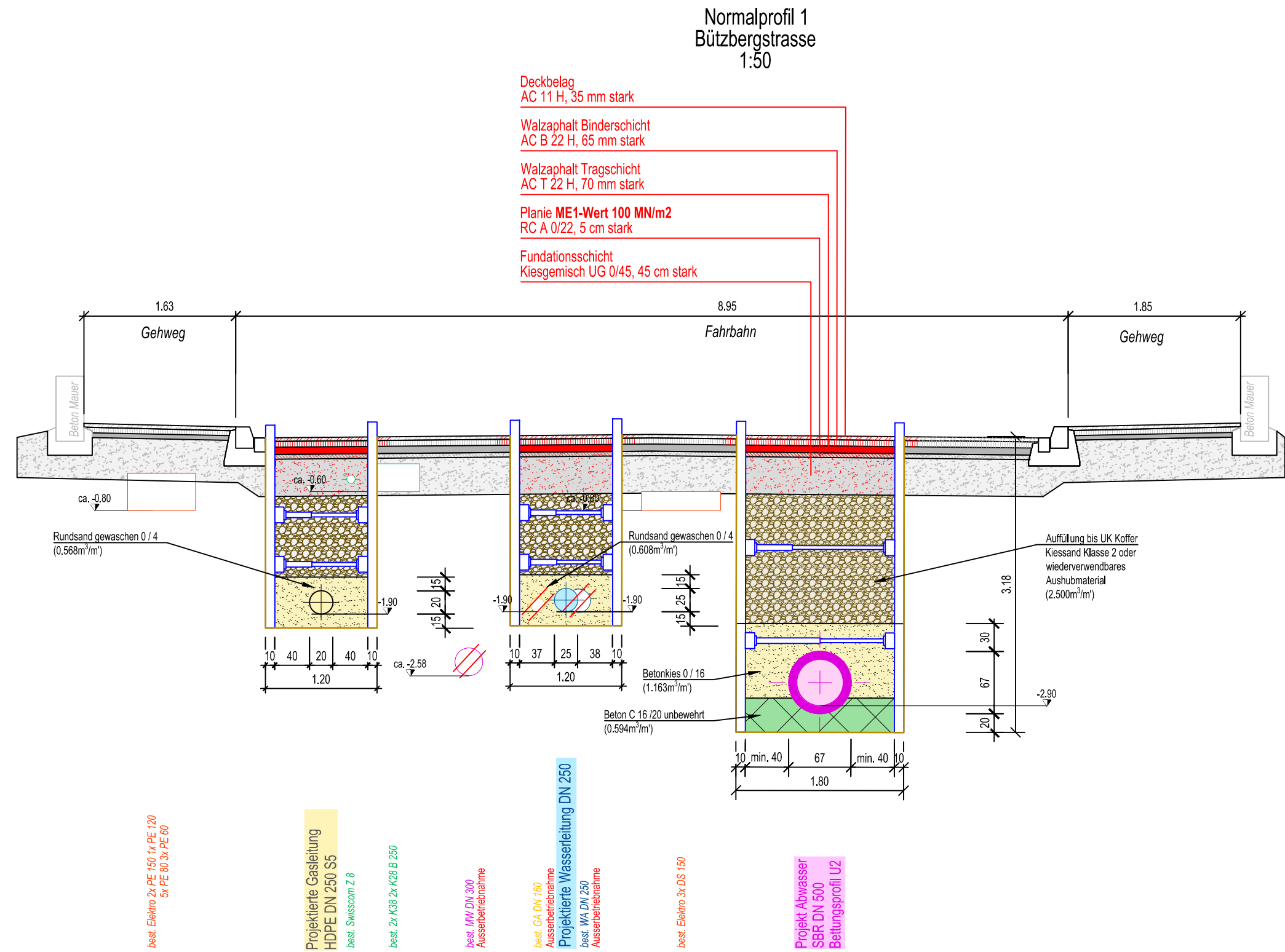
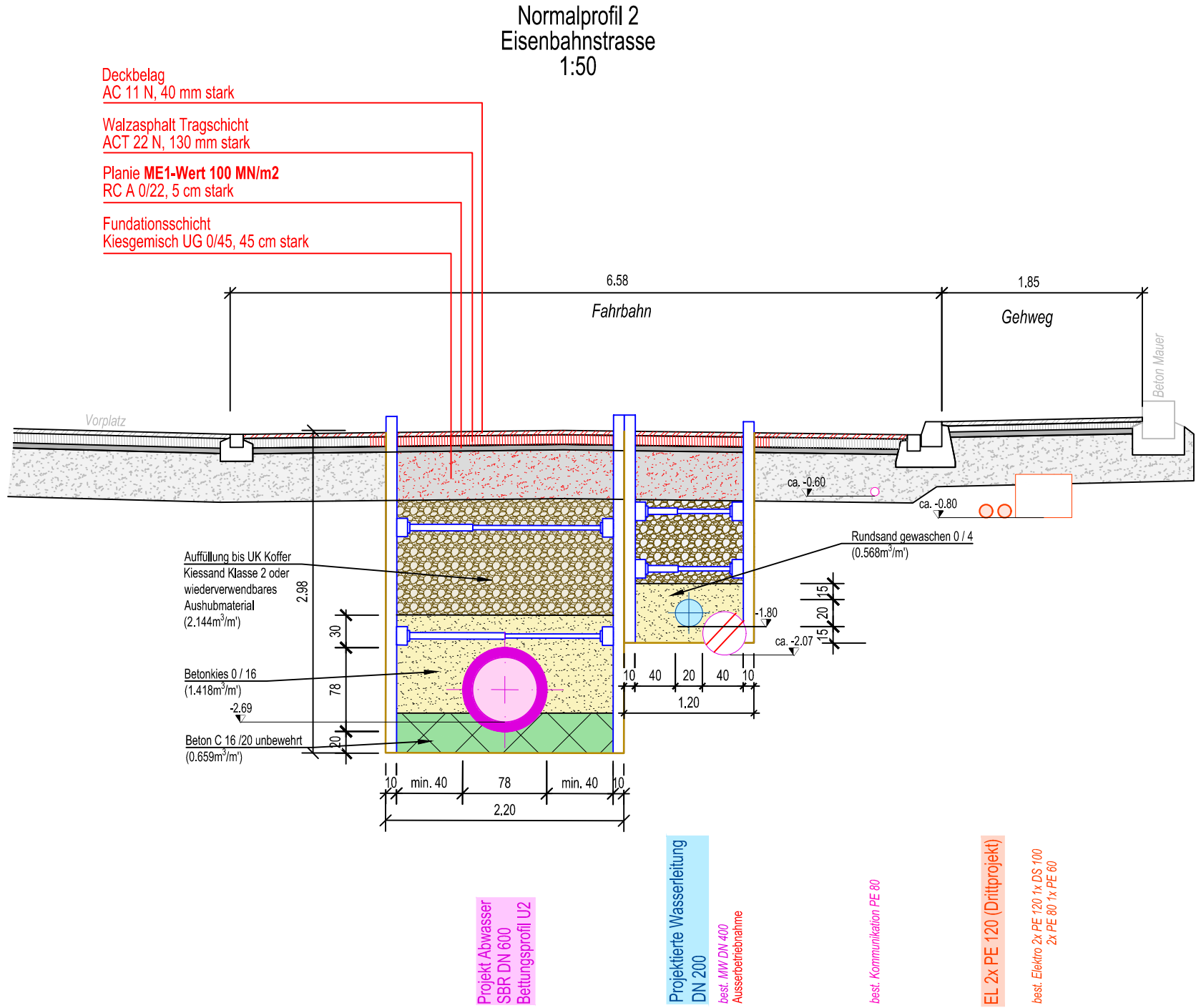


Planbezeichnung

Normalprofile

1:50

Plan Nr. 424.132 / 4.06 Format 30x84 Datum 31.03.2026		Gezeichnet NJ		Visiert SW			
		Geändert	A	B	C	D	E
		Sachbearbeiter					
		Datum					



best. Elektro 2x PE 150 1x PE 20
3x PE 80 3x PE 60

Projektierte Gasleitung
HDPE DN 250 S5
best. Swascom Z 6

best. 2x K28 2x K28 B 250

best. MW DN 100
Ausschleifnahme

best. CA DN 160
Ausschleifnahme

Projektierte Wasserleitung DN 250
best. WA DN 250
Ausschleifnahme

best. Elektro 3x DS 150

Projekt Abwasser
SBR DN 500
Bettungsprofil U2



Wahl der Revisionsstelle für die Prüfung der Jahresrechnung 2027

Datum: 10. August 2026
Verteiler: Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

1	Das Wichtigste in Kürze	3
2	Grundlagen	3
3	Ausgangslage und Handlungsbedarf	3
4	Methodik/Vorgehen	3
5	Ergebnis	4
6	Finanzielle Auswirkungen	4
7	Zuständigkeiten zum Beschluss	4
8	Beschlussentwurf	5

1 Das Wichtigste in Kürze

Gemäss Art. 10 Abs. 1 sowie Art. 62 Abs. 1 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 vergibt der Stadtrat auf Antrag der Geschäftsprüfungskommission den jährlichen Auftrag für die Prüfung der Rechnungsablage der Stadt Langenthal an eine verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle als Rechnungsprüfungsorgan. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Stadtrat, die BDO AG, Langenthal, gestützt auf deren Offerte mit der Prüfung der Jahresrechnung 2027 zu beauftragen.

2 Grundlagen

- Vorakten
- Pflichtenheft «Evaluation einer verwaltungsunabhängigen externen Revisionsstelle für die Prüfung der jährlichen Rechnungsablage der Stadt Langenthal» vom 10. Februar 2026
- Offerten der BDO AG, Langenthal, der Balmer-Etienne AG, Luzern, und der PwC AG, Bern
- Offerte der BDO AG vom 1. April 2026
- Protokollauszug der Sitzung der Geschäftsprüfungskommission vom 10. August 2026

3 Ausgangslage und Handlungsbedarf

Auf Antrag der Geschäftsprüfungskommission vergibt der Stadtrat jährlich den Auftrag für die Prüfung der Rechnungsablage an eine verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle als Organ der Rechnungsprüfung (Art. 10 und Art. 62 Abs. 1 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009).

Die letzte umfassende Evaluation für die Prüfung der Rechnung der Stadt fand im Jahr 2017 statt. Im Sinne einer periodischen Überprüfung entschied die Geschäftsprüfungskommission, die Vergabe des Prüfungsmandats für das Rechnungsjahr 2027 erneut einer umfassenden Evaluation zu unterziehen. Gegenstand der Evaluation war die Prüfung der Gemeinderechnung für das Rechnungsjahr 2027. Die Vergabe erfolgt gestützt auf die bisherigen Erfahrungswerte im freihändigen Verfahren; zur Strukturierung des Verfahrens holte die Geschäftsprüfungskommission mehrere Offerten ein und wertete diese aus.

4 Methodik/Vorgehen

Gestützt auf das Pflichtenheft liess die Geschäftsprüfungskommission mehrere Offerten für das externe Revisionsmandat der Jahresrechnung 2027 einreichen. Eingegangen und ausgewertet wurden die Offerten der BDO AG, Langenthal, der Balmer-Etienne AG, Luzern, sowie der PwC AG, Bern.

Der von der Geschäftsprüfungskommission eingesetzte Ausschuss prüfte und verglich die eingegangenen Offerten. Dabei zeigte sich, dass die wesentlichen Anforderungen des Pflichtenhefts erfüllt werden. Für den Vergabevorschlag waren insbesondere die Erfahrung im kommunalen Finanz- und Rechnungswesen des Kantons Bern, die Referenzen, die regionale Verankerung, die Kontinuität des Revisionsteams sowie das Preis-Leistungs-Verhältnis massgebend.

Die BDO AG verfügt über ausgewiesene Erfahrung bei der Prüfung von Einwohnergemeinden und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften im Kanton Bern. Gemäss Offerte weist die BDO AG Referenzmandate bei Gemeinden mit vergleichbaren Grössenverhältnissen sowie ein erfahrenes, auf Gemeinderevisionen spezialisiertes Revisionsteam aus.

Für die jährliche Prüfung offeriert die BDO AG ein Kostendach von Fr. 29'000.00 inklusive Spesen, Servicepauschale und Mehrwertsteuer. Gemäss Offerte bleibt das Honorar während drei Jahren unverändert. Gegenstand des vorliegenden Antrags ist die Wahl für die Prüfung der Jahresrechnung 2027.



5 Ergebnis

Die Geschäftsprüfungskommission behandelte die Auswertung der eingegangenen Offerten an ihrer Sitzung vom 10. August 2026. Sie folgte dem Vorschlag des Ausschusses und beschloss einstimmig, dem Stadtrat die Wahl der BDO AG, Langenthal, als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle für die Prüfung der Jahresrechnung 2027 zu beantragen.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt die Geschäftsprüfungskommission dem Stadtrat, den Auftrag zur Prüfung der jährlichen Rechnungsablage der Stadt Langenthal für das Jahr **2027** an die **BDO AG, Langenthal**, als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle (Rechnungsprüfungsorgan) gemäss deren Offerte zu vergeben.

6 Finanzielle Auswirkungen

Die Aufwendungen für die Rechnungsprüfung 2027 sind im Budget 2027 bei der Budgetposition "Dienstleistungen Dritter", Konto-Nr. 0150.3130.50, einzustellen bzw. zu berücksichtigen. Das von der BDO AG offerierte Kostendach beträgt Fr. 29'000.00 inklusive Spesen, Servicepauschale und Mehrwertsteuer.

7 Zuständigkeiten zum Beschluss

Gemäss Art. 10 Abs. 1 und Art. 62 Abs. 1 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 beschliesst der Stadtrat auf Antrag der Geschäftsprüfungskommission in endgültiger Zuständigkeit über die Vergabe des Auftrags für die Prüfung der jährlichen Rechnungsablage der Stadt an eine verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle als Organ der Rechnungsprüfung.

8 Beschlussentwurf

Gestützt auf diese Ausführungen beantragen wir Ihnen für die Sitzung vom 19. Oktober 2026 die Zustimmung zu folgendem

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 10 Abs. 1 und Art. 62 Abs. 1 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des vorliegenden Berichts und Antrags der Geschäftsprüfungskommission vom 19. Oktober 2026, beschliesst:

1. Die BDO AG, Langenthal, erhält den Auftrag als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle (Rechnungsprüfungsorgan) zur Prüfung der Jahresrechnung 2027 der Stadt Langenthal nach Massgabe der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und gemäss Offerte mit einem Kostendach von Fr. 29'000.00 inkl. Spesen, Servicepauschale und Mehrwertsteuer.
2. Die Geschäftsprüfungskommission wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

DIE GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

Die Präsidentin:


Corinna Grossenbacher

Die Sekretärin:


Barbara Labbé



Kurzbericht betreffend der Anschaffung einer mobilen Abstimmungsanlage als Grundlage für eine informelle Befragung des Stadtrats

Datum: 14. September 2026
Bearbeitung: Büro des Stadtrates
Verteiler: Stadtrat



Inhaltsverzeichnis

1	Grundlagen	3
2	Ausgangslage	3
3	Provisorisches Anforderungsprofil an die Anlage	4
4	Provisorisches Anforderungsprofil an die Teilkomponenten	4
5	Grundlage für eine Finanzierung	5
6	Gesetzliche Grundlagen / Folgebeschlüsse	5
7	Stellungnahme des Gemeinderates	6
8	Informelle Befragung	6

1 Grundlagen

- Beschluss des Büros des Stadtrates vom 14. September 2026;
- Erste informelle Marktabklärungen.

2 Ausgangslage

- 2.1. Das Stadtratsbüro hat – in unterschiedlichen Zusammensetzungen – in den Jahren 2025 und 2026 wiederholt über die Anschaffung einer Abstimmungsanlage diskutiert. Der Stadtratspräsident wurde vor den Sommerferien beauftragt, erste Abklärungen zu treffen. Diese haben in der Zwischenzeit stattgefunden.
- 2.2. Das Zwischenergebnis sieht wie folgt aus:
- Die Beschaffung einer handelsüblichen Anlage übersteigt – erwartungsgemäss – die Kompetenzen des Stadtratsbüros zur Verwendung von Budgetmitteln (CHF 12'000.00; vgl. Art. 15 Abs. 1 Bst. h GO-SR). Sollte eine entsprechende Anlage angeschafft werden, würde dies somit einen Beschluss des Stadtrats voraussetzen. Demensprechend würde eine Debatte im Stadtrat stattfinden, in deren Rahmen sich die Mitglieder des Stadtrats zu diesem Vorhaben äussern könnten.
 - Erfreulicherweise zeichnet sich aber eine Möglichkeit ab, dass in Zusammenarbeit mit dem AZW Langenthal (<https://www.azw.info/>) durch Lernende eine Anlage entwickelt und produziert werden kann, deren Anschaffungskosten unter der Schwelle von CHF 12'000.00 liegt. Sollte sich diese Möglichkeit konkretisieren, könnte das Büro des Stadtrats die Anlage ohne formellen Stadtratsbeschluss anschaffen.
- 2.3. Aufgrund dieses Zwischenergebnisses möchte das Büro die Meinung der Parlamentsmitglieder abholen. Es macht nur Sinn, eine Abstimmungsanlage zu beschaffen, wenn dies von einer Mehrheit des Stadtrats gewünscht wird. Gleichzeitig ergäbe es keinen Sinn, dass Milizmitglieder des Büros Zeit in die für die Anschaffung einer handelsüblichen Anlage erforderliche Erarbeitung einer Vorlage investieren, wenn eine Mehrheit der Stadtratsmitglieder die Anschaffung einer Abstimmungsanlage grundsätzlich ablehnen.
- 2.4. Aus diesen Gründen hat das Stadtratsbüro in seiner Sitzung vom 14. September 2026 beschlossen, dieses Vorhaben dem Stadtrat zur Diskussion vorzulegen und die Meinungen der Stadtratsmitglieder durch eine informelle Befragung abzuholen. Es sei daran erinnert, dass in einer anderen Sache eine informelle Befragung des Stadtrats im Rahmen der Sitzung vom 31. März 2025 stattgefunden hat.



3 Provisorisches Anforderungsprofil an die Anlage

- 3.1. Weil unser Parlament nicht über einen permanenten Sitzungsort verfügt, scheidet eine fest verdrahtete Anlage, wie sie viele andere Parlamente kennen, aus. Es muss daher eine mobile Anlage angeschafft werden.
- 3.2. Nach den ersten Vorstellungen besteht das System aus folgenden Komponenten:
 - Abstimmungseinheiten (40 Stück + 5 Reserven)
 - Zentrale (1 Stück)
 - Bedienungseinheit (1 Stück)
 - Darstellung (Anzahl und Form noch offen)
- 3.3. Hinsichtlich der Sicherheit muss – mit vernünftigem technischem Aufwand – gewährleistet werden, dass die Daten zwischen den Abstimmungseinheiten und der Zentrale nicht von Dritten manipuliert werden können, resp. nur Berechtigte, die sich im Saal befinden, abstimmen können.
- 3.4. Die Abstimmungen müssen transparent sein. D.h. es muss für die Parlamentsmitglieder und die Gäste bei jeder Abstimmung erkennbar sein, welches Parlamentsmitglied wie gestimmt hat.
- 3.5. Über jede Abstimmung muss ein Protokoll geführt werden, aus dem hervorgeht, welches Resultat erzielt wurde und wie die einzelnen Parlamentsmitglieder abgestimmt haben.

4 Provisorisches Anforderungsprofil an die Teilkomponenten

4.1. Anforderungen an die Abstimmungseinheiten

- Stromversorgung per Batterie oder idealerweise Akku.
- Rückmeldung, dass die Einheit in Betrieb ist, d.h. ausreichend mit Strom versorgt wird.
- Drei Knöpfe / Schalter (JA, NEIN, ENTHALTUNG), wobei sichergestellt werden muss, dass nur ein Resultat übermittelt wird.
- Idealerweise: Anzeige, die rückmeldet, wie abgestimmt wurde; noch idealer: in der Form einer Rückmeldung der Zentrale (Zwei-Weg-Kommunikation).

4.2. Anforderungen an die Bedienungseinheit

Die Bedienungseinheit besteht aus einem separaten Bildschirm und einer Tastatur, die von einem Mitglied des Büros bedient wird.

Ihre **Bedienungselemente** erlauben folgende Funktionen:

- Nummer der Abstimmung vergeben (allenfalls späterer Ausbau: Inhalt der Abstimmung)
- Stimmabgabe starten
- Stimmabgabe beenden
- Stimmabgabe zurücksetzen
- Darstellung (des Resultats) freigeben
- Nächste Abstimmung, d.h. Protokoll der letzten Abstimmung auf USB-Stick sichern
- Neue Sitzung (dies mit einer Sicherheitsabfrage)

Ihre **Anzeigeelemente** zeigen Folgendes:

Während einer laufenden Abstimmung

- Nummer der Abstimmung
- Anzahl abgegebene Stimmen

Nach einer erfolgten Abstimmung

- Nummer der Abstimmung
- Resultat, d.h. Anzahl Stimmen pro JA / NEIN / ENTHALTUNG

4.3. Anforderungen an die Protokollierung (pro Abstimmung)

Speicherung in der Form einer PDF-Datei und einer CSV-Datei; diese Dateien müssen auf einen USB-Stick übertragen werden können und weisen folgenden Inhalt auf:

- Datum
- Nummer der Abstimmung
- Zeitpunkt des Beginns der Abstimmung
- Zeitpunkt des Endes der Abstimmung
- Gesamtergebnis (Anzahl Stimmen pro JA / NEIN / ENTHALTUNG)
- Abstimmungsverhalten pro Abstimmungseinheit

4.4. Anforderungen an die Darstellung

Das Ausgabemedium (Beamer, mehrere Bildschirme) ist noch nicht definiert.

Darzustellen sind folgende Informationen:

- Nummer der Abstimmungseinheit
- Farbliche Darstellung der Eingabe der jeweiligen Abstimmungseinheit (JA: grün / NEIN: rot / ENTHALTUNG: gelb)
- Optional: Darstellung der Sitzordnung (siehe separates Dokument)
- Resultat: Summenzähler (JA / NEIN / ENTHALTUNG)

5 **Grundlage für eine Finanzierung**

Der Stadtrat verfügt auf Konto 0150.33199.17 über einen Budgetkredit für eigene («nicht vorhersehbare») Vorhaben. Es wären somit Mittel für die Anschaffung einer Abstimmungsanlage im Budget vorhanden, und es würde – voraussichtlich – kein Nachkredit benötigt.

6 **Gesetzliche Grundlagen / Folgebeschlüsse**

Der Stadtrat kann gemäss seiner Geschäftsordnung (Art. 61 Abs. 3) die Einführung einer elektronischen Ausmittlung beschliessen.

Stimmt der Stadtrat in der informellen Befragung dem Vorhaben grundsätzlich zu, erarbeitet das Stadtratsbüro eine Vorlage für die Einführung einer Abstimmungsanlage mit den detaillierten Anforderungen und unterbreitet das Geschäft dem Stadtrat zum Beschluss darüber, ob seine Abstimmungen künftig elektronisch ausgemittelt werden sollen sowie einem entsprechenden Ausführungsauftrag an das Stadtratsbüro.

7 Stellungnahme des Gemeinderates

Eine vorgängige Stellungnahme des Gemeinderates wurde nicht eingeholt. Inhaltlich ist der Gemeinderat kaum betroffen und mit diesem Geschäft wird kein formeller Beschluss gefasst. Gestützt auf Art. 15 Abs. 2 GO-SR ist der Gemeinderat jedoch frei, eine allfällige Stellungnahme im Rahmen der Beratung abzugeben.

8 Informelle Befragung

Gestützt auf diese Ausführungen unterbreitet das Stadtratsbüro dem Stadtrat folgende Frage; das Ergebnis dieser Befragung hat keinen bindenden Charakter:

Befürworten Sie die Anschaffung einer mobilen Abstimmungsanlage für den Stadtrat?

Langenthal, 28. September 2026

BÜRO DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident:



Diego Clavadetscher

Die Sekretärin:



Barbara Labbé



Bekanntmachung der eingereichten parlamentarischen Vorstösse

Art. 42 und Art. 42a der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019

Einreichung von Vorstössen

- 1 *Jedes Stadratsmitglied und jede Fraktion hat das Recht, Motionen, Postulate, Interpellationen und Beschlusserträge einzureichen. Jugendliche können nach Massgabe von Artikel 51 ein Jugendpostulat einreichen.*
- 2 *Parlamentarische Vorstösse sind schriftlich und unterzeichnet dem Sekretariat zuhanden der Stadtratspräsidentin bzw. dem Stadtratspräsidenten einzureichen. Elektronische Eingaben sind zulässig, sofern die Absenderin bzw. der Absender über eine der eigenhändigen Unterschrift gleichgestellte qualifizierte elektronische Signatur verfügt.*
- 3 *Sie enthalten eine Überschrift, einen Antrag, und es ist anzugeben, um welche Form eines Vorstosses (vgl. Art. 46 ff.) es sich handelt.*
- 4 *Motionen, Postulate und Anträge auf Dringlichkeit sind schriftlich zu begründen.*
- 6 *Parlamentarische Vorstösse dürfen Sitte und Anstand nicht verletzen (Art. 15 Abs. 1 Bst. c).*

*Elektronische Vorstösse müssen **bis spätestens am Freitag, 16. Oktober 2026, 14.00 Uhr** beim Stadtratssekretariat eingehen, damit sie an der Sitzung vom 19. Oktober 2026 verlesen und zugewiesen werden.*

Langenthal, 23. September 2026

IM NAMEN DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident:

Diego Clavadetscher

Die Sekretärin:

Barbara Labbé